

DISKURS  
STREITSCHRIFTEN ZU GESCHICHTE  
UND POLITIK DES SOZIALISMUS HEFT 40



# Demografischer Wandel im Spannungsfeld zwischen Globalem und Regionalem

DISKURS • STREITSCHRIFTEN ZU GESCHICHTE  
UND POLITIK DES SOZIALISMUS • HEFT 40

Demografischer Wandel  
im Spannungsfeld  
zwischen Globalem und Regionalem

*Herausgegeben von  
Horst Hesse und Dieter Janke*

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN  
KOMMUNALPOLITISCHES FORUM SACHSEN  
LEIPZIG 2013

ISBN 978-3-89819-598-6

© Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. 2015

Harkortstraße 10, D-04107 Leipzig

Telefon (0341) 9 60 85 31 · Fax (0341) 2 12 58 77

Web: [www.rosa-luxemburg-stiftung-sachsen.de](http://www.rosa-luxemburg-stiftung-sachsen.de)

E-Mail: [RosaLuxemburg-Stiftung.Sachsen@t-online.de](mailto:RosaLuxemburg-Stiftung.Sachsen@t-online.de)

Redaktion: Dieter Janke

Satz: O.K Grafik, Olga Kassner, Leipzig

Herstellung: GNN Verlag Sachsen GmbH, Badeweg 1, D-04435 Schkeuditz

# Inhalt

Vorwort .....	5
<i>Karl Georg Zinn</i> : Die Ungleichgewichte der globalen Demografie und die überlastete Tragfähigkeit unseres Planeten .....	7
<i>Norbert Reuter</i> : Wachstum im demografischen Wandel und die Auswirkungen auf den Sozialstaat .....	35
<i>Joachim Ragnitz</i> : Ostdeutschland im demografischen Wandel – Auswirkungen auf regionale Wirtschaftsstrukturen und Daseinsvorsorge .....	47
<i>Wolfgang Kühn</i> : Demografischer Wandel – Eine Herausforderung an die Generation zwischen dem 20. und 30. Lebensjahr .....	59
<i>Cornelia Heintze</i> : Demografie und Frauenerwerbstätigkeit – Ein europäischer Vergleich zu unterschiedlichen Mustern von Frauenerwerbstätigkeit in Zeiten des demografischen Wandels .....	83
Autorenverzeichnis .....	119



## Vorwort

Der Ruf nach »Generationengerechtigkeit« ist ein derzeit gängiges Schlagwort, das für die Umschreibung staatsoffizieller politischer Ziele herhalten muss. Gegenwärtig laufe sie aus dem Ruder, da die Bevölkerung hierzulande aufgrund der steigenden Lebenserwartung einerseits, und schwacher Geburtenraten andererseits in ihrem Durchschnitt altert – so die ihm zugrunde gelegte Diagnose. Immer weniger Junge müssten immer mehr Alte schultern. Das mache eine grundsätzliche Neujustierung der sozialen Sicherungssysteme, vor allem bei der Altersversorgung und im Gesundheitswesen unausweichlich. Aufgrund jener quasi mit naturgesetzlicher Gewalt ablaufenden Prozesse gebe es dabei für Einschnitte und Kürzungen ebenso wenig Alternativen wie für die Stärkung der Eigenverantwortung. Letzteres ist eine etwas netter klingende Umschreibung für Privatisierungen bei der Alterssicherung und bei der Gesundheitsvorsorge.

Jenes scheinbar eingängige Schema blendet indes die sozialökonomischen Ursachen der derzeit zu beobachtenden demografischen Verschiebungen aus. Es werden grundlegende ökonomische Prozesse, die von Bedeutung sowohl für die Wertschöpfung als auch für die Verteilung und deren Stabilität sind, wie die Produktivität und deren Entwicklung ignoriert. Ganz zu schweigen vom globalen demografischen Wandel, seinen Hintergründen und Folgen. Auch die sich daraus ergebenden Konsequenzen werden – so viel ist bereits heute sicher – auch an der Bevölkerung hierzulande über kurz oder lang nicht spurlos vorüber gehen.

Zur Diskussion jener vielschichtigen Prozesse hatte die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. gemeinsam mit dem Kommunalpolitischen Forum Sachsen e. V. am 23. März 2013 in Leipzig eingeladen. Die Tagung stand unter dem Titel »*Demografischer*

*Wandel im Spannungsfeld zwischen Globalem und Regionalem*«. Der Bogen war bewusst in dieser Breite angelegt – mit der Absicht, die Debatte alternativer Analysen und Überlegungen zu qualitativen und quantitativen Aspekten der Bevölkerungsentwicklung auf internationaler Ebene wie auch im regionalen Kontext anzustoßen.

Mit dem vorliegenden Band sollen die Diskussionsbeiträge einem größerem Publikum zugänglich gemacht werden. Die Autoren wie auch die Herausgeber erhoffen sich einen breiten Leserkreis und sind für kritisch-weiterführende Anregungen dankbar.

Horst Hesse und Dieter Janke  
Leipzig, September 2013

KARL GEORG ZINN

## Die Ungleichgewichte der globalen Demografie und die überlastete Tragfähigkeit unseres Planeten

Die Weltbevölkerung ist gespalten in Arme und Reiche, und die globale demografische Entwicklung wird diese Situation voraussichtlich weiter verschärfen. Das zeigt sich an der Gegenläufigkeit des Bevölkerungswachstums in den armen Weltregionen und der demografischen Schrumpfung in den wohlhabenden Ländern. In Europa sinkt die Bevölkerungszahl und die demografische Vorusberechnung lässt eine Fortsetzung der Bevölkerungsabnahme erwarten – trotz Nettozuwanderungen. Zugleich nimmt das Durchschnittsalter in Europa zu. Auch in Japan und in der VR China zeichnet sich eine solche Entwicklung ab. Hingegen hält in den meisten anderen Ländern das Bevölkerungswachstum an, und die Gesellschaften werden noch jünger. Im historischen Rückblick zeigt sich ein enger Zusammenhang zwischen dem Durchschnittseinkommen eines Landes und seiner demografischen Entwicklung. Zuerst beschleunigt sich das Bevölkerungswachstum mit steigendem Durchschnittseinkommen, verlangsamt sich dann bis zur Stagnation und kann in Schrumpfung umschlagen. Dieser als demografischer Übergang (auch: demografische Transformation oder Transmission) bezeichnete Prozess verläuft jedoch über mehrere Generationen. Die Anteile der armen und reichen Regionen an der Weltbevölkerung werden sich entsprechend der demografischen Gegenläufigkeit weiter verschieben. Abgesehen von Ausnahmen – etwa den USA – werden die reichen, hoch entwickelten Volkswirtschaften der Gegenwart wegen ihrer relativ niedrigen Geburtenziffern künftig sinkende Anteile an der Weltbevölkerung aufweisen, und die Anteile der ärmeren Länder bzw. Kontinente werden zunehmen. Detailangaben hierzu werden das noch verdeutlichen.

Bekanntlich gibt es heute kaum noch ein Land, dessen Volkswirtschaft sich von den weltwirtschaftlichen Güter- und Kapitalströmen



fernhalten könnte. Das nochmals zu erwähnen, erscheint zwar trivial, doch die Abhängigkeit der nationalen Ökonomien von den globalen Entwicklungen gilt auch für die demografischen Relationen. Denn der Bevölkerungsdruck in den armen Regionen führt zu Migration, und der Migrationsdruck trifft verständlicher Weise auch und künftig in steigendem Maße die reichen Länder. Bekanntlich wird die Überbevölkerung in den Armutsgebieten zu Niedrigstlöhnen ausgebeutet, und über Billigexporte in die reichen Volkswirtschaften drückt das auch auf deren Lohnniveau und ihre Masseneinkommen. Jedenfalls dann, wenn die internationalen Wirtschaftsbeziehungen nach der Freihandelsdoktrin gestaltet sind und sich der internationale Preis- und Lohnzusammenhang ohne protektionistische Bremsen auswirken kann. Die vorstehend skizzierten Befunde lassen erkennen, dass die demografische Entwicklung eines Landes allenfalls kurzfristig, aber nicht auf mittlere bis lange Sicht ohne Berücksichtigung der weltweiten demografischen Veränderungen beurteilt werden kann.

## I. Demografische Schrumpfung der Wohlstandsökonomien und Übervölkerung in armen Ländern

### *Demografische Gewinner und Verlierer*

Die Demografie befasst sich in der Regel mit Entwicklungen, die sich über mehrere Generationen erstrecken. Wir haben es also mit einem zeitlichen Horizont von Jahrzehnten und mehr zu tun. Längerfristige Vorausschätzungen der Bevölkerungsentwicklung stehen dennoch auf einer relativ zuverlässigen Grundlage. Denn im Unterschied zu wirtschaftlichen und politischen Verläufen, die meist nur mit großer Unsicherheit prognostiziert werden können, bieten die demografischen Daten der Vergangenheit und der Gegenwart die Möglichkeit, Trends zu extrapolieren, ohne mit abrupten, ganz unvorhersehbaren Veränderungen rechnen zu müssen. Selbstverständlich bleibt auch die demografische Zukunft mit Unsicherheit behaftet, aber sie ist nach bisherigen Erfahrungen weitaus geringer als bei ökonomischen, politischen und ideologischen Entwicklungen. Beispielsweise lässt sich aus den Geburtenziffern der vergangenen zehn Jahre, also von 2002 bis 2012 recht zuverlässig vorhersagen, wie viele junge Deutsche im Alter von

20 Jahren es im Zeitraum 2022 bis 2032 geben wird. Die demografischen Vorausschätzungen beziehen auch die grenzüberschreitenden Wanderungen mit ein. Unter normalen Bedingungen lassen sich auch die Wanderungssalden aufgrund der demografischen Entwicklungen anderer Länder und der Erfahrungen aus der Vergangenheit relativ gut vorhersehen. Hingegen bringen Kriege und andere Katastrophen gegebenenfalls abrupte, unerwartete Migrationsbewegungen. Aber das ist keine demografische Besonderheit, sondern betrifft den gesamten Geschichtsverlauf.

Mit Blick auf die zunehmende Überbevölkerung vor allem in afrikanischen und asiatischen Ländern sind, wie schon angedeutet, starke Veränderungen in den Migrationen zu erwarten. Davon werden nicht zuletzt die wohlhabenden, aber durch weitere Alterung belasteten Volkswirtschaften als bevorzugte Zielländer der Wirtschaftsflüchtlinge betroffen sein. Aufgrund der bereits gegenwärtig als bedrohlich empfundenen wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Probleme, die durch den noch vergleichsweise schwachen Zuwanderungsdruck aufgeworfen werden, lässt sich vorhersehen, dass ohne problemgerechte Einwanderungs- und Integrationspolitik künftig ein kaum zu bewältigendes Konfliktpotential durch die Migration entstehen dürfte. Wie *Tabelle 1* ausweist, sinkt infolge niedriger Geburtenraten die europäische Bevölkerungszahl absolut – von 731 Mio. im Jahr 2005 auf voraussichtlich 707 Mio. 2030. Auf allen anderen vier Kontinenten wächst die Bevölkerung weiter an, wenn auch mit deutlich unterschiedlichen Raten. In Europa lebten 2005 11,2 Prozent der Weltbevölkerung und in Amerika 13,6 Prozent; in Afrika waren es 14,1 Prozent und in Asien 60,4 Prozent; der Rest von 0,5 Prozent in Australien und Ozeanien. Diese Relationen werden sich künftig zulasten Europas verschieben. Amerika erreicht noch eine absolute Bevölkerungszunahme – von 890,2 Mio. (2005) auf 1118,2 Mio. (2030). Die großen demografischen »Gewinner« sind – mit nur leicht vermindertem Abstand voneinander – Asien und Afrika. In Asien werden 2030 etwa 59,3 Prozent und in Afrika 18,2 Prozent der Weltbevölkerung leben. Auf Asien und Afrika entfallen dann also zusammen 77,5 Prozent bzw. über drei Viertel der Weltbevölkerung. Hier ist nicht der Ort, um über die möglichen wirtschaftlichen, politischen und nicht zuletzt kulturellen Folgen des weiteren Absinkens der »Abendländer«

in der demografischen Minderheitsposition zu spekulieren, aber schon ein flüchtiger Gedanke dürfte bewusst werden lassen, dass der europäische Kulturraum fast auf eine Art Nischen-Existenz reduziert werden könnte. Umso wichtiger ist es, die europäische Integration nicht nur irgendwie auf dem bestehenden Niveau zu stabilisieren, sondern zukunftsorientiert auszubauen und vor allem die dringlichste Aufgabe zu lösen, nämlich die Jugendarbeitslosigkeit zu beseitigen. Das prinzipielle Versagen der Beschäftigungspolitik der Europäischen Union und insbesondere in der Europäischen Währungsunion stellt die größte Bedrohung für Europas Zukunft dar. Es ist nach den dreißig Jahren neoliberalistischer Fehlentwicklung jedoch unwahrscheinlich, dass sich die sozialökonomischen Probleme Europas ohne Reformen lösen ließen, die die Strukturen des Wirtschaftssystems zur Disposition stellen.

*Tabelle 1: Entwicklung der Altersstruktur auf den fünf Kontinenten (2005)*

	Europa	Afrika	Amerika	Asien	Australien/ Ozeanien	Welt	Deutsch- land
Bevölkerung 2005 in Mio.	731,0	922,0	890,2	3938,0	33,4	6514,7	82,652
in Prozent der Weltbevölkerung	11,2	14,1	13,6	60,4	0,51	100	1,2
davon in Prozent							
unter 15jährige	15,9	41,4	26,4	28,0	24,9	28,3	14,4
65 und älter	15,9	3,4	8,5	6,4	10,3	7,3	18,8
Medianalter	38,9	19,0	29,8	27,6	32,3	28,0	42,1
Jugendquotient*)	25,3	75,0	40,5	42,7	38,4	44,0	21,5
Altenquotient**)	23,3	6,1	13,1	9,7	15,8	11,4	28,1
Bevölkerungsvorausberechnung für 2050 in Mio							
	706,9	1518,3	1118,2	4930,9	43,2	8317,7	77,350/79,025
in Prozent der Weltbevölkerung	8,4	18,2	13,4	59,2	0,51		0,92/0,95

*Medianalter trennt die jüngere von der älteren Hälfte einer Bevölkerung*

*\*) Jugendquotient = Quotient aus Zahl der Jugendlichen (< 15) zur Zahl der Erwerbspersonen.*

*\*\*\*) Altenquotient = Quotient aus Zahl der ab 65jährigen zur Zahl der Erwerbspersonen*

*Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch 2008, S. 675f.*

*Trägt die Erwartung der demografischen Transmission?*

Die dargelegte Parallelität von steigendem Pro-Kopf-Einkommen und Bevölkerungsrückgang wird von Birg treffend als »demografisch-ökonomisches Paradoxon«<sup>1</sup> bezeichnet. Die wissenschaftliche Demografie hat die empirische Erfahrung mit diesem Paradoxon, also eines deskriptiv erfassten Sachverhaltes, verallgemeinert und gelangte durch diesen Induktionsschluss zu der schon erwähnten Transmissionstheorie. Sie besagt, dass mit steigendem Pro-Kopf-Einkommen zuerst die Säuglings- und Kindersterblichkeit sinkt, während die bisherigen hohen Geburtenziffern noch bestehen bleiben. Deshalb wächst die Bevölkerung, obgleich die Sterblichkeit der Erwachsenen noch nicht merklich zurückgeht. Schließlich steigt auch die Lebenserwartung der Älteren, wodurch das Bevölkerungswachstum zeitweilig nochmals verstärkt wird, weil und solange die Geburtenziffern noch nicht merklich fallen. Das sei nun aber früher oder später zu erwarten, d. h. mit steigendem Wohlstand kämen durchschnittlich weniger Kinder zur Welt; sei es, dass viele Frauen kinderlos bleiben (so etwa in Deutschland) und/oder dass Ein-Kind-Familien überwiegen. Die beschleunigte Bevölkerungszunahme wird daher als ein Übergangsphänomen gesehen, was im Begriff Transmissionstheorie ausgedrückt wird. Ob die gesunkene Geburtenziffer dann noch für eine stationäre Bevölkerung (= Geburtenziffer etwas über zwei) genügt oder die Bevölkerung schrumpft (= Geburtenziffer unter zwei) lässt sich aber allenfalls von Land zu Land einschätzen. Einige der hoch entwickelten europäischen Länder weisen ja auch gegenwärtig noch Geburtenziffern um den kritischen Wert zwei auf. Gesellschaftsspezifische Einflussfaktoren, vor allem politischer, kultureller, mentaler Art, können eben zu mehr oder weniger hohen Geburtenziffern zwischen Ländern ökonomisch gleichen Entwicklungsniveaus führen (*vgl. Tabelle 2*). Die Anwendung der Transmissionstheorie auf außereuropäische Länder und ganz andere Kulturen erscheint jedoch problematisch. Denn die Transmissionstheorie basiert überwiegend auf der historischen

1 Siehe: Herwig Birg: Die Weltbevölkerung. Dynamik und Gefahren. München 2004. S.110.

Demografie Europas. Deshalb könnte sie sich außerhalb des europäischen Kulturkreises als recht trügerisch erweisen. Vor allem besteht jedoch das Problem, die armen Bevölkerungsmassen auf ein Einkommensniveau zu heben, das für das Wirksamwerden der von der Transmissionstheorie beschriebenen Reduktion der Geburtenziffern ausreicht. Das ist aber eine äußerst optimistische und ziemlich unwahrscheinliche Erwartung. Denn die Globalisierung der neoliberalistischen Wirtschaftsdogmen, zu denen nicht zuletzt die Privatisierungspolitik gehört, schafft steigende Verteilungsungleichheiten. Selbst wenn es gelingt, die Wachstumsraten in armen, überbevölkerten Ländern dauerhaft zu erhöhen, wird die breite und d. h. die arme Bevölkerungsmehrheit allenfalls unterproportional am Wachstum beteiligt; es sei denn, konsequente verteilungspolitische Staatsinterventionen wirken dem entgegen. Doch das widerspricht selbstverständlich dem global vorherrschenden, neoliberalistisch ausgelegten Kapitalismus.

### *Alte und junge Bevölkerungen*

Die globale Bevölkerungsvorausberechnung beziffert die Weltbevölkerung bis zur Mitte des 21. Jahrhunderts auf mindestens acht Milliarden Menschen, aber wahrscheinlich werden es sogar neun Milliarden sein. Die Größenordnung ist allgemein bekannt. Doch die länderspezifischen Entwicklungen verlaufen, wie gesagt, sehr unterschiedlich. In den wohlhabenden Volkswirtschaften zeigt sich seit längerer Zeit eine demografische Schrumpfung verbunden mit einer historisch beispiellosen Alterung der Bevölkerung. Das Gegenteil findet in den ärmeren Weltregionen statt. Dort wächst die Menschenzahl, und das Durchschnittsalter der Bevölkerung sinkt noch weiter ab. Diese demografische Auseinanderentwicklung zwischen reichen und schrumpfenden Populationen einerseits und armen und wachsenden andererseits erscheint per se bereits problematisch, weil dadurch, wie gesagt, der Migrationsdruck weltweit fortlaufend zunehmen dürfte. Die altersspezifischen Unterschiede von Handlungsaktivität, Wagemut, Ideologiefanfälligkeit im weiten Sinn und Radikalisierungspotential sind zwar offenkundig, aber sie scheinen in den auf statistische Daten

konzentrierten Analysen demografischer Entwicklung zu wenig beachtet zu werden. Mit der Verjüngung von Gesellschaften bei gleichzeitiger Verschlechterung der sozialökonomischen Lage – insbesondere der Jugend – wächst das Konfliktpotential national und zwischenstaatlich.

Die eigentliche Brisanz der globalen Demografie resultiert aus der Tatsache, dass das Wirtschaftswachstum längst die Nachhaltigkeitsgrenze der Erde überschritten hat, und die »Verknappung der Erde« in Relation zu der Menschenzahl irreversibel ist. Darauf wird zurückzukommen sein.

Gemessen am Medianalter, das die Trennungslinie zwischen der jüngeren und älteren Hälfte einer Bevölkerung bildet, steht Europa mit einem Medianalter von 38,9 Jahren (2005) an der Spitze der globalen Altersskala. Außer Japan (Medianalter 42,9 in 2005) lagen alle außereuropäischen Länder mehr oder weniger weit unterhalb des europäischen Wertes. Deshalb betrug das Medianalter der gesamten Weltbevölkerung auch nur 28,0.<sup>2</sup> Deutschland weist mit seinem Medianalter von 42,1 (2005) den europäischen Spitzenwert auf und wird weltweit nur minimal von Japan übertroffen. Ein evidenten Zusammenhang zwischen Medianalter und internationaler Wettbewerbsfähigkeit eines Landes ist bisher zwar nicht bekannt, und so mag es »Zufall« sein, dass ausgerechnet die beiden exportstarken Volkswirtschaften, Deutschland und Japan, das höchste Medianalter aufweisen.

<sup>2</sup> Alle Zahlenangaben nach: Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch 2008. S. 675 f.

*Tabelle 2: Geburtenrate 2005 bis 2010 (je 1000 Einwohner) und zusammengefasste Geburtenziffer (durchschnittliche Kinderzahl je Frau) von ausgewählten Ländern*

<b>Land</b>	<b>Geburtenrate</b>	<b>Geburtenziffer</b>
Deutschland	8,3 (+)	1,39 (+)
Belgien	11,7 (+)	1,84 (+)
Bulgarien	10,0 (+)	1,49 (+)
Dänemark	11,4 (-)	1,87 (+)
Estland	11,8	1,65 (-)
Finnland	11,4 (+)	1,87 (+)
Frankreich	12,8 (+)	2,00 (+)
Griechenland	9,7	1,44 (+)
Irland	16,5 (+)	2,07 (+)
Island	15,4 (+)	2,20 (+)
Italien	9,3	1,40 (+)
Kroatien	9,8 kA	1,46 kA
Lettland	8,6 (-)	1,17 (-)
Litauen	10,8 (+)	1,55 (+)
Luxemburg	11,6 (+)	1,65 (-)
Malta	9,6 (+)	1,38 (+)
Niederlande	11,1 (-)	1,79 (+)
Norwegen	12,6 (+)	1,95 (+)
Österreich	9,4 (+)	1,44 (+)
Polen	10,8 (+)	1,38 (+)
Portugal	9,5 (-)	1,32 (-)
Rumänien	9,9 (-)	1,38 (+)
Russ. Föderation	12,5 (+)	1,54 (+)
Schweden	12,3 (+)	1,98 (+)
Schweiz	10,3 (+)	1,50 (+)
Slowakei	11,1 (+)	1,40 (+)
Slowenien	10,9 (+)	1,57 (+)
Spanien	10,5 (-)	1,39 (-)
Tschechische Rep.	11,1 (+)	1,49 (+)
Ungarn	9,0 (-)	1,25 (-)
GB	13,0 (+)	1,94 (+)

Zypern	11,7 (+)	1,48 (-)
USA	14,0 (-)	2,10 (+)
Japan	8,5 (+)	1,39 (+)
Korea (Süd)	9,4 (-)	1,22
Türkei	17,9 (-)	2,09 (-)
VR China*)	12,1 (-)	1,60 (-)
Indien	22,2 (-)	2,63 (-)
*) ohne Hong Kong und Macau		
<b>Länder mit Geburtenziffern &gt; 3</b>		
Äthiopien	31,4 (-)	4,19 (+)
Dem. Rep. Kongo	43,5 (-)	5,78 (-)
Nigeria	39,9 (-)	5,53 (+)
Ver. Rep. Tansania	41,4 (-)	5,54 (-)
Israel	21,8 kA	3,03 kA
Pakistan	27,3 (-)	3,42 (-)
Philippinen	25,1 (+)	3,14 (-)(+) = Zunahme zu 2005/10

(-) = Abnahme zu 2005/10

kA = keine Angabe

Geburtenrate = Geburten auf 1000 Einwohner

Geburtenziffer = Kinder je Frau

Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch 2012. S. 634f. und Statistische Jahrbücher 2010, 2008.

### *Zur demografischen Entwicklung in Deutschland*

Deutschland steht im europäischen Vergleich mit seiner Geburtenziffer von knapp 1,4 auf einem recht niederen Rang. Das reichste europäische Land weist eine Geburtenziffer auf, die noch unter der von Armutsländern wie Bulgarien und Griechenland liegt. Frankreich, Irland, Island und die Türkei erreichen Geburtenziffern von über 2,0 und Belgien, Dänemark, Finnland, Norwegen, Schweden und Großbritannien liegen mit Werten knapp unter oder deutlich über 1,9 nicht weit von der Geburtenziffer 2,1 einer stationären Bevölkerung entfernt. Die Frage, warum in Deutschland so wenig – zu wenig – Kinder geboren werden, beschäftigt



bekanntlich die Politik, die Sozialwissenschaft und auch die breitere Öffentlichkeit seit längerer Zeit. Eine klare Antwort steht aus. Auch an dieser Stelle können nur einige Hypothesen erörtert werden. Aber immerhin gibt es doch recht plausible Vermutungen zu den Gründen der schwachen deutschen Geburtenziffern.

Von dem Bevölkerungswissenschaftler Herwig Birg wird erwogen, ob niedrige Geburtenziffern durch eine besonders starke Risikowahrnehmung bedingt sind. Sei es, dass tatsächlich hohe Zukunftsrisiken für Wirtschaft und Gesellschaft drohen, sei es, dass die kollektive Mentalität<sup>3</sup> nur besonders risikosensibel bzw. ängstlich auf sozialökonomische Stressoren reagiert bzw. objektiv vorhandene Unsicherheiten noch subjektiv übersteigert. Da Mentalität in einem längeren historischen Prozess ausgebildet wird, könnte im Sinn einer quasi traumatisierenden Erfahrung die deutsche Vergangenheit als ein Einflussfaktor für das generative Verhalten in Betracht gezogen werden. Birgs Überlegungen, die er unter dem Begriff »biographische Fertilitätstheorie«<sup>4</sup> zusammenfasst, läuft darauf hinaus, dass bei steigenden Zukunftsrisiken auch die Risikoabwehr zunimmt – eine verständliche und rational erscheinende Reaktion. Die Entscheidung für Kinder gehört offen-

3 Unter »mentaler Grundeinstellung« sind geistig-moralische Orientierungen zu verstehen, die kulturspezifisch, mittels sozialer Vererbung über Generationen hinweg vermittelt werden. Theodor Geiger hat Mentalität als eine Art geistige »Haut« charakterisiert, also eines quasi angeborenen Merkmals, und sie von Ideologie als eines geistigen »Gewands«, das sich von Fall zu Fall leicht wechseln lässt, unterschieden. Vgl. Theodor Geiger: Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. Soziographischer Versuch auf statistischer Grundlage. Stuttgart 1932. S. 75 ff.

4 »Die Kernthese der biographischen Fertilitätstheorie ist, daß das Risiko irreversibler langfristiger Festlegungen im Lebenslauf unter den Bedingungen des permanenten Wandels der ökonomischen, sozialen, gesellschaftlichen und kulturellen Lebensbedingungen zugenommen hat und weiter zunehmen muß. In einer instabilen, von einer permanenten Veränderungsdynamik geprägten Welt ist es rational, irreversible langfristige Festlegungen im Lebenslauf zu vermeiden, um die biographische Entscheidungsfreiheit nicht zu verlieren.« Siehe: Herwig Birg: Die Weltbevölkerung. Dynamik und Gefahren. München 2004. S. 66. – Die individuellen Existenzrisiken wuchsen seit dem politischen Durchbruch des Neoliberalismus vor drei Jahrzehnten für mehr und mehr Menschen; darunter auch viele, denen der »freie Markt« materielle Vorteile zu versprechen scheint. Der forcierte »Flexibilitätszwang« dürfte als schwergewichtiger Risikofaktor für die Absenkung der Fertilität mit verantwortlich sein. Vgl. zu den verschärften Flexibilitätsanforderungen: Richard Sennett: Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus. Berlin 1998. S. 99-130. passim.

kundig zu den langfristig folgenreichsten, und Kinder bringen für die Eltern starke wirtschaftliche Belastungen und hohe psychische Beanspruchung mit sich. Steigen die Zukunftsrisiken objektiv und erscheinen sie in der subjektiven Wahrnehmung gar noch vergrößert, so könnte das die Kinderfreudigkeit mehr oder weniger dämpfen. Die sozialökonomischen Zukunftsrisiken sind heute objektiv größer als in den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg, als das so genannte Wirtschaftswunder und vor allem die Vollbeschäftigungslage einen klaren Aufstiegsprozess vor Augen führten. Auch hat sich die Ausbeutungsintensität der Arbeitskraft erhöht, was nicht zuletzt an den teils inhumanen Arbeitsbedingungen von Frauen in manchen Dienstleistungstätigkeiten hervortritt – beispielsweise im Pflegebereich, wo Unterbezahlung und unrealistische Zeitvorgaben an der Tagesordnung sind. Bis in die 1960er Jahre lag die bundesdeutsche Geburtenziffer auch noch deutlich über zwei. Wenn Birgs plausibles Theorem zutrifft, dann handelte es sich bei der ungünstigen deutschen Bevölkerungsentwicklung um eine auffällige Paradoxie: Denn weniger Kinder zu haben, wäre ja die Folge von steigender Risikoaversion potentieller Eltern. Doch gerade durch die niedrige Geburtenrate wird das Zukunftsrisiko der Gesellschaft insgesamt und somit jedes einzelnen ihrer Mitglieder mehr oder weniger erhöht. Hier liegt also wieder ein Fall vor, bei dem Rationalität im Mikrobereich (mikrodemografische Vorteile) zu rationalitätswidrigen Makroergebnissen (makrodemografische Nachteile) führt. Forschungsergebnisse zum interkulturellen Vergleich brachten tatsächlich eine überdurchschnittlich hohe »Unsicherheitsvermeidung« der Deutschen – nicht nur in Relation zu den besonders niedrigen Unsicherheits-Werten Schwedens – zum Vorschein.<sup>5</sup> Die Deutschen scheinen insgesamt »zukunftsängstlicher« zu sein, was auch zu dem im Ausland bekannten Stereotyp der »German Angst« zu pas-

5 Geert Hofstede: Lokales Denken, globales Handeln. Interkulturelle Zusammenarbeit und globales Management. München 2001, S. 153 ff. (v. a. Tabelle S. 159 f.); Karl Georg Zinn: Kollektive Mentalität und wirtschaftspolitische Praxis. Solidarische Kultur in Schweden – Sozialangst in Deutschland. In: Das nordische Modell – eine Alternative?. Supplement der Zeitschrift Sozialismus 5/2009. Hamburg 2009, S.49-60.

sen scheint.<sup>6</sup> Hier passt denn auch, wie der Münchener Politikwissenschaftler Werner Weidenfeld hervorhebt, dass »im jährlichen ›Trust Barometer‹ ... Deutschland im internationalen Vergleich den Spitzenplatz im Misstrauen...« einnimmt.<sup>7</sup>

Vor dem Hintergrund mentaler Befindlichkeiten könnte auch eine weitere Interpretation plausibel erscheinen, die in der als »typisch deutsch« geltenden Leistungsbereitschaft und Karriereorientierung das Bemühen um Absicherung, um Abbau von Zukunftsrisiken und eine übermäßigen Präferenz für Unabhängigkeit von »Familienpflichten« zu erkennen meint. Die Deutschen halten ihr Land ja auch nicht für besonders kinderfreundlich, wie einschlägige Umfragen ergaben.<sup>8</sup> In den alten Bundesländern halten lediglich 16 Prozent der Befragten Deutschland für kinderfreundlich; in den neuen Bundesländern sind es sogar nur 9,0 Prozent. Der Vergleich der durchschnittlichen Kinderzahl pro Haushalt der alten und neuen Bundesländer scheint dem Umfrageergebnis zu entsprechen. Pro Haushalt gibt es im Durchschnitt in den ostdeutschen Bundesländern und Berlin weniger Kinder als im Westen, wie die Daten für 2011 zeigen (*Tabelle 3*). Die relativ ungünstigere Beschäftigungssituation in den neuen Bundesländern dürfte hierfür mitverantwortlich sein. Diese Einschätzung korrespondiert auch mit der anhaltenden Abwanderung von Ost nach West, die überwiegend wirtschaftliche Gründe haben dürfte. Da vornehmlich jüngere Menschen abwandern, steigt in den neuen Bundesländern der Anteil von Haushalten ohne Kinder. Der Wanderungssaldo zwischen Ost und West ist zwar rückläufig, aber nach wie vor negativ für die neuen Bundesländer. 2001 betrug er -97.565 und sank bis 2010 auf -23.579. Insgesamt verloren die neuen Bundesländer durch Abwanderung per Saldo zwischen 1991 und 2010 1.164.423 Menschen.<sup>9</sup>

6 Vgl. Sabine Bode: Die deutsche Krankheit – German Angst, Stuttgart 2006. Zur Wahrnehmung der Deutschen im Ausland vgl. auch Klaus Stierstorfer (Hrsg.): Deutschlandbilder im Spiegel anderer Nationen. Literatur, Presse, Film, Funk, Fernsehen. Reinbek bei Hamburg 2005.

7 Siehe Werner Weidenfeld: Gastkommentar: Neue deutsche Beweglichkeit. In: Handelsblatt. Nr. 40, 8./10. März 2013. S. 72.

8 Deutsche halten ihr Land für wenig kinderfreundlich. In: Frankfurter Rundschau. Jg. 69. Nr. 18, 22. Januar 2013. S. 6.

9 Statistisches Jahrbuch 2012. S. 46.

Wie aus *Tabelle 3* hervorgeht, sinkt die durchschnittliche Kinderzahl pro Haushalt mit der Größe der Wohngemeinde. Das erklärt sich unter anderem durch die Konzentration der Einpersonenhaushalte auf die Mittel- und vor allem die Großstädte, wohingegen Familien mit Kindern eher aufs »flache Land« ziehen, wo Grundstücke und Wohnungen relativ preiswerter sind.

Ein charakteristisches demografisches Merkmal der deutschen Gesamtbevölkerung zeigt sich an dem mit 40 Prozent hohen Anteil der Single-Haushalte und dem mit 34 Prozent ebenfalls hohen Anteil der Zweipersonen-Haushalte. Haushalte mit drei und mehr Personen, auf die die Eltern mit mehreren Kindern entfallen, machen zusammen nur 24 Prozent aus (drei Personen: 13 Prozent; vier Personen: 9 Prozent; fünf und mehr Personen: 3 Prozent). Die Bevölkerungsvorausberechnung für 2030 weist eine weitere Zunahme der Single- und Zweipersonen-Haushalte aus – auf 43,4 Prozent bzw. 37,8 Prozent. Der Anteil der Haushalte mit drei und mehr Personen schrumpft dann auf nur noch 18,8 Prozent, also nicht einmal ein Fünftel aller Haushalte. Die durchschnittliche Haushaltsgröße wird von gegenwärtig 2,02 auf 1,88 Personen sinken.

Die niedrige Fertilität wird auch durch die »individualistischen« Tendenzen mitbedingt. Das zeigt sich nicht nur an dem hohen Prozentsatz von Single-Haushalten, sondern auch an der Aufteilung in eheliche und nichteheliche Geburten. Auf eheliche entfielen im Jahr 2010 452.475 Geburten, das waren 66,7 Prozent, aber rund ein Drittel, 32,3 Prozent bzw. 225.472 Geburten, waren nichteheliche. Ehe bedeutet eine festere Bindung, die offenbar von einem erheblichen Bevölkerungsteil vermieden wird.

*Tabelle 3: Kinder pro Haushalt nach Bundesländern und Gemeindegröße*

Land	Durchschnittliche Kinderzahl pro Haushalt
Deutschland	2,02
Baden-Württemberg	2,13
Bayern	2,07
Berlin	1,73
Brandenburg	1,97
Bremen	1,80
Hamburg	1,79
Hessen	2,06
Mecklenburg-Vorpommern	1,92
Niedersachsen	2,04
NRW	2,05
Rheinland-Pfalz	2,12
Saarland	2,06
Sachsen	1,87
Sachsen-Anhalt	1,92
Schleswig-Holstein	2,03
Thüringen	1,97
<b>Nach Gemeindegrößenklassen</b>	
Unter 5000	2,23
5000-20.000	2,15
20.000-100.000	2,04
100.000 und mehr	1,83
<b>Privathaushalte nach Größe (%)</b>	
1 Person	40
2 Personen	34
3 Personen	13
4 Personen	9
5 Personen und mehr	3

*Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch 2012. S. 51.*

Die Entwicklung des Arbeitskräfteangebots wird entsprechend diesen Vorausberechnungen pessimistisch beurteilt. Bei den akademisch qualifizierten Erwerbspersonen wird abgesehen von Engpässen bei einzelnen Berufen voraussichtlich ein hinreichendes Arbeitskräftepotential vorhanden sein. Hingegen wird bei Facharbeitkräften mit einem Defizit von mindestens einer Million gerechnet, und hierbei ist sogar noch eine Nettozuwanderung aus dem Ausland von 100.000 Arbeitskräften unterstellt. Die Zahl von 100.000 Nettozuwanderungen ergibt sich aus Erfahrungswerten.

Äußerst widersprüchlich erscheinen die hohe Karrierebewertung der Frauen bzw. die vorherrschende Ermutigung zur Frauenerwerbstätigkeit einerseits und andererseits die Unterentwicklung institutioneller Kinderbetreuung sowie die immer noch im Experimentalstadium steckende Ganztagschule. Widersprüchlich ist auch der Umgang mit dem gerade für Deutschland wichtigen demografischen Faktor der Migration. Deutschland ist längst ein Einwanderungsland, und längst wäre daher eine sachgerechte Einwanderungspolitik notwendig. Zu ihr gehörte auch eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit, um die einheimische Bevölkerung aufzuklären und die Einwanderung als Erfordernis im Interesse unseres demografisch alternden Landes verständlich zu machen und damit auch den fremdenfeindlichen Animositäten zu begegnen.

## II. Demografie und Wirtschaftsentwicklung

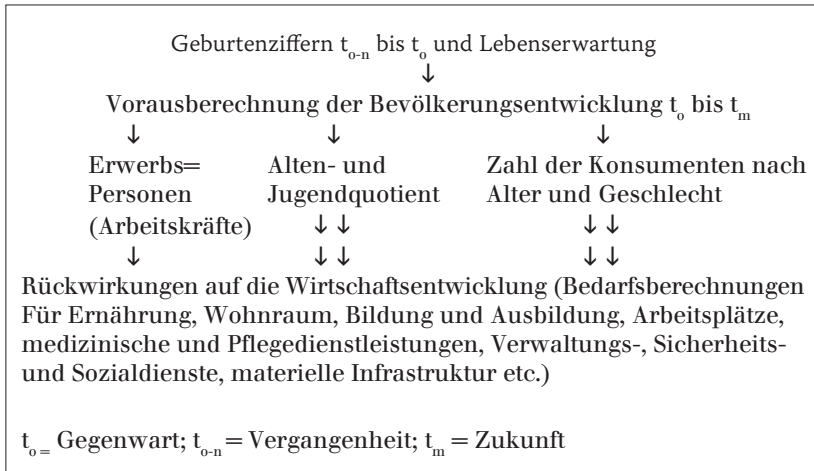
Reiche und arme Volkswirtschaften stehen zwar teilweise vor ähnlichen Problemen, aber in den entwickelten, wohlhabenden Ländern stehen der Problemlösung keine prinzipiellen Hindernisse entgegen wie in armen Gesellschaften, sondern die reichen Staaten leiden unter systemischer Reformunfähigkeit und ideologisch bedingten Fehlentwicklungen. Arme Länder sind hingegen von wirtschaftlichen, rechtsstaatlichen, politischen und anderen Entwicklungsrückständen betroffen und in vielen Fällen leiden sie auch noch unter den Folgen kolonialistischer Deformation. Auch dort sind Reformen notwendig, aber damit werden nur Voraussetzungen für eine erfolgreiche Entwicklung geschaffen, diese selbst wird aber einen langen Zeitraum erfordern.

*Europäische Maxime: Heute vorausdenken und vorsorgen für die künftige Bevölkerungssituation*

Die Bevölkerungsentwicklung hat bekanntlich erhebliche Rückwirkungen auf die Volkswirtschaft. Soweit diese Rückwirkungen aufgrund empirischer Befunde einigermaßen bekannt sind, liefern die demografischen Daten dann auch prognostisch verwertbare Informationen für die längerfristige Einschätzung ökonomischer Prozesse (*Abbildung 1*). Aufgrund der demografischen Daten lässt sich künftiger Bedarf der Gesellschaft grob abschätzen. Daraus lassen sich wiederum die in der Gegenwart erforderlichen Vorkehrungen und Zukunftsinvestitionen zurückrechnen. Diese bedarfsorientierte Verknüpfung von Zukunft und Gegenwart erfordert allerdings sowohl eine »stoffliche« Erfassung künftigen Bedarfs als auch die Umsetzung solcher Information in gegenwärtige Aktivität. Selbstverständlich erfordert das eine gewisse gesamtwirtschaftliche Planung, und das trifft gegenwärtig (noch) auf ideologische motivierten Widerstand. Der Schaden solcher Rationalitätsverweigerung ist absehbar, und vielleicht gibt es doch einige wissenschaftliche und politische Nischen, in denen die Vernunft nicht von Ideologie und Herrschaftsgefälligkeiten korrumpiert wird.

Länder mit schrumpfender und alternder Bevölkerung, also fast alle europäischen Länder, stehen vor der Aufgabe, den Arbeitskräftebedarf voll auszuschöpfen. Der Altenquotient wird häufig als Argument angeführt, dass die Belastung der Erwerbsbevölkerung durch die Leistungen für Ruheständler sowie auch für die Nachwuchsgeneration quasi unerträglich würden. Dieses Risiko wird jedoch erheblich entschärft, wenn nicht gar beseitigt, wenn dauerhaft für Vollbeschäftigung gesorgt wird. Unter der plausiblen Annahme, dass das Produktivitätswachstum im Mehrjahresdurchschnitt weiterhin 1,5 bis 2,0 Prozent beträgt, lässt sich auch ein Anstieg des Alten- und des Jugendkoeffizienten verkraften. Von Jahr zu Jahr steigt die Produktionsleistung pro Arbeitsstunde. Es lässt sich daher gegebenenfalls künftig auch mit einem geringeren Arbeitspotential ein erheblich höheres Volkseinkommen erwirtschaften. Um jedoch die Nachfrage nach Arbeitskräften in Richtung Vollbeschäftigung zu steigern, müssen die Masseneinkommen, insbesondere auch die Lohneinkommen erhöht werden.

Abbildung 1: Demografische Entwicklung und wirtschaftliche Vorausplanung



Denn die Masse der Nachfrage resultiert eben aus den Masseneinkommen. Mit einer gleichmäßigeren Verteilung ließe sich auch eine sinnvolle Umstrukturierung der Wirtschaft erreichen – nämlich weniger Prestige-, Demonstrations- und Verschleißkonsum, dafür mehr bedarfsgerechte Produktion. Reduzieren ließen sich künftig auch noch etliche Transaktionskosten des Systems – beispielsweise beim überhöhten Werbe- und Marketingaufwand, bei den Repräsentationskosten der privaten und öffentlichen Prominenten etc. Ökonomisch und moralisch ist es unverantwortlich, Altersarmut und Armut generell zugunsten jener unproduktiven Transaktionskosten des System zu dulden.

Tabelle 4: Produktivitätswachstum und Output pro Arbeitsstunde

Jährlicher Anstieg der Stundenproduktivität	2010	2020	2030	2040	2050	2080	2100
Output pro Stunde (2010 = 100)							
1 %	100	110	122	134	148	200	244
1,5 %	100	116	134	156	181	283	381
2 %	100	121	172	181	220	399	594



*Produktivitätswachstum auch ausschöpfen!*

Die berechtigte Erwartung, dass die Probleme einer alternden, aber hoch entwickelten Volkswirtschaft dank des Produktivitätswachstums entschärft, gar gelöst werden können, ist jedoch an die Bedingung gebunden, dass das Arbeitspotential auch beschäftigt wird. Hohe Stundenproduktivität bringt wenig, wenn die Arbeitsstundenzahl wegen Massenarbeitslosigkeit zu niedrig bleibt. Die von Politik und manchen Ökonomen verkündete Botschaft, der Markt würde das schon regeln, war von Anfang an Unsinn. Inzwischen dauert die Massenarbeitslosigkeit fast drei Jahrzehnte. Dass sie künftig quasi automatisch wegen der demografischen Schrumpfung verschwindet, ist eine zumindest leichtsinnige Annahme.

Notwendig für die Bewältigung der Zukunftsaufgaben ist entsprechende Vorsorge in der Gegenwart. Das Bildungs- und Ausbildungssystem müsste dafür sorgen, dass alle Jugendlichen ihrer Befähigungen entsprechend optimal ausgebildet werden und angemessene Arbeitsplätze finden können. Gleichfalls müssten Investitionen in Infrastruktur und *dauerhafte* Vollzeit-Arbeitsplätze vorgenommen werden. Hierbei kommt den *bedarfsgerechten Dienstleistungen* herausragende Bedeutung zu, denn in der Industrie werden wegen anhaltender Rationalisierung auch künftig Arbeitsplätze fortfallen. Für Dienstleistungen steigt hingegen der Bedarf. Denn sowohl die jungen Menschen wie die Ruheständler sind in relativ stärkerem Maße auf bestimmte Dienstleistungen als die Erwerbsbevölkerung angewiesen. Zu nennen sind insbesondere Bildung, Ausbildung, medizinische und soziale Dienstleistungen.<sup>10</sup> Dienstleistungseinkommen finanzieren Konsumnachfrage nach Industriegütern, und viele Dienstleistungen erfordern zudem Industriegüter im Sinn der »zusammengesetzten Produkte« (z. B. ist eine ärztliche Röntgenpraxis auf medizintechnische Industriegüter angewiesen), so dass der Dienstleistungssektor auch die Nachfrage nach industriell produzierten Vorleistungen steigert.

<sup>10</sup> Vgl. Norbert Reuter/Karl Georg Zinn: Moderne Gesellschaften brauchen eine aktive Dienstleistungspolitik. In: WSI-Mitteilungen. Jg. 64. 9/2011 (Schwerpunktheft Dienstleistungen zwischen Niedriglohn, Professionalisierung und Innovation). S. 462-469.

Die Massenarbeitslosigkeit der vergangenen Jahrzehnte und der Gegenwart stellt eine Verschwendung in riesiger Größenordnung dar. Arbeitslosigkeit bedeutet, dass mögliche Wertschöpfung unterbleibt, was sich über die Jahre hinweg auf dreistellige Milliardenbeträge in Euro summiert. Unser Wirtschaftssystem und die Wirtschaftspolitik erwiesen sich bisher als unfähig, das vorhandene Produktionspotential voll für die Zukunftsvorsorge auszuschöpfen. Machen wir uns an einem einfachen Beispiel klar, wie verantwortungslos und inkompetent agiert wird: Bekanntlich verfällt im reichen Deutschland – und nicht nur dort – die Infrastruktur. Der Straßenzustand verschlechtert sich. Viele Brücken sind marode, Ausbau und Sanierung der Eisenbahntrassen kommen nur schleichend voran usw. Gleichzeitig sind Millionen Menschen arbeitslos, und Baukapazitäten bleiben ungenutzt. Es fehlt am Geld, heißt die Ausrede. Doch abgesehen davon, dass im reichen Deutschland weder angemessen Steuern erhoben und entrichtet werden, noch konsequent genug gegen Steuervermeidung und –hinterziehung vorgegangen wird, stellt sich ganz aktuell die Frage, wieso Spekulationsbanken gerettet werden, aber Infrastrukturinvestitionen als »unbezahlbar« gelten. Wieso wird durch die Europäische Zentralbank Geld gedruckt, um die Spekulationsverluste »systemisch« zu neutralisieren, aber es fehlt Geld, um öffentliche Güter, insbesondere dringende Zukunftsprojekte zu finanzieren? Für die reichen Länder wäre es an sich recht einfach, dafür zu sorgen, dass die vorstehend erwähnten Zukunftsanforderungen erfüllt werden. In reichen Volkswirtschaften werden die sozialökonomischen Probleme weitgehend durch die unzulänglichen Systembedingungen verursacht. Reformen könnten also durchaus abhelfen. Denn anders als in armen Ländern sind Mangel und Armut reine Verteilungsfragen und nicht irgendwelchen Entwicklungsrückständen geschuldet. Ob es allerdings gelingen wird, die Geburtenfreudigkeit zu erhöhen, ist noch eine andere Frage. Bisherige Bemühungen waren nur bedingt erfolgreich. Immerhin scheint der Trend zu sinkenden Geburtenziffern in den meisten europäischen Ländern gestoppt zu sein, und es kam in etlichen europäischen Ländern jüngst sogar zu einer leichten Zunahme der Geburtenziffern (*vgl. Tabelle 3*). Doch nach wie vor liegt die durchschnittliche Geburtenziffer in Europa weit unter 2,1 – dem Wert für eine stabile demografische Reproduktion.

*Arm und jung – die demografische Überlast*

In den bereits überbevölkerten, ausnahmslos ärmeren Volkswirtschaften stellen sich weitaus größere und schwieriger zu bewältigende Aufgaben, weil die Probleme nicht *allein* den Systemstrukturen geschuldet sind, sondern der prinzipiellen Diskrepanz zwischen Überbevölkerung und wirtschaftlicher Leistungskraft. Diese Länder müssten vorrangig zwei Probleme angehen: *Erstens* das Bevölkerungswachstum weitaus stärker reduzieren, als dies bei dem bisher nur sehr mäßigen Rückgang der nach wie vor zu hohen Geburtenziffern zu erwarten ist (*vgl. Tabelle 3*); das einzige Land, das durch eine wirksame, im Abendland vorwiegend äußerst kritische beurteilte Bevölkerungspolitik sein demografisches Problem – nicht ganz ohne negative Nebeneffekte – in den Griff bekam, ist die VR China. Sie hat den Planeten Erde und seine Menschheit davor bewahrt, heute zusätzlich 500 Mio. Verbraucher (er)tragen zu müssen. Auf diese Größenordnung wird jedenfalls der demografische Effekt der chinesischen Bevölkerungspolitik beziffert. *Zweitens* müssten die überbevölkerten Länder eine umfassende »Jugendpolitik« in Gang setzen, also Bildung, Ausbildung und Beschäftigung für ihre junge Generation schaffen. Es ist unrealistisch zu erwarten, dass sich die hohe Jugendarbeitslosigkeit auf herkömmliche Weise, nämlich vorwiegend durch Wirtschaftswachstum wesentlich abbauen lässt. Eine mögliche und sinnvolle Option besteht in einer neuen Arbeits- bzw. Arbeitszeitpolitik: 30- oder 25-Stundenwoche bei entsprechend geringerem Einkommen, aber Beschäftigung für alle als Regelfall. Arbeitszeitverkürzung ist auch in hoch entwickelten Ländern – insbesondere in den südeuropäischen mit ihren katastrophalen Arbeitslosenraten – geboten, um dort irgendwann zur Vollbeschäftigung zurückzukehren, aber in den armen, demografisch jungen Volkswirtschaften stellt sich das Beschäftigungsproblem eben in ganz anderer Größenordnung, und dort enthält es noch weitaus brisantere Konfliktrisiken. Eine frustrierte Jugend ohne Zukunftsperspektive erlebt ihre Lage als tiefe Demütigung, und Demoralisierung, Ressentiments und ein lauerndes Aggressionspotential sind die Folgen. Damit entsteht ein ideales Rekrutierungsfeld für Extremismus, und aussichtslose Armut kann kriminelle Energie

Abbildung 2

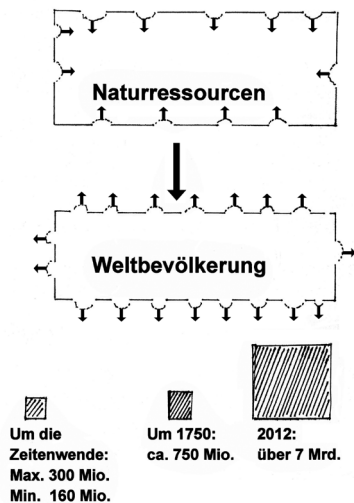
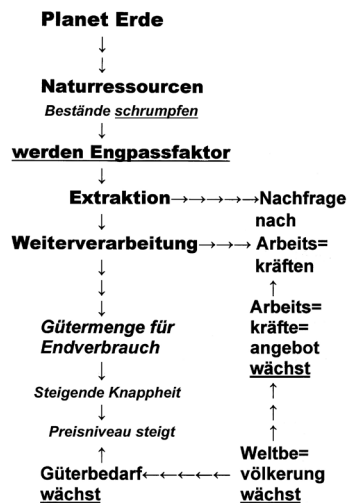


Abbildung 3



generieren – vom kleinen Taschendiebstahl bis zum internationalen, organisierten Verbrechen.

Die Arbeitszeitfrage kann hier zwar nicht vertieft erörtert werden, aber das prinzipielle Problem der Überlastung der Erde durch das demografische Wachstum zeigt sich bereits gegenwärtig an der extrem hohen Weltarbeitslosigkeit. Je nach Definition ergibt sich eine globale Arbeitslosigkeit zwischen 200 Mio. bis fast eine Milliarde Menschen. Die Verwendung der Arbeitskraft ist auf Naturressourcen als Komplementärfaktor angewiesen. Die wechselseitige Verstärkung von Wirtschaftswachstum und Bevölkerungswachstum führte zu einer progressiven Ausbeutung der Natur im weiten Sinn. Es besteht kaum ein Zweifel, dass die nachhaltige Tragfähigkeit der Erde überschritten wurde. *Abbildungen 2 und 3* verdeutlichen, dass die seit dem 18. Jahrhundert eingetretene »Bevölkerungsexplosion« baldmöglichst beendet werden müsste, um einer globalen demografischen Katastrophe vorzubeugen. Es erscheint inzwischen unmöglich zu sein, die arbeitsfähige Weltbevölkerung bei einer 40-Stunden-Woche oder gar noch länger voll zu beschäftigen. Der einzig sinnvolle, human akzeptable Ausweg

führt, wie bemerkt, über eine globale Umverteilung von Arbeit bzw. Arbeitszeitverkürzung, die länderspezifische differenziert ausfallen mag, zu der es aber wegen der Komplementarität von (knapper werdenden) Naturressourcen und globaler Arbeitskraft keine prinzipielle Alternative gibt.

*Technischer Fortschritt – Instrument für den Raubbau oder für Nachhaltigkeit?*

Das Ungleichgewicht zwischen Natur im umfassenden Sinn und Weltbevölkerung wird selbstverständlich infolge des anhaltenden demografischen Wachstums weiter vergrößert. Die gegenwärtig bereits zu beobachtenden lokalen Hungerkatastrophen und die Verelendung großer Bevölkerungsgruppen sind nüchtern betrachtet als Vorsignale des künftigen Desasters einzuschätzen. Anhand von zwei grafischen Schemata sei die Ungleichgewichtsdynamik – konstanter Planet und steigende Ausbeutung seiner Ressourcen infolge des Bevölkerungswachstums – veranschaulicht (*Abb. 2 und 3*). Befürchtungen, dass die Diskrepanz zwischen Bevölkerungszunahme und begrenzten Naturressourcen zu humanen Katastrophen führen könnte, sind nicht neu. Der Malthussche Pessimismus schien zwar durch die Entwicklung im 19. Jahrhundert widerlegt worden zu sein, aber prinzipiell ist seine These, dass die Bevölkerung in geometrischer Reihe, die Nahrungsmittelproduktion hingegen nur in arithmetischer Reihe wüchsen, zutreffend, sofern sie umfassender interpretiert wird; nämlich als Divergenz zwischen demografischem Wachstum und Verfügbarkeit von Naturressourcen. Die heute noch propagierte Erwartung, die Probleme ließen sich mittels technischen Fortschritts lösen, ist infolge des demografischen Wachstums brüchig geworden. Was im 19. Jahrhundert plausibel erschien, als die Weltbevölkerung noch weniger als ein Drittel der heutigen erreichte, lässt sich keineswegs in die Zukunft extrapolieren.

Die Agrarrevolution und die Industrielle Revolution ermöglichten nicht nur ein beschleunigtes Bevölkerungswachstum, sondern es ging in einigen Weltteilen auch mit einem Anstieg des Pro-Kopf-Einkommens einher. Dennoch erscheint das Gesamt-

bild nicht gerade rosig. Denn der technische Fortschritt als eine Bedingung sine qua non der »Bevölkerungsexplosion« brachte zwar Effizienzsteigerungen bei der Ausschöpfung der Naturressourcen und beseitigte Engpässe bei der Rohstoffversorgung und Energieproduktion, aber damit wurden die erschöpfbaren Naturgüter dem Menschen nur in größerer Menge verfügbar gemacht, was heißt, dass sie auch rascher verbraucht sein werden. So gesehen erleichterte bzw. beschleunigt(e) der technische Fortschritt den Raubbau an der Natur (*Abb. 3*). In der kurzen Frist wirkte er als Problemlöser, aber auf lange Frist vergrößert er – jedenfalls unter den bestehenden Produktionsverhältnissen – das Tragfähigkeitsproblem. Zudem kam es regional auch trotz oder auch wegen der Industriellen Revolution seit dem 19. Jahrhundert zu Malthusianischen Zuständen – gerade auch in Europa. Deshalb verließen ja auch Millionen Europäer ihre Heimatländer, und es schwemmten während des gesamten 19. Jahrhunderts Auswanderungswellen nach Amerika. Dort wurde die einheimische Bevölkerung nicht nur ihres Landes beraubt, sondern faktisch fand ein Genozid an den Indianern statt. Das Bevölkerungswachstum hatte also schon in der Vergangenheit teils mörderische Folgen. Die Elendsregionen auf dem Globus haben sich inzwischen vermehrt, und von einer *prinzipiellen bzw. endgültigen* Widerlegung der Malthusschen Befürchtung können heute nur noch Zyniker reden.

Die Wachstumsoptimisten, die dem Kapitalismus zutrauen, alle (alten und neuen) Probleme *immer*, also auch in Zukunft, mit Hilfe von technischen Innovationen zu lösen, hängen einer Illusion an und begehen einen Denkfehler. Ihre Argumentation läuft darauf hinaus, dass die Verknappung von Ressourcen zu Preissteigerungen führt, und damit Anreize für Investitionen und die Entwicklung neuer, noch effizienterer Techniken entstehen. Ein »technisches« Beispiel bietet das Fracking, mit dem bisher nicht erschlossene Gas- und Rohölvorkommen rentabel aus den Ölschiefern geholt werden, nachdem das Rohöl aus herkömmlichen Quellen im Trend immer knapper, somit teurer wird. Abgesehen von möglichen Umweltschäden durch Fracking ist das potentielle Ausbeutungsvolumen umstritten, so dass sich auch in diesem Fall erweisen wird, dass ein Engpass (hier: Rohölan-

gebot) zwar dank Technologie zeitweilig beseitigt wird, aber die Verknappung künftig umso stärker zu Buche schlägt. Generell schließen Preissteigerungen, das ist ihr Sinn, gerade mehr und mehr Menschen vom Konsum der verteuerten Güter aus, und deshalb wird eben nicht mehr »genug für alle« da sein. Besonders deutlich wird diese Entwicklung beim »Landraub« (land grabbing) sichtbar. Die Reichen »kaufen« das Land der Armen, was faktisch auf eine Vertreibung hinausläuft, die häufig in brutalster Manier durchgeführt wird und bei Widerstand gar tödlich verläuft. Wer über genügend Geld verfügt, kann auch teure Lebensmittel kaufen, aber die Armen der Welt werden hungern und schließlich verhungern. Auch mit noch so viel technischem Fortschritt kann die Tatsache nicht aus der Welt geschaffen werden, dass die Erde endlich und erschöpfbar ist. Technik *ermöglicht* lediglich, einerseits die erschöpfbaren Ressourcen noch schneller zu gewinnen und andererseits ihre Verwendung effizienter und sparsamer zu machen. Beide Effekte haben bisher dazu geführt, das globale Verbrauchsniveau zu steigern, zumindest zu stabilisieren und damit die Notwendigkeit einer langfristigen Zukunftsvorsorge eher verschleiert, als ihr zu genügen. Das Rebound-Problem ist bisher nicht gelöst worden, d. h. Effizienzsteigerungen bei der Rohstoffausbeute und -verarbeitung führten nicht zu Verbrauchsminderungen, sondern im Gegenteil stieg der Verbrauch an. Dieses als Kannibalisierung bezeichnete Phänomen war bereits im 19. Jahrhundert von dem englischen Ökonomen Jevons beschrieben worden, und ist bei Ökonomen als »Jevons-Paradoxon« bekannt. Die Technik stellt ja »nur« Werkzeuge bereit, und insofern ist sie neutral. Wie und wofür sie eingesetzt werden – für noch mehr Wachstum oder für nachhaltiges Wirtschaften –, hängt von den herrschenden ökonomischen und politischen Interessen ab. Damit stellt Technikverwendung eine Machtfrage dar und ist kein technikendogenes Phänomen. Die Macht liegt aber nicht in Händen der Menschheit schlechthin, sondern bei einer reichen Oligarchie. Das war regelmäßig auch schon vor dem Kapitalismus der Fall, aber dank der Technik verfügt die herrschende Klasse des Kapitalismus über ein historisch beispielloses Machtinstrumentarium, mit dem Mensch und Natur ausgebeutet werden können.

### III. Schlussfolgerung: Für eine differenzierte Bevölkerungspolitik

Die globale Spaltung der Menschheit in Arme und Reiche ist kein Novum, sondern entwickelte sich seit Beginn der Zivilisation vor einigen tausend Jahren. Doch seit der Industriellen Revolution, also seit dem Ausgang des 18. Jahrhunderts hat sich die Situation dramatisch verändert. Einerseits führte die Industrialisierung zu einem zuvor nicht vorstellbaren Produktionsanstieg, andererseits wurde gerade dadurch die explosionsartige Zunahme der Weltbevölkerung möglich (vgl. *Abbildung 2*). Die längst erkannten ökologischen Probleme im umfassenden Sinn, also Umweltzerstörungen, Klimawandel, Erschöpfung der unvermehrbaaren Naturressourcen, werden infolge des anhaltenden und weltweit forcierten Wirtschaftswachstums weiter verschärft. Von Arbeitslosigkeit, Hunger und Verelendung sind gegenwärtig mindestens eine Milliarde Menschen betroffen. Sie erleben bereits die Katastrophe, die in kommenden Jahrzehnten immer mehr Menschen heimsuchen wird.

Wie vielfältig die Ursachen für die Spaltung der Menschheit in Arm und Reich auch bei detaillierter Betrachtung erscheinen mögen, so gibt es keinen Zweifel daran, dass unser Planet längst übervölkert ist. Wir befinden uns in einer »Malthusianischen Situation«. Wie auch in den vergangenen Jahrtausenden werden auch heute nicht alle Menschen, sondern nur die Minderheit von einem »Malthusianischen Teufel«, wie J. M. Keynes das formulierte, heimgesucht. Doch die Minderheit wächst an, und die damit verbundenen Konflikte eskalieren.

Die Warnungen vor einer unhaltbaren Bevölkerungsvermehrung auf der Erde wurden bis zum Ende des 19. Jahrhunderts als Fehlalarm zurückgewiesen. An der zwiespältigen Rezeption des Malthusianismus wird das deutlich. Einerseits konnten sich die Konservativen, die allen Sozialreformen feindlich gesonnen waren, auf Malthus berufen, wenn sie Armut und Elend als »naturbedingt«, eben als Folge des Bevölkerungswachstums interpretierten. Andererseits wiesen die Malthus-Kritiker, nicht zuletzt sozialistische Autoren, auf die immensen Produktionssteigerungen hin, die der Industriekapitalismus hervorbrachte. Nicht mangels Produk-



tion und mangels Ressourcen käme es zu Armut und Elend, sondern das sei durch die falsche, ungerechte Verteilung des Reichtums verursacht. Rückblickend lässt sich feststellen, dass beide scheinbar einander widersprechenden Sichtweisen berechtigt waren und sind. Die Verteilungsfrage war und ist ungelöst, aber das Verteilungsproblem wird in steigendem Maße unlösbar, weil das demografische Wachstum die dauerhafte Tragfähigkeit der Erde längst überschritten hat. Der gegenwärtige Zustand ist nicht mehr nachhaltig. Die relative Knappheit der natürlichen Produktionsfaktoren – Agrarflächen, mineralische Rohstoffe, Wasser usw. – nimmt weiter zu, und die Preise dieser Güter steigen. Das heizt die Spekulation an. Der erwähnte Landraub hat seine letzte Ursache im globalen Bevölkerungswachstum. Inzwischen greifen die Spekulationsaktivitäten der »Landräuber« auch auf Westeuropa über. Beispielsweise überschwemmt eine Welle von Land-Spekulationen bereits den brandenburgischen Agrarraum.<sup>11</sup> Da das kapitalistische System sowohl zur Spekulation reizt, als diese auch ermöglicht, werden die aus der Ressourcenverknappung resultierenden Probleme noch vergrößert.

Die skizzierte Weltlage der Gegenwart bestätigt prinzipiell die Malthussche Prognose. Das durch die Bevölkerungsexplosion geschaffene Katastrophenpotential kann weder durch den sogenannten technischen Fortschritt noch durch forcierte Wachstumsbemühungen bewältigt werden, ohne dass zugleich systemische Reformen erfolgen. Denn der technische Fortschritt und das Wachstum werden unter den bestehenden Produktionsverhältnissen darauf hinwirken, dass die Fehlentwicklungen weitergehen. Die Ressourcenverknappung infolge des demografischen Wachstums war, wie erwähnt, schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts von Malthus erkannt und thematisiert worden. Um dieses Problem richtig einzuschätzen, genügt eigentlich der gesunde Menschenverstand, und es bedarf dazu keiner tiefsinnigen wissenschaftlichen Abhandlungen. Umso besser jedoch, wenn auch Wissen-

11 Vgl. Stefan Börnecke: Afrika in Brandenburg. In Ostdeutschland kaufen landwirtschaftsfremde Investoren riesige Agrarflächen auf. In: Frankfurter Rundschau. Jg. 69. Nr. 25, 30. Januar 2012. S. 14; Ulrich Krökel: Angst vor Bodenspekulanten. In: Frankfurter Rundschau. Jg. 69. Nr. 60. 12. März 2013. S. 17.

schaftler – zumal renommierte – sich nicht davor scheuen, die Katastrophenträchtigkeit des ungebremsten demografischen Wachstums zu umreißen. Anfang des vergangenen Jahrhunderts fand der schwedische Nationalökonom Knut Wicksell (1851 bis 1926) ein anschauliches Bild, um die Problematik zu verdeutlichen<sup>12</sup>: Mit dem Bevölkerungswachstum würden zwar immer mehr Löffel an die Menschen verteilt, aber in den Topf mit Brei, aus dem sie schöpfen, fließt nichts nach. Anders gesagt: Der Planet Erde ist unvermehrbar. Auch der als »Jahrhundertökonom« geltende Engländer John Maynard Keynes (1883 bis 1946) hatte sich in einer ganz knappen Botschaft an die in den USA 1923 tagende »Konferenz über Geburtenkontrolle« (birth control conference) auf den Zusammenhang zwischen Wohlstand, Bevölkerungsgröße und begrenzten Naturressourcen hingewiesen und konstatiert, dass er es für einen Fortschritt der Zivilisation hielte, wenn die Menschheit eine bewusste Begrenzung ihres zahlenmäßigen Wachstums erreichen würde.<sup>15</sup> Leider sind solche Warnungen bisher verhallt, soweit sie überhaupt zur Kenntnis genommen wurden.<sup>14</sup>

12 Knut Wicksell: *The Enigma of Business Cycles* (1907). In: *International Economic Papers*. Nr. 3. 1958. S. 58-74 (hier: S. 66f.).

13 »The coming generation of Americans will be forced by circumstances to consider the problem of what is the ideal population for their country, as well as the not less important problem of the quality of those who are bred up. It will be a great moment in the progress of civilization when man takes conscious control of the factor of numbers, which so greatly influences his destinies, but which he has generously left hitherto, and nearly always to his undoing, to the blind forces of nature.« Siehe John Maynard Keynes: *Ohne Titel* (From *Birth Control Review*, December 1923). In: *The Collected Writings of John Maynard Keynes*. Bd. 30. London-Basingstoke 1989. S. 7.

14 Vgl. Karl Georg Zinn: *Keynes' Wachstumsskepsis auf lange Sicht. Darstellung und Überlegungen zu ihrer aktuellen Relevanz*, In: Jürgen Kromphardt (Hrsg.), *Weiterentwicklung der Keynes'schen Theorie und empirische Analysen*, Marburg 2013, S. 75-114; Karl Georg Zinn: *Keynes war kein Wachstumsfetischist: Zum Defizit des Mainstream-Keynesianismus*. In: derselbe: *Die Keynes'sche Alternative*. Hamburg 2008: S. 13-51; Dieter Janke: *Wie tot ist J. M. Keynes?* In: *Marx und Keynes. Bedeutung ihrer ökonomischen Theorien für eine alternative Wirtschaftspolitik*. Berlin 2007 (Pankower Vorträge. Heft 104). S. 32 bis 55.



NORBERT REUTER

## Wachstum im demografischen Wandel und die Auswirkungen auf den Sozialstaat

### Die Bevölkerung in Deutschland wird älter und kleiner

Der Hinweis auf die Alterung unserer Gesellschaft erscheint als unwiderlegbarer Beleg, dass soziale Leistungen in Zukunft zurückgefahren werden müssen. Wenn es immer weniger Menschen im erwerbsfähigen Alter, dafür immer mehr Rentnerinnen und Rentner gibt, dann scheint im Endeffekt gar nichts anderes übrig zu bleiben, als zu kürzen und zu streichen. Die Botschaft lautet: »There is no alternative«. Immer wieder werden entsprechende Artikel mit Karikaturen illustriert: Da werden für die Gegenwart noch relativ viele gutgelaunte junge Menschen gezeigt, die symbolisch wenige Alte mühelos tragen. Für die Zukunft wird dann eine ganz anderes Bild gezeichnet: Dann brechen die verbliebenen wenigen Jungen unter einer drastisch gestiegenen Zahl an Alten buchstäblich zusammen.

Hat man dieses Bild erst einmal verinnerlicht, erscheinen konkrete soziale Verschlechterungen als alternativlos – von der Rente mit 67 (einige neoliberale ÖkonomInnen und PolitikerInnen plädieren sogar bereits für die Rente mit 70) über den Personalabbau im öffentlichen Dienst bis hin zur Privatisierung von Gesundheit und Pflege. Wer will sich schon dem Vorwurf aussetzen, Fakten nicht zur Kenntnis nehmen zu wollen? Bereits 2003 hatte der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder dieser Entwicklung verbal den Weg geebnet: »Und wir müssen anerkennen und aussprechen, dass die Altersentwicklung unserer Gesellschaft, wenn wir jetzt nichts ändern, schon zu unseren Lebzeiten dazu führen würde, dass unsere vorbildlichen Systeme der Gesundheitsversorgung und der Alterssicherung nicht mehr bezahlbar wären. Was wir heute beweisen müssen, ist der Mut, Neues zu wagen. Dabei

werden wir uns von manchem, was uns lieb – und leider auch: teuer – geworden ist, verabschieden müssen.«<sup>1</sup> Ein prominentes Sprachrohr dieser Auffassung ist gegenwärtig auch der konservative Sozialforscher Meinhard Miegel. In seinem Buch »Exit. Wohlstand ohne Wachstum«, erschienen 2010, hält er ebenfalls »Abstriche bei Sozialleistungen« für unumgänglich: Der Staat werde »nicht umhinkommen, den breiten Strom materieller Leistungen spürbar einzudämmen.«<sup>2</sup> Ähnliche Verzichtsbotschaften werden seit Jahren auch von der arbeitgeberfinanzierten »Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)« verbreitet.<sup>3</sup>

### Von »Köpfen« zu Werten: Die Bedeutung des Produktivitätsfortschritts

Ob etwas »bezahlbar« ist und bleibt hängt jedoch nicht vom Umfang und von der Altersverteilung der Bevölkerung ab, sondern ganz wesentlich von der sich entwickelnden Produktivität der Beschäftigten. Aufgrund der technologischen und organisatorischen Entwicklungen steigert sich die Wertschöpfung je Arbeitsstunde kontinuierlich. Betrug 1991 das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde lediglich 29,40 Euro, so waren es 2012 – trotz Krise – rund 40 Euro (jeweils in Preisen von 2000). Bezieht man also den Produktivitätsfortschritt ein – ergänzt also die demographische durch eine ökonomische Analyse – kommt man zu ganz anderen Ergebnissen als es die Verzichtsbotschafter verkünden. Gleichzeitig entschärft sich der Konflikt zwischen Ökologie und Ökonomie.

1 Der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder auf dem SPD-Sonderparteitag am 1. Juni 2005 in Berlin.

2 Meinhard Miegel: Exit: Wohlstand ohne Wachstum, Berlin 2010, S. 202f.

3 Vgl. hierzu bereits: Norbert Reuter:: Arbeitgeber-Marktwirtschaft. In: »Blätter für deutsche und internationale Politik«, Berlin, Heft 10, 2001, S. 1167–1170.

## Ergebnisse unterschiedlicher Szenarien

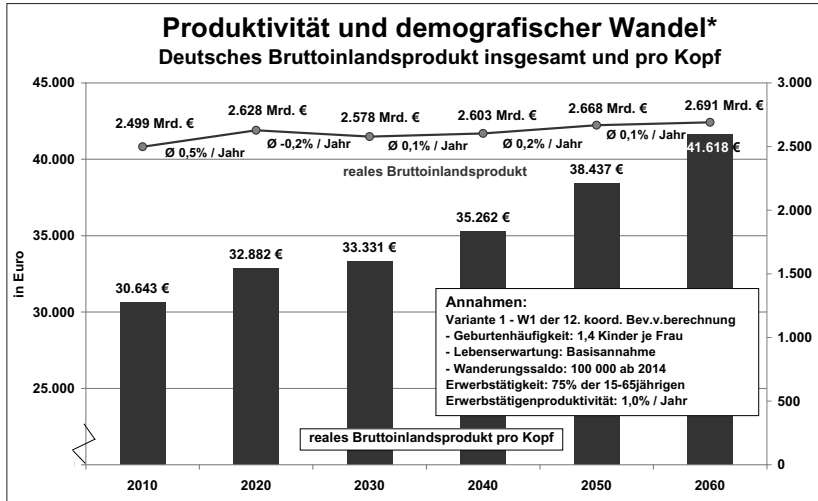
Legt man die mittlere Variante der aktuellen Bevölkerungsvorusberechnung des Statistischen Bundesamtes zugrunde,<sup>4</sup> die bis zum Jahr 2060 reicht, und unterstellt, dass bei konstanter Erwerbstätigenquote (auch in Zukunft sind wie heute nur rund 75 Prozent der 15 bis 65jährigen erwerbstätig) die Produktivität je Erwerbstätigem wie im Durchschnitt der letzten 20 Jahre um ein Prozent pro Jahr zunimmt, ergibt sich selbst unter diesen sehr restriktiven Annahmen keineswegs ein über die nächsten Dekaden schrumpfendes Verteilungsvolumen.<sup>5</sup> Im Gegenteil: Zwar ergibt sich dann ab 2020 eine annähernde Stagnation des Bruttoinlandsprodukts (das jährliche Wachstum liegt dann im Durchschnitt nur noch zwischen 0,1 und 0,2 Prozent/Jahr), ein Effekt, der aus ökologischen Gründen rundheraus positiv zu beurteilen ist. Denn dann würde bei gleichzeitig steigender Ressourcenproduktivität und verbesserten Umwelttechniken auch die Umweltbelastung absolut zurückgehen. Pro Kopf steigt das reale Bruttoinlandsprodukt dennoch kontinuierlich an: von heute knapp 31.000 Euro auf fast 42.000 Euro im Jahr 2060, was einen Pro-Kopf-Anstieg um gut 35 Prozent bedeutet (*vgl. Abbildung 1*). Mit anderen Worten: Die abnehmende Zahl an Erwerbstätigen wird durch deren zunehmende Produktivität bei gleichzeitig sinkender Gesamtbevölkerung mehr als wett gemacht.

Die Annahme, dass die Erwerbstätigenquote mit lediglich 75 Prozent auf dem niedrigen Stand von 2010 verharret, ist allerdings nicht plausibel. Wenn Arbeitskräfte aufgrund der demographischen Entwicklung knapp werden, wird aller Voraussicht nach auch die Erwerbstätigenquote zunehmen. Das heisst das heute nur zu rund 75 Prozent ausgeschöpfte Erwerbstätigenpotential der 15 bis 65jährigen wird aller Voraussicht nach steigen, eine Entwicklung, die bereits heute zu beobachten ist. Bereits bei einem

4 Unterstellt ist hierbei, dass die Geburtenhäufigkeit bei 1,4 Kindern je Frau bleibt, die Lebenserwartung bei Geburt bis 2060 um acht Jahre bei Jungen und um sieben Jahre bei Mädchen steigt und der jährliche Wanderungssaldo sich auf plus 100.000 Personen beläuft. Vgl. Statistisches Bundesamt: Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2009.

5 Bei den Ergebnissen handelt es sich um reale Werte; inflationäre Entwicklungen würden sie entsprechend erhöhen.

Abbildung 1



\*Grundlage der Berechnungen ist die Variante 1-W1 der 12. amtlichen Bevölkerungsprognose; unterstellt ist, dass im Prognosezeitraum nur so wenig der 15 bis 65 jährigen (= 75Prozent) arbeiten wie 2010, und die Produktivität je Erwerbstätigem um 1,0 Prozent pro Jahr steigt. Datengrundlage: Statistisches Bundesamt: Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2009.

Anstieg auf 80 Prozent würde sich das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf bis 2060 sogar auf über 44.000 Euro erhöhen, was einem realen Anstieg um knapp 45 Prozent gegenüber heute entsprechen würde. Auch könnte die Produktivität wieder deutlich stärker zunehmen. Denn die niedrige Produktivitätssteigerung von rund einem Prozent in der jüngeren Vergangenheit ist wesentlich der Herausbildung atypischer Beschäftigungsverhältnisse mit unfreiwillig gesunkenen Arbeitszeiten und prekärer Bezahlung zu verdanken. Die Produktivitätszunahme pro Stunde lag mit 1,8 Prozent in den letzten beiden Dekaden deutlich höher. Kann der Trend in Richtung Prekarisierung von Arbeit gestoppt und umgekehrt werden, ist auch wieder mit einem Anstieg der Erwerbstätigenproduktivität zu rechnen. Unterstellt man hier einen Anstieg um zukünftig 1,8 Prozent und nimmt zudem an, dass das Erwerbstätigenpotential der 15 bis 65jährigen zu 80 Prozent ausgeschöpft

wird, steigt das reale Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung bis 2060 kontinuierlich auf knapp 66.000 Euro, was mehr als eine Verdoppelung gegenüber heute bedeuten würde.

Auch wenn Aussagen über derart lange Zeiträume zweifellos mit großen Unsicherheiten behaftet sind, lässt sich festhalten, dass die These, in der Zukunft sei wegen der Alterung unserer Gesellschaft vieles nicht mehr bezahlbar, kaum begründbar ist. Dazu müsste man etwa unterstellen, dass es zukünftig keinen oder nur noch einen minimalen Produktivitätsfortschritt geben würde.<sup>6</sup> Hierfür gibt es allerdings keine vernünftige Begründung. Während also nach unten hin keine sich verengenden Verteilungsspielräume ausgemacht werden können, eröffnen sich nach oben hin sogar gesamtgesellschaftliche Alternativen: Eine höhere Steigerung der Erwerbstätigenproduktivität als die unterstellten 1,0 Prozent pro Jahr und ein Anstieg der Erwerbstätigenquote würden oberhalb des Status quo deutliche Spielräume für Einkommenserhöhungen und damit für steigende Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen eröffnen. Alternativ ließe sich der Produktivitätsfortschritt auch in Arbeitszeitverkürzung umsetzen (»kürzere Vollzeit für Alle«). In dem Fall könnte wirtschaftliches Wachstum zukünftig auch verstärkt gegen Zeitwohlstand eingetauscht werden, ohne dass sich Verteilungsspielräume verengen und Einkommenskürzungen notwendig würden.<sup>7</sup> Aus ökologischen Gründen wäre dies zweifellos eine wünschenswerte Entwicklung.

6 Eine kritische Grenze ergibt sich erst dann, wenn der Produktivitätsfortschritt auf 0,5 Prozent pro Jahr einbrechen und die Arbeitslosigkeit genauso hoch bleiben würde. Dann würde das BIP/Kopf in der Dekade nach 2020 aufgrund der demographischen Entwicklung leicht zurückgehen, bevor es ab 2040 wieder steigen würde.

7 Die Frage der weiteren Steigerung des Wohlstands durch zusätzliches wirtschaftliches Wachstum oder durch mehr Zeitwohlstand war auch ein wichtiges Thema der Enquete-Kommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität« des Deutschen Bundestages, die im Mai 2013 ihren Abschlussbericht vorgelegt hat. Vgl. zur Einschätzung der Enquete-Arbeit: Norbert Reuter: Mission Impossible – Koalition verweigerte sich zentralen Debatten, in: Ulrich Brand, Katharina Pühl, Stefan Thimmel, (Hrsg.): Wohlstand – wie anders? In: »Linke Perspektiven«, Berlin 2013, S. 14-18.



## Es bleibt ein wachsendes Verteilungsproblem

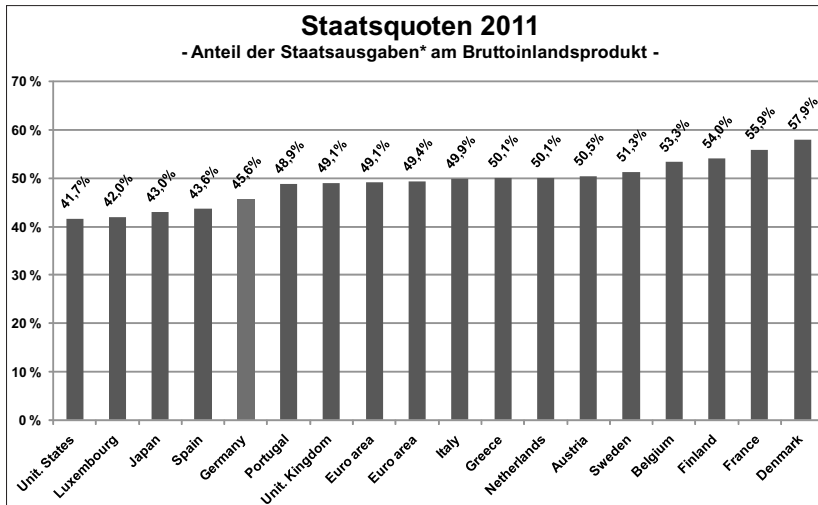
Allerdings können mit dem Hinweis auf grundsätzlich größer werdende Verteilungsspielräume keineswegs alle Probleme als gelöst gelten. Im Gegenteil! Zwar ist hiermit das Sachzwangargument der Alternativlosigkeit eines »Gürtel-enger-Schnallens« widerlegt. Doch das Verteilungsproblem stellt sich in neuer Dimension. Es muss nämlich politisch dafür gesorgt werden, dass der steigende gesellschaftliche Reichtum auch bei allen ankommt. Dass 2040 statistisch 35.000 Euro oder gar 40.000 Euro – je nach Annahmen – für jede und jeden zur Verfügung stehen, 2060 42.000 Euro oder sogar hohe 66.000 Euro sagt natürlich nichts über die tatsächliche Verteilung aus. Wenn die Tendenz zur Einkommens- und Vermögenskonzentration anhält, droht die Gefahr, dass sich Wenige auch weiterhin immer mehr des wachsenden gesellschaftlichen Reichtums aneignen. Dann würden immer mehr Menschen von der Wohlstandsentwicklung – beim Einkommen wie bei der Arbeitszeit – abgekoppelt, während eine kleine Elite einen immer größeren Teil des zu verteilenden Kuchens besitzt.

Die Verteilungsproblematik verweist auf die wachsende Bedeutung von Politik, vor allem von Verteilungspolitik. Durch sie muss sichergestellt werden, dass am wachsenden gesellschaftlichen Reichtum alle partizipieren und nicht nur eine kleine Elite. Dies ist zweifellos eine in ihrer Dimension nicht zu unterschätzende Aufgabe für die politisch Verantwortlichen. Dennoch ist es ein grundsätzlicher Unterschied, ob etwas nicht da ist (= Sachzwang), oder wir es mit einem – wenn auch massiven – Verteilungsproblem zu tun haben (=politische Aufgabe).

## Aktuelle Entwicklungen

Deutschland hat seit langem ein massives Einnahmeproblem. Dies zeigt sich bereits daran, dass Deutschland inzwischen einen extrem schlanken Staat hat. Deutschland liegt 2011 ausweislich der Statistiken der Europäischen Kommission mit einer Staatsquote von unter 46 Prozent deutlich unter dem Durchschnitt aller Euroländer mit 49,1 Prozent (*vgl. Abbildung 2*). Bei diesem be-

Abbildung 2

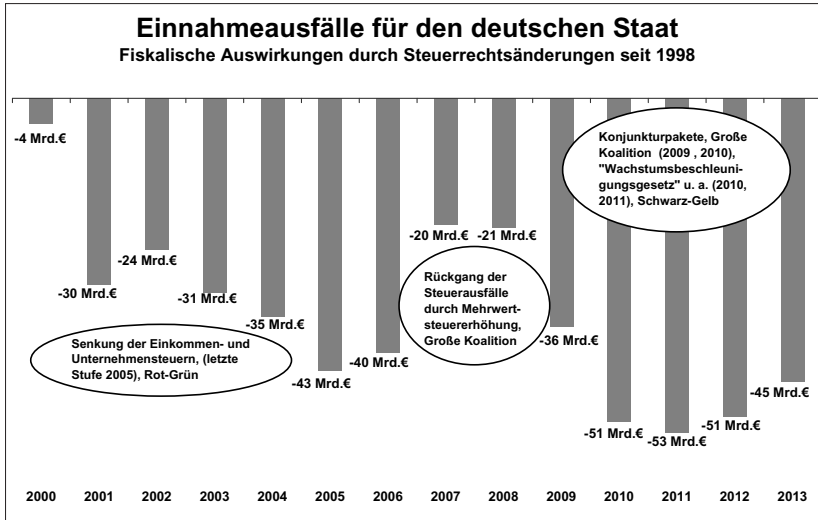


\*Total expenditure: general government Quelle: Europäische Kommission: Ameco-Datenbank.

kannten und immer wieder genannten Wert sind allerdings die öffentlichen Sozialversicherungssysteme einbezogen, die in andern Ländern vielfach privat organisiert sind und deshalb dort bei der Berechnung der Staatsquote keine Rolle spielen. Ohne Berücksichtigung der Sozialversicherungen liegt die sogenannte engere Staatsquote in Deutschland bei lediglich knapp 26 Prozent. Damit entpuppt sich der vielzitierte »Moloch Staat« als ziemlich schwind-süchtiges Wesen.

Ein Blick auf die Einnahmeseite des Staates bestätigt, dass es in der Tat massiv an Einnahmen hapert. Immer neue Steuerreformen, von denen vor allem Reiche und gutverdienende Unternehmen profitierten und profitieren, haben die Einnahmehasis des Staates erodiert. Allein die Steuerreformen seit 1999 haben zwischen 2000 und 2013 zu rechnerischen Steuerausfällen in Höhe von kumuliert 470 Mrd. Euro geführt (vgl. *Abbildung 3*). Begründet wurden die Steuerreformen immer aufs neue mit der Notwendigkeit einer Entlastung der Wirtschaft, die zu mehr Wachstum und in der Folge nicht zu geringeren, sondern sogar

Abbildung 3



Quelle: BMF, Berechnungen IMK 2013.

zu höheren Steuereinnahmen führen würde. Tatsächlich ist das Wachstum weiter zurückgegangen, und höhere Schulden wurden notwendig um die Steuergeschenke zu kompensieren und notwendige Ausgaben finanzieren zu können.<sup>8</sup>

Vor dem Hintergrund wäre es angemessen gewesen, eine Steuerensenkungsbremse gesetzlich zu verankern, um immer neue Steuergeschenke für bestimmte Klientel zu unterbinden und dem Staat die notwendigen Einnahmen zu sichern. Stattdessen wurde bekanntlich eine Schuldenbremse beschlossen und diese zum 1. August 2009 sogar im Grundgesetz verankert. Ab 2016 darf die strukturelle jährliche Nettokreditaufnahme des Bundes bis auf wenige Ausnahmen maximal 0,35 Prozent des Bruttoinlandsproduktes betragen. Für die Bundesländer ist eine Nettokreditaufnahme ab 2020 ganz verboten.

Die Schuldenbremse bedeutet freilich keineswegs, dass eine Vermeidung von neuen Schulden ausschließlich über Ausga-

<sup>8</sup> Vgl. hierzu ausführlich Jürgen Leibiger: Staatsverschuldung in der Ära des Neoliberalismus, in: »Berliner Debatte Initial«, Nr. 2, 2011.

bensenkungen zu erreichen ist. Tatsächlich wurde über Alternativen – etwa eine Änderung der Steuerpolitik – aber nicht einmal ansatzweise in der Regierung diskutiert. Stattdessen reagierte die schwarz-gelbe Bundesregierung mit einem sozialpolitisch skandalösen Sparpaket in Höhe von rund 80 Mrd. Euro für den Zeitraum 2011 bis 2014. Trotz weiter notwendiger Neuverschuldung zur Deckung notwendiger Ausgaben wurden sogar weitere Steuerersenkungen im Umfang von sechs Milliarden Euro beschlossen, von denen wieder einmal besonders die Besserverdienenden profitieren.

Damit scheint eine Strategie aufgegangen zu sein, die Peter Bofinger, Mitglied des Sachverständigenrats, bereits 2008 beschrieben hat: »Wenn man die Rolle des Staates beschneiden möchte, muss man ihm seine finanziellen Ressourcen entziehen. (...) In einem ersten Schritt werden umfangreiche Steuerentlastungen vorgenommen. (...) Bei unveränderten Ausgaben ergibt sich dadurch eine steigende Neuverschuldung. Wenn man gleichzeitig in der Bevölkerung eine hohe Angst vor der Staatsverschuldung schürt, wird alsbald ein hoher politischer Druck für die Ausgabenkürzungen geschaffen. Deren Umsetzung stellt dann die zweite Stufe des Ressourcenentzugs dar (...).«<sup>9</sup>

Die Staatsverschuldung kann bei Licht besehen also keineswegs als Beweis der Unabänderlichkeit staatlicher Kürzungen angeführt werden. Vor dem Hintergrund der selbstverursachten Haushaltsprobleme durch vergangene und kommende Steuerersenkungen auf die Alternativlosigkeit von Einsparungen zu verweisen, ist mehr als heuchlerisch.

## Teilhabe statt Verzicht

Eine angemessene und sachgerechte Reaktion wäre es, den entstandenen Haushalts- und Finanzierungsproblemen mit einer Wende in der Steuerpolitik zu begegnen. Vor allem Reiche, Vermögende und gutverdienende Unternehmen müssten stärker zur Finanzierung staatlicher Ausgaben herangezogen werden. Höhere

<sup>9</sup> Peter Bofinger: Das Jahrzehnt der Entstaatlichung, in: WSI Mitteilungen, Nr. 7, 2008, S. 351.

Einnahmen werden auch dringend gebraucht, um bessere Bildungschancen für alle und damit den gesellschaftlich wichtigen Produktivitätsfortschritt zu sichern.

Die Vorschläge hierzu liegen auf dem Tisch. Praktisch alle Oppositionsparteien haben in ihren Wahlprogrammen für die Bundestagswahl 2013 Steuerreformen vorgestellt, die über höhere Steuern für Reiche und Unternehmen die Einnahmen des Staates deutlich verbessern würden. Ver.di hatte schon vor einigen Jahren mit dem »Konzept Steuergerechtigkeit« vorgerechnet, dass mit einer stärkeren Besteuerung von hohem Einkommen, Gewinnen, Vermögen und Finanztransaktionen jährliche Mehreinnahmen in Höhe von 70 Mrd. Euro erzielt werden könnten. Mit Blick auf die Eurokrise und deren Kosten plädiert ver.di nun zusätzlich für eine auf zehn Jahre befristete Vermögensabgabe, die jährlich 30 Mrd. einbringen würde. Damit stünden für die nächsten zehn Jahre pro Jahr 100 Mrd. Euro für zusätzliche Investitionen in Bildung, Infrastruktur und den ökologischen Umbau zur Verfügung. Einzelne vorgeschlagene Instrumente sind ein höherer Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer, ein höherer Körperschaftsteuersatz, die Wiedereinführung der Vermögensteuer, eine höhere Erbschaftsteuer und nicht zuletzt die Einführung einer Finanztransaktionsteuer. Auf diese Weise könnte das vorhandene Vermögen zur Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben genutzt werden.<sup>10</sup>

Zur Veränderung der zunehmend schiefer gewordenen Primärverteilung, also der Aufteilung des Volkseinkommens direkt bei der Entstehung auf einerseits Arbeits- und andererseits Gewinn- und Vermögenseinkommen, ist zudem eine Re-Reform der Arbeitsmarktgesetze, die universelle Durchsetzung von gleichem Lohn für gleiche Arbeit und die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns von zunächst mindestens 8,50 Euro vordringlich.

Die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt, in der Steuerpolitik und bei der Finanzierung der Sozialversicherung haben seit über zwei Jahrzehnten auch für eine strukturelle Abkopplung der sozialen Sicherung vom Wachstum des BIP respektive vom Wachstum des Volkseinkommens gesorgt. Um den gegenwärtigen und vor

<sup>10</sup> Vgl. ver.di/Bereich Wirtschaftspolitik: Fair teilen! Höhere Löhne, Steuergerechtigkeit, Sozialstaat stärken, Berlin 2013.

allem den kommenden Herausforderungen, die aus der Veränderung des Altersaufbaus der Bevölkerung und dem notwendigen sozialökologischen Umbau der Gesellschaft resultieren, zu begegnen, ist auch eine Verbreiterung der Finanzierungsbasis der sozialen Sicherungssysteme in Angriff zu nehmen. Um die Finanzierung der gesetzlichen Rente auf einem lebensstandardsichernden Niveau zu gewährleisten wird man zukünftig über einen höheren Steueranteil nicht herkommen. Auf diese Weise könnte einem weiteren Beitragsanstieg entgegengewirkt und eine immer stärker um sich greifende Altersarmut verhindert werden.

Mit der Umsetzung einer »Bürgerversicherung«, die alle Bürgerinnen und Bürger mit allen Einkommen – auch aus Vermögen – beteiligt, könnten schließlich nicht nur die Finanzierung der Kranken- und Pflegeversicherung bei sinkenden Beitragssätzen gesichert werden, sondern auch eine gleichmäßigere Verteilung der verfügbaren Einkommen erzielt werden. Eine Bürgerversicherung würde auch die Aufspaltung der Krankenversicherung in Gesetzlich und Privat beenden.

Wegen der zunehmenden Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen in Deutschland sind diese Maßnahmen in der Steuer-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in der Tat »alternativlos«. Hier hat das Unwort des Jahres 2010 ausnahmsweise einmal seine volle Berechtigung. Deren Umsetzung würde dazu beitragen, dass die breite Bevölkerung trotz Schrumpfung und Alterung an der Zunahme des gesellschaftlichen Reichtums teilhaben könnte – statt mit immer neuen Verzichtsmethoden auf ein »Gürtel-enger-Schnallen« und eine weitere Umverteilung von unten nach oben eingeschworen zu werden.



# Ostdeutschland im demografischen Wandel – Auswirkungen auf regionale Wirtschafts- strukturen und Daseinsvorsorge

## Einleitung: Das empirische Bild

Deutschland steht vor tiefgreifenden demografischen Veränderungen. Bei einer Geburtenrate von nur knapp 1,4 Kindern je Frau ist jede künftige Generation nur noch ungefähr zwei Drittel so groß wie die vorangehende, so dass es bei konstanter oder gar abnehmender Nettozuwanderung zu einer zunächst schleichenden, sich jedoch im Zeitablauf tendenziell beschleunigenden Schrumpfung der Bevölkerung kommt. Während die damit verbundenen Effekte derzeit nur in einigen stark vom demographischen Wandel betroffenen Regionen in Ostdeutschland und durch wirtschaftlichen Strukturwandel gekennzeichneten (altindustriellen) Gebieten in Westdeutschland spürbar sind, wird in den kommenden Jahrzehnten – wenn die Baby-Boom-Generation der 1950er und 1960er Jahre allmählich verstirbt – in nahezu allen Teilen Deutschlands die Schrumpfung der Bevölkerung mit all ihren negativen Folgen spürbar werden.

Neben dem allgemeinen Bevölkerungsrückgang stellt darüber hinaus die Alterung der Bevölkerung Staat und Gesellschaft vor neue Herausforderungen. Wegen der niedrigen Geburtenraten, aber auch wegen der zunehmenden Lebenserwartung (die seit Beginn der 1990er Jahre um immerhin fünf Jahre gestiegen ist) wird der Anteil der Kohorten im Rentenalter immer weiter zunehmen, der Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter hingegen überproportional stark zurückgehen. Dies hat Folgen nicht nur für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands, sondern insbesondere auch für die Finanzierbarkeit der umlagefinanzierten sozialen Sicherungssysteme, da immer weniger Erwerbspersonen immer mehr Rentner un-



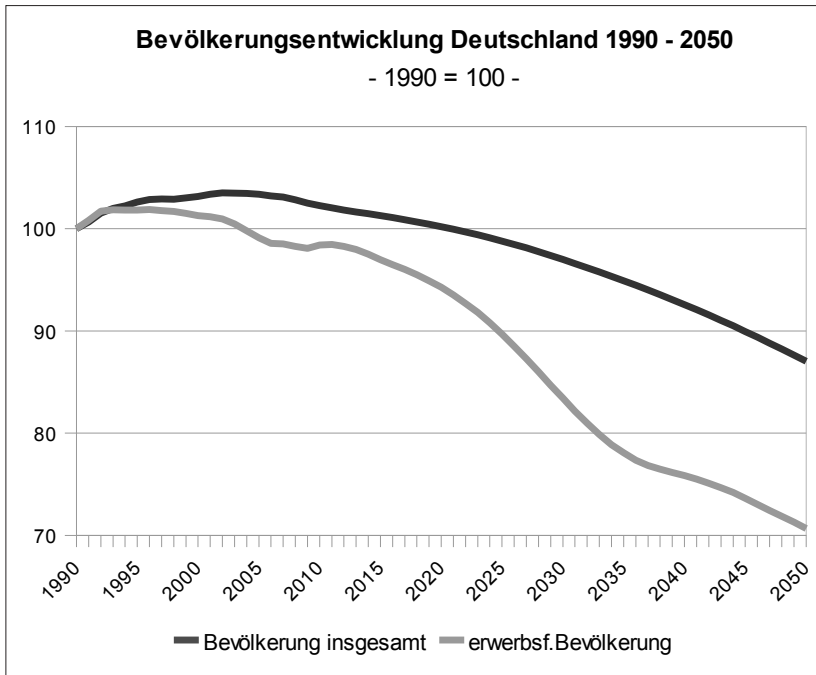
terstützen müssen. Zudem müssen Infrastruktureinrichtungen, die derzeit noch auf eine vergleichsweise junge mobile Bevölkerung zugeschnitten sind, so umgebaut werden, dass sie auch den Bedürfnissen einer älteren und weniger mobilen Bevölkerung genügen.

Zwar sind die skizzierten Merkmale des demographischen Wandels kein grundsätzlich neues Phänomen in Deutschland, denn die Geburtenrate liegt schon seit mehr als einem Jahrhundert – seit dem Geburtsjahrgang 1885 – unterhalb des Bestandhaltungsniveaus. Lange Zeit wurde dies jedoch durch den Anstieg der Lebenserwartung und eine hohe Zuwanderung aus dem Ausland kompensiert. Tatsächlich schrumpft aber die »einheimische« Bevölkerung in Deutschland bereits seit den frühen 1970er Jahren, und mit rückläufigen Wanderungssalden geht auch die Gesamtbevölkerung in Deutschland inzwischen zurück. Von der Politik und auch in der breiten Öffentlichkeit wurde dies jedoch bis vor einigen Jahren völlig ignoriert. Um so schwieriger ist es jetzt, von einem »Wachstumsparadigma« in Wirtschaft und Gesellschaft umzuschalten auf ein »Schrumpfungsparadigma«. Genau dies aber ist erforderlich, um die Folgen des demographischen Wandels zumindest abzufedern und ein hohes Wohlstandsniveau in Deutschland auch künftig zu gewährleisten.

Die nachfolgende *Abbildung 1* stellt die zu erwartende Bevölkerungsentwicklung in Deutschland (unter der vom Statistischen Bundesamt getroffenen Annahme einer Nettozuwanderung von 100.000 Personen jährlich) grafisch dar. Erkennbar ist, dass die Bevölkerung gegenüber dem Basisjahr 1990 um rund 10 Prozent zurückgehen wird – die wirtschaftlich relevantere erwerbsfähige Bevölkerung (zwischen 20 und 65 Jahren) jedoch um bis zu 30 Prozent. Besonders dramatisch ist die »Lücke« zwischen den beiden Kurven dabei um das Jahr 2025, wenn die geburtenstarken Jahrgänge nach und nach in Rente gehen und nicht durch gleich starke Jahrgänge neu ins Erwerbsleben eintretender Personen ersetzt werden können.

Die Abbildung verdeckt jedoch, dass es große regionale Unterschiede in der künftigen Bevölkerungsentwicklung gibt. Besonders von Schrumpfung und Alterung betroffen sind ländli-

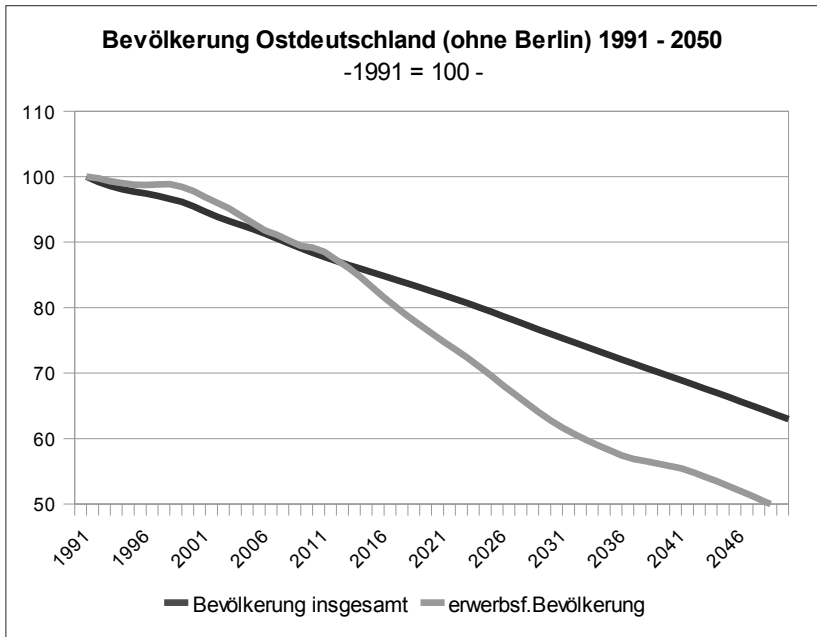
Abbildung 1



Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

che, periphere und altindustrielle Regionen in Ost- und in Westdeutschland, die wirtschaftlich attraktiveren Ballungsräume um Frankfurt, München, Hamburg und auch Berlin werden hingegen auch weiterhin mit Bevölkerungszuwächsen rechnen können, insbesondere infolge von Zuwanderungen aus der Peripherie. Vergleichsweise günstig stellt sich die Situation darüber hinaus an den Grenzen zu dicht besiedelten westeuropäischen Ländern dar (so an der Grenze zur Schweiz und zu den BeNeLux-Staaten), weil diese Regionen von Zuwanderern aus eben jenen Ländern profitieren können. Dementsprechend werden sich auch die regionalen wirtschaftlichen Disparitäten zwischen den einzelnen Regionen Deutschlands künftig eher verschärfen.

Abbildung 2



Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

Geradezu dramatisch ist die Situation in Ostdeutschland: Hier verringert sich die Bevölkerung bis zum Jahr 2050 um knapp 40 Prozent gegenüber dem Jahr 1991, die erwerbsfähige Bevölkerung sogar um mehr als 50 Prozent (vgl. *Abbildung 2*). Parallel dazu steigt das Durchschnittsalter von derzeit 46 Jahren auf bis zu 52 Jahre gegen Ende des Prognosezeitraums. Auch hier gilt, dass einzelne Regionen noch stärker betroffen sein werden, so dass die »Tragfähigkeit« der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Entwicklung hier kaum mehr gewährleistet scheint. Verantwortlich dafür ist neben der Abwanderung vor allem auch der Geburtenrückgang unmittelbar nach der Vereinigung, der jetzt dazu führt, dass in vielen Regionen die potentiellen Eltern fehlen, die zu einer Umkehr oder zumindest Abschwächung des negativen Trends beitragen könnten.

## Ökonomische Implikationen

Der demografische Wandel in der beschriebenen Form bringt nun eine Reihe von ökonomischen Effekten mit sich. Diese lassen sich in ihren Grundzügen wie folgt zusammenfassen:

- Wegen der überproportionalen Abnahme der Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter steht in Zukunft ein geringeres Angebot an Arbeitskräften zur Verfügung. Positiv ist dies für den Arbeitsmarkt, da damit in der Tendenz auch die Arbeitslosigkeit abgebaut wird und die Lohnsätze wegen vermehrter Konkurrenz um die verbliebenen Arbeitskräfte steigen werden. Zunehmend wird sich aber ein Mangel an Arbeitskräften bemerkbar machen, der zu einer Verringerung der Produktionsmöglichkeiten führt. Teilweise mögen die Unternehmen dies durch Rationalisierung oder vermehrte Suche nach Arbeitskräften im Ausland ausgleichen können; zu erwarten ist aber, dass infolge des verringerten Arbeitsangebots auch das Wirtschaftswachstum niedriger ausfallen wird – selbst eine gegenüber dem heutigen Stand verringerte Wirtschaftsleistung ist in einzelnen Regionen nicht auszuschließen.
- Wegen der geringeren Bevölkerungszahl insgesamt (und wegen des höheren Anteils an Rentnern mit niedrigen Einkommen) wird die Binnennachfrage in den betroffenen Regionen tendenziell zurückgehen, was sich gleichfalls negativ auf das Wirtschaftswachstum auswirkt. Ausgeglichen werden kann dies dann, wenn sich die Unternehmen stärker auf wachsende Märkte im Ausland konzentrieren – aber selbst dann ist mit einem intensivierten Strukturwandel zulasten der Hersteller von nur regional handelbaren Gütern (z. B. haushaltsnahe Dienstleistungen) zu rechnen.
- Die Alterung auch innerhalb der erwerbsfähigen Bevölkerung wird sich zudem negativ auf den Produktivitätsanstieg auswirken: Zum einen weisen ältere Arbeitnehmer typischerweise ein Defizit an neuem technologischen Wissen auf, so dass sich die Innovationsfähigkeit vermindern kann; zum anderen ist insbesondere in Berufen mit starker körperlicher Beanspruchung auch die physische Leistungsfähigkeit älterer Beschäftigter

als geringer einzuschätzen. Zwar weisen ältere Arbeitnehmer im Regelfall einen höheren Bestand an Erfahrungswissen auf (was eine geringere Problemerkösungskompetenz in Teilen ausgleichen kann), jedoch ist nicht auszuschließen, dass dieses bei verstärktem Strukturwandel sukzessive entwertet wird. Ein aufgrund der fortschreitenden Alterung verringerter Produktivitätsfortschritt kann sich aber ebenfalls negativ auf die wirtschaftliche Entwicklung auswirken.

- Zu berücksichtigen ist außerdem, dass mit den niedrigeren Besatzziffern bei jüngeren Kohorten die Gründungsneigung zurückgehen dürfte. Unternehmensgründungen sind aber bedeutsam zur Stärkung der Innovationskraft einer Region und zum Ausgleich von altersbedingt ausscheidenden Unternehmern. Es ist absehbar, dass nicht für alle heute existierende Unternehmen geeignete Nachfolgeregelungen gefunden werden können.
- Der Staat wird dies nicht ausgleichen können, da mit schwächerer wirtschaftlicher Leistungskraft auch die Steuereinnahmen sich ungünstig entwickeln. Hinzu kommt, dass das derzeitige Finanzausgleichssystem auf eine Nivellierung der Finanzkraft pro Kopf abzielt, so dass bei geringerer Bevölkerungszahl die Gesamteinnahmen der öffentlichen Haushalte niedriger ausfallen werden. Bei gleichzeitig tendenziell steigenden Ausgabenbedarfen zur Flankierung des demografischen Wandels wird es insoweit schwieriger, zusätzliche fiskalische Wachstumsimpulse zu setzen.

Projektionsrechnungen des ifo Instituts deuten darauf hin, dass allein wegen der absehbaren demographischen Entwicklung die Konvergenz der Pro-Kopf-Einkommen zwischen Ost- und Westdeutschland in absehbarer Zeit nicht erreicht werden wird. Eher ist es wahrscheinlich, dass die Schere sich wieder leicht öffnen wird, weil bei annähernd gleich hohen Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf allein aufgrund des Niveauunterschieds der (absolute) Abstand wieder zunehmen wird. Bei noch stärkerer regionaler Differenzierung ist sogar damit zu rechnen, dass einzelne ostdeutsche Regionen sogar noch hinter das heutige Niveau der wirtschaftlichen Leistungskraft zurückfallen werden.

## Gegenmaßnahmen

Aus wirtschaftspolitischer Sicht sind diese Perspektiven kaum hinnehmbar. Da die Bevölkerungsentwicklung zumindest kurzfristig nicht beeinflussbar ist – und eine denkbare Erhöhung der Geburtenrate frühestens in zwei Jahrzehnten eine Lösung der drohenden wirtschaftlichen Probleme ermöglichen würde – muss man versuchen, durch entsprechende »Anpassungsmaßnahmen« mit den Folgen des bereits in der Vergangenheit angelegten demografischen Wandels umzugehen.

Entscheidende Größe ist dabei ganz offenkundig das verfügbare Arbeitsangebot. Hier wird es darauf ankommen, insbesondere für bislang nicht oder nur in geringem Umfang erwerbstätige Personengruppen neue Beschäftigungschancen zu schaffen. So kann es gelingen, ältere Arbeitnehmer besser in das Erwerbsleben zu integrieren, wenn in den Unternehmen altersgerechte Arbeitsplätze geschaffen werden (z. B. durch entsprechende Reorganisationsmaßnahmen, Gesundheitsvorsorgeleistungen u. ä.), mehr in die Weiterbildung bereits erwerbstätiger Personen zu investieren, um diese auch mit neuen Techniken und Technologien vertraut zu machen und allgemein auf eine höhere Wertschätzung älterer Arbeitnehmer hinzuwirken. Ein weiteres Potential liegt bei den Frauen, die derzeit in nahezu allen Altersgruppen eine niedrigere Erwerbsbeteiligung aufweisen als Männer; hier wird es vor allem darum gehen, durch günstige Vereinbarkeitsregeln insbesondere Frauen mit Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen die Berufstätigkeit zu erleichtern. Auch kann es sinnvoll sein, Frauen verstärkt in bislang männlich dominierten Berufen auszubilden, um auf diese Weise Fachkräfteengpässe insbesondere bei den »MINT«-Berufen<sup>1</sup> auszugleichen. Hilfreich ist zudem eine (gesteuerte) Zuwanderung von ausländischen Fachkräften, wobei freilich zu bedenken ist, dass diese angesichts niedrigerer Löhne in Ostdeutschland nicht unbedingt für die neuen Länder gewonnen werden können.

1 »MINT« : Berufe in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik – d. Herausgeber.

Ein wichtiger Ansatzpunkt sind darüber hinaus die Arbeitszeiten. Dabei geht es zum einen darum, die Teilzeitarbeit zu verringern und mehr Beschäftigten eine Vollzeitstätigkeit zu ermöglichen. Auch hierzu dienen insbesondere verbesserte Vereinbarkeitsregeln in den Betrieben. Notwendig wird es aber auch sein, die Lebensarbeitszeiten zu verlängern, sei es durch eine Verkürzung der Ausbildungsdauern (durch Reform von Schul- und Hochschulausbildung) oder durch einen späteren Renteneintritt (Rente mit 67+; Verzicht auf vorruhestandsähnliche Regelungen).

Simulationsrechnungen zeigen, dass durch Kombination all dieser Maßnahmen der drohende Arbeitskräftemangel in Ostdeutschland (der unter den derzeitigen Umständen um das Jahr 2020 eintreten wird) um wenigstens 15 Jahre nach hinten verschoben werden kann. Damit werden aber auch die negativen Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum später oder zumindest in schwächerem Maße eintreten. Insoweit brauchen die o. g. pessimistischen Prognosen hinsichtlich der künftigen Konvergenzaussichten nicht einzutreten. Freilich bedarf es dazu entsprechender Anstrengungen aller Beteiligten; anderenfalls droht der demographische Wandel in der Tat zu einer Wachstumsbremse zu werden.

Die meisten der genannten Maßnahmen (mit Ausnahme der rentenrechtlichen Regelungen) sind von den Unternehmen allein umzusetzen. Dennoch ist auch die Politik gefordert. Sie muss vor allem dazu beitragen, ein qualitatives »upgrading« von Erwerbsfähigen zu ermöglichen, zum Beispiel durch Gestaltung der Rahmenbedingungen im schulischen Bildungssystem (Lehrpläne, Schulpraktika, verbesserte Betreuung), durch eine stärker bedarfsorientierte Ausrichtung der Hochschulausbildung und ggf. durch Unterstützung der Weiterbildung bereits erwerbstätiger Personen. Weiterhin sollte die Politik versuchen, durch die gezielte Förderung von Unternehmensansiedlungen mit höherwertigen Unternehmensfunktionen bzw. durch Attrahierung exportorientierter Unternehmen die wirtschaftliche Basis in den neuen Ländern aufzuwerten. Auch Unternehmensgründungen sind in diesem Sinne weiter zu fördern. Im Bereich der Wirtschaftsförderung im engeren Sinne wird es schließlich darauf ankommen, die strukturellen Defizite der ostdeutschen Wirtschaft – insbesondere die geringe technologische

Wettbewerbsfähigkeit vieler Unternehmen – durch eine Umorientierung auf Innovationsförderung und Technologietransfer zu beheben.

Die notwendigen Mittel hierfür können – trotz rückläufiger Steuer- und Transfereinnahmen – dadurch aufgebracht werden, dass mit rückläufiger Bevölkerung auch der Bedarf an allgemeinen Ausgaben (die typischerweise an der Zahl der Einwohner ansetzen) zurückgeht. Auf Länderebene wird dies noch dadurch unterstützt, dass die Länderausgaben typischerweise »jugendlastig« sind (Ausgaben für Kinderbetreuung, Schulen, Hochschulen) und deswegen mit zunehmender Alterung hier Spielräume für Ausgabenumschichtungen entstehen. Freilich müssen diese auch gegen den Widerstand von Lobbygruppen durchgesetzt werden; letzten Endes ist dies jedoch eher ein politisches als ein grundsätzliches Problem.

## Öffentliche Daseinsvorsorge

Problematischer ist demgegenüber, dass einzelne Regionen (insbesondere in Ostdeutschland, aber nicht nur dort) so stark vom Bevölkerungsrückgang betroffen sind, dass gängige Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge dort nicht mehr in gewohntem Ausmaß angeboten werden können. Grund hierfür sind vor allem steigende Versorgungskosten bei geringerer Auslastung (Kostenremanenzen), die vor allem (aber nicht nur) die leitungsgebundenen Infrastrukturen mit hohen Fixkostenanteilen betreffen. Aber auch andere öffentliche Leistungen (wie Schulen, Öffentlicher Personennahverkehr, Gesundheitswesen) werden künftig nicht mehr flächendeckend so angeboten werden können, wie es in der Vergangenheit der Fall war.

Vermeiden lässt sich eine Ausdünnung des öffentlichen Leistungsangebotes nicht, wenn man bisherige Organisationsformen aufrechterhalten will. Es gibt aber eine ganze Reihe – teils innovativer, teils durchaus auch schon erprobter – Lösungsansätze.

Gängiger Ansatz ist die Zentralisierung von Leistungen in Zentralen Orten unterschiedlicher Ordnung, wo deren Auslastung infolge eines größeren Einzugsgebietes auch bei schrumpfender Bevölkerung in einer Region aufrechterhalten werden kann. Die



entsprechenden Leistungen werden somit auch weiterhin in bestehender Form angeboten, jedoch bringt dies längere Fahrzeiten für die Nutzer mit sich. Voraussetzung sind daher angemessene Mobilitätssysteme.

Die Zentralisierung ist jedoch nicht für alle Daseinsvorsorgeleistungen gleichermaßen sinnvoll und angemessen. So gibt es eine Reihe von »Basisleistungen«, die auch weiterhin weitestgehend flächendeckend bereitgestellt werden müssen, wie z. B. die grundlegende Bildung (Kitas, Schulen bis Sekundarstufe I), die öffentliche Sicherheit (Polizei, Brandschutz) und die Gesundheitsversorgung (hausärztliche Betreuung). Um die Kosten hierfür tragbar zu halten, sind daher »innovative« Leistungsangebote nötig. Einige Beispiele hierfür sind:

- Mobilität: Anrufbus- und Taxisysteme; Mitfahrssysteme; kombinierter Güter- und Personenverkehr im ÖPNV
- Bildungssystem: jahrgangsübergreifender Unterricht; Internatlösungen, Tele-Unterricht; Mobilität der Lehrer statt der Schüler; Spezialisierung (z. B. im Kita-Bereich)
- Gesundheitsversorgung: temporäre Dienste in Gesundheitszentren; ambulante Versorgung durch Anlernkräfte; Telemedizin, arbeitsteilige Spezialisierung von Krankenhäusern
- Öffentliche Sicherheit: verstärkte Verkehrsüberwachung durch technische Sicherungssysteme (Kameras u. ä.); vorbeugender Brandschutz gekoppelt mit Versicherungslösungen; ggf. auch »Bürgerwehren«
- Öffentliche Verwaltung: temporär-mobile Lösungen, e-government; Um- und Mehrfachnutzung öffentlicher Gebäude
- Ver- und Entsorgung: Dezentralisierung (z. B. Kleinkläranlagen, Brunnenbau); Schaffung von Autarkielösungen z. B. in der Energieversorgung
- Pflege: Gesundheitsvorsorge; Mobilitätssysteme (»Senioren-Shuttle«)
- Allgemein: Verstärktes bürgerschaftliches/ehrenamtliches Engagement (ggf. Unterstützung durch »Regionalbudgets«).

Die genannten Beispiele sind derzeit Gegenstand einer ganzen Reihe von Modellversuchen in verschiedenen Regionen Ost-

deutschlands; leider fehlt es bislang an ausreichend kommunizierbaren Erfahrungsberichten, die jedoch erforderlich sind, um deren Übertragbarkeit auf andere Regionen zu ermöglichen. Letzten Endes wird man bei fortschreitender Entleerung einzelner Regionen sich aber auch Gedanken darüber machen müssen, ob die derzeitige Siedlungsstruktur überhaupt aufrecht erhalten werden kann. Vermutlich ist dies nicht möglich. Es geht daher auch darum, die gesellschaftliche und politische Akzeptanz von Entleerungsprozessen zu erhöhen und diese als ein Instrument funktionsräumlicher Anpassung (beispielsweise zur Schaffung »ökologischer Ausgleichsflächen« oder der Schaffung von Freiräumen für die Verwirklichung »alternativer« Lebenskonzepte durch »Raumpioniere«) zu sehen. Wenn sich diese Sichtweise durchsetzt, lassen sich Entleerungsprozesse auch steuern und brauchen nicht allein dem Zufall überlassen werden.

Instrument der Wahl wären in diesem Fall systematische Anreize für eine zentrennähere Besiedlung, beispielsweise durch Umzugsprämien. Verknüpfen kann man dies ggf. auch mit Kompensationszahlungen für Alteinwohner im Gegenzug für deren Verzicht auf öffentliche Leistungen. Bislang freilich sind beide Überlegungen zwar in der wissenschaftlichen Literatur, aber nicht in der politischen Praxis überhaupt nur diskussionsfähig. Insoweit scheint es, dass die Diskussion um die Implikationen des demographischen Wandels und wie damit umzugehen ist, auch zehn Jahre nach dem ersten »Demografiegipfel« in Sachsen noch nicht wirklich offen und ehrlich geführt werden.



## Demografischer Wandel – Eine Herausforderung an die Generation zwischen dem 20. und 30. Lebensjahr

### Die Bundesrepublik – ein Land mit älteren Müttern

Im Mittelalter waren es die Schreckensbilder vom Fegefeuer und der Hölle, mit denen die damaligen Generationen eingeschüchtert wurden, heute haben vermeintlich sichere Erkenntnisse der Demografie diese Funktion übernommen.

Ein Beispiel aus den jüngsten Tagen:

Die seriöse Monatszeitschrift GEO meldete im Januar dieses Jahres, dass im Jahr 3510 das letzte Mädchen in Deutschland geboren werde und dann wegen Mangels an potentiellen Vätern die letzte Deutsche von der Erdoberfläche verschwinden werde. Wir hier in Deutschland würden zwar nicht die Ersten in Europa sein, aber schließlich besäßen Norwegen und Frankreich die Chance, uns noch mehrere Jahrtausende zu überleben.

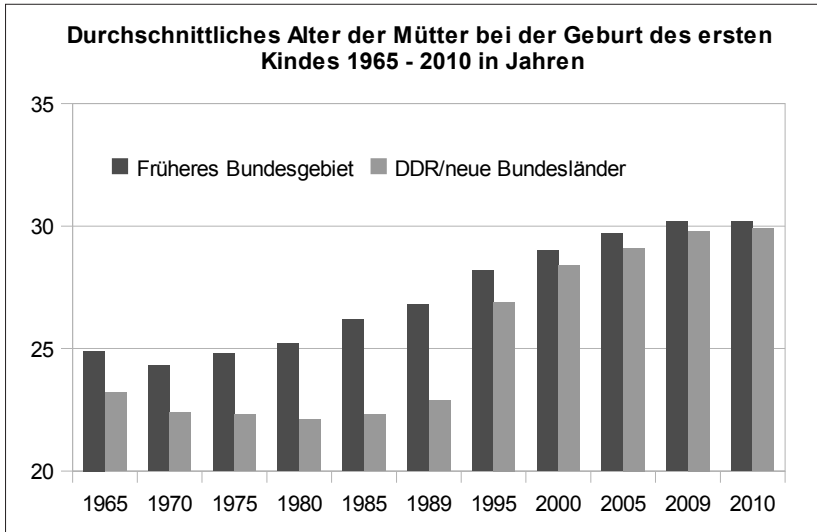
Doch nun zum ernstesten Teil meiner Darlegungen:

Die Geburtenzahl in der Bundesrepublik ist beängstigend rückläufig. Mit Fertilitätsanalysen, Kohortenbeschreibungen und anderen Instrumenten der Demografie wird ausführlich diese Entwicklung beschrieben.

Für einen Außenstehenden ist die folgende Entwicklungsreihe, die das Alter der Mütter zum Zeitpunkt ihrer Erstgeburten über mehrere Jahrzehnte beschreibt, sehr informativ und aufschlussreich. Denn je später eine Erstgeburt erfolgt, desto geringer wird die Wahrscheinlichkeit, dass dann noch ein zweites oder drittes Kind folgt.

So sah die Entwicklung in den letzten fünf Jahrzehnten in Deutschland aus:

Abbildung 1



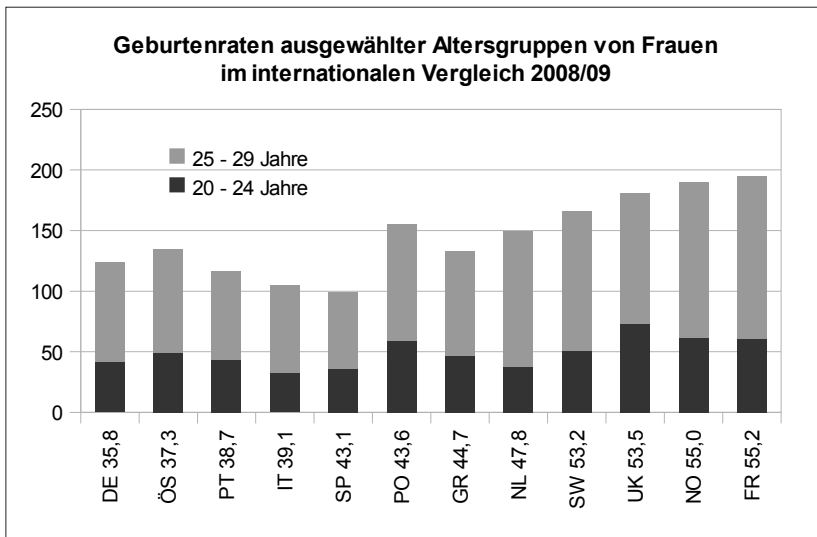
Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Geburten in Deutschland, 2012, Seite 12; eigene Darstellung.

- Man erkennt erstens, dass in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts das Alter der Mütter bei Erstgeburten deutlich unter 25 Jahre lag.
- Zweitens: mit Beginn der 1990er Jahre wurde die Geburt des ersten Kindes immer weiter aufgeschoben.
- Und schließlich drittens: In der DDR gelang es, durch bevölkerungspolitische Maßnahmen diesem geschilderten allgemeinen Trend wirksam mehrere Jahrzehnte lang entgegen zu wirken.

Diese Verzögerung der Erstgeburten ist deshalb problematisch, weil damit die Chancen, dass das zur Erhaltung der einfachen Reproduktion der Bevölkerung notwendige zweite oder sogar dritte Kind danach folgt, zunehmend geringer werden. Das zeigen auch internationale Vergleiche.

In der folgenden Übersicht sind die spezifischen Fruchtbarkeitsraten aller Frauen unterhalb der waagrecht Achse aufgetragen. Die Bundesrepublik hat von den angeführten europäischen Ländern die niedrigste Geburtenrate mit 35,8 Lebendgeborenen auf 100 Frauen im Alter von 15 bis 44 Jahren (also grob im gebärfähigen Alter), aber auch eine sehr niedrige spezifische Fruchtbarkeitsrate der Frauen im Alter zwischen 20 und 29 Jahren. Hier bleiben die Geburtenraten der 25 bis 29-jährigen Frauen im internationalen Vergleich deutlich zurück. Auch hier bestätigt sich, dass die allgemeinen Fruchtbarkeitsraten deutlich höher werden, wenn es gelingt, in der Altersgruppe der 25 bis 29-jährigen die Fruchtbarkeit zu steigern.

Abbildung 2



Quelle: UN-Statistic Demographic Yearbook, eigene Darstellung.

In den Niederlanden, in Schweden, Großbritannien, Norwegen und Frankreich wurden in den zurückliegenden Jahren wesentlich höhere Fruchtbarkeitsraten als in der Bundesrepublik erreicht. (Siehe rechten Teil der Abbildung 2)

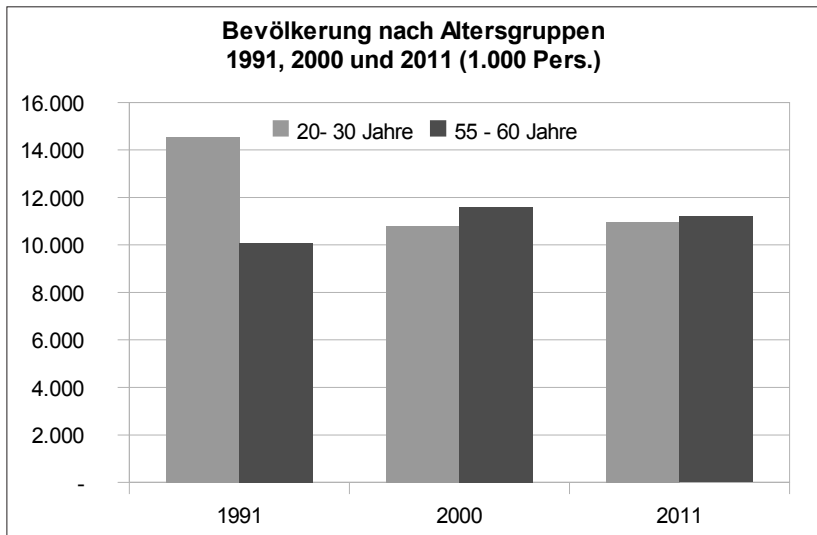
## Die Erwerbstätigkeit der Generation der 20 – 30-jährigen

Die Ausgangslage:

In den beiden zurückliegenden Jahrzehnten veränderte sich die Altersstruktur der Einwohner und damit das Arbeitsangebot in Deutschland. Das Jahr 2000 brachte hier einen Wendepunkt.

Einerseits schrumpfte bis zum Jahr 2000 die Zahl der Personen, die in das Erwerbsleben eintreten können – also der 20 bis 30-jährigen – kontinuierlich von etwa 14 Mio. auf etwa 11 Mio. Personen. Zur gleichen Zeit stieg die Zahl der »Vor-Rentner-Generation« also der 55 bis 65-jährigen von etwa 10 Mio. auf etwa 11 Mio. Personen an. Überstieg die Zahl der potentiellen Zugänge auf dem Arbeitsmarkt die Zahl der potentiellen Abgänge im Jahr 1991 noch um mehr als vier Mio. Personen, ist gegenwärtig die Bilanz beider Größen ausgeglichen. Diese Entwicklung war vorhersehbar. Die durch Krieg- und Nachkriegszeiten bedingten Deformationen in der Altersstruktur hatten sich in den beiden letz-

Abbildung 3



Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen und Darstellung Fortschreibung des Bevölkerungsstandes.

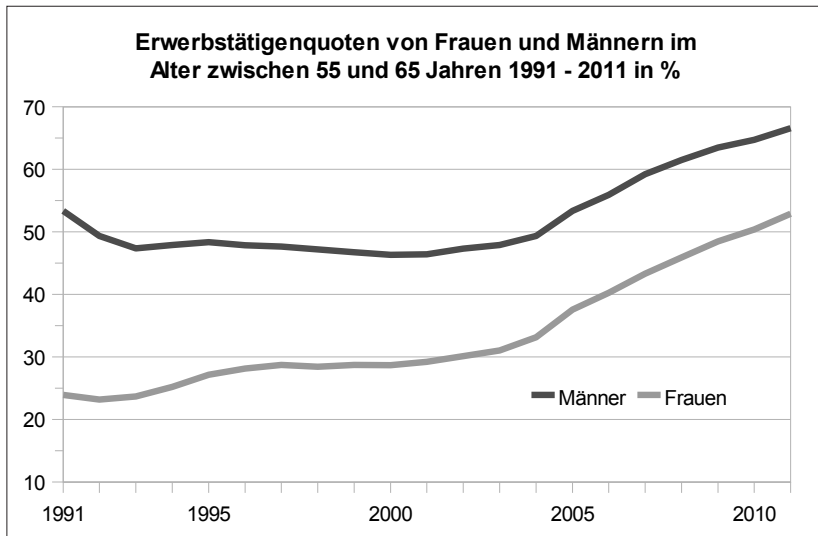
ten Jahrzehnten weiter in die Altersgruppen der über 70-jährigen verschoben und waren so für den Arbeitsmarkt nicht mehr relevant. Es ist eine Normalisierung der Alters- und Geschlechterstruktur eingetreten.

Wie hat sich das Erwerbsverhalten der hier beschriebenen beiden Altersgruppen in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten entwickelt? Wie wurden die Veränderungen in der Altersstruktur der Bevölkerung in Erwerbstätigkeit umgesetzt?

Dazu betrachten wir die *Erwerbstätigenquoten* – das ist das Verhältnis von Erwerbstätigen einer Altersgruppe in Relation zur Gesamtbevölkerung der gleichen Altersgruppe. Diese Quote ist nicht zu verwechseln mit der in der Bundesrepublik oft genutzten Kennziffer der Erwerbsquote, bei welcher der Bevölkerung einer Altersgruppe die Zahl der Erwerbspersonen – also Erwerbstätige plus Arbeitssuchende der jeweiligen Altersgruppe, gegenübergestellt wird.

Beginnen wir mit der älteren Generation der 55 bis 65-jährigen:

Abbildung 4



Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus, eigene Berechnungen und Darstellung.



Bemerkenswert ist, dass die Erwerbstätigenquoten sowohl von Männern als auch von Frauen, bei Frauen in *beiden* zurückliegenden Jahrzehnten, kontinuierlich angestiegen sind. Waren 1991 nur etwas mehr als ein Fünftel aller Frauen dieser Altersgruppe erwerbstätig, hat diese Quote 2011 erstmals die 50 Prozent-Grenze überschritten.

Modifiziert war die Entwicklung bei den Männern: Zunächst verharrte die Erwerbstätigenquote bis zum Jahr 2004 bei 50 Prozent, um dann kontinuierlich bis über 65 Prozent zu klettern und so sich der in den Lissabon-Vereinbarungen gewünschten Erwerbstätigenquote von 70 Prozent zu nähern.

Ein großer Teil der Zugänge in die Erwerbstätigkeit in dieser Altersgruppe sind Selbständige oder mithelfende Familienangehörige. In keiner anderen Altersgruppe findet sich ein so hoher Anteil von Selbständigen, besonders von Selbständigen ohne weitere Arbeitnehmer.

Das bestätigen auch Angaben aus der EUROSTAT-Datenbank. Im Verlauf von nur drei Jahren, von 2008 bis 2011 hat sich die Zahl der Selbständigen im Alter von 50 bis 64 Jahre in der Bundesrepublik sprunghaft von etwa 690 Tausend auf 820 Tausend, also um nahezu ein Fünftel erhöht.

Insgesamt kann festgestellt werden:

Waren 1991 noch 3,6 Mio. Personen im Alter zwischen 55 und 65 Jahren erwerbstätig, waren es 2011 bedeutend mehr: 6,2 Mio. Frauen und Männer; das entspricht einem Zuwachs von 2,6 Mio. Erwerbstätigen bzw. um etwa 70 Prozent. Das heißt: Wir registrieren gestiegene Erwerbstätigenquoten der älteren Generation – eine Entwicklung, die durchaus auch positive Bezüge enthält.

Wie verlief nun der Eintritt der jüngeren Generation in den Arbeitsmarkt?

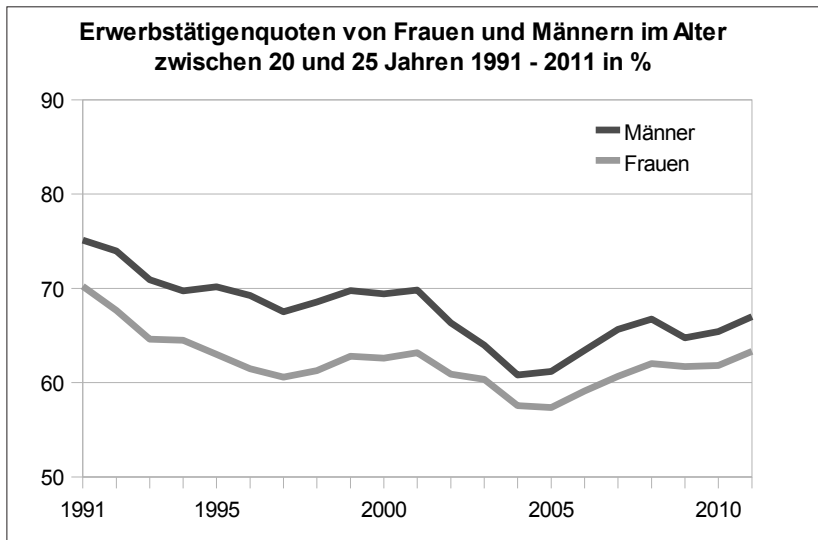
Ganz anders die Entwicklung der Erwerbstätigkeit der jüngeren Generation – der 20 bis 30-jährigen. Waren 1991 noch 9,4 Mio. dieser Altersgruppe erwerbstätig, ist ihre Zahl bis 2011 um ein Viertel auf 7,1 Mio. gesunken.

Anzunehmen war, dass der Zugang dieser Jahrgänge zum Arbeitsmarkt durch die demografische Entwicklung erleichtert wird, da die altersbedingten Zugänge inzwischen sich mit den altersbedingten Abgängen ausgeglichen haben, wie in der Grafik zu sehen war.

Für eine genauere Analyse ist der Eintritt in das Berufsleben der jüngeren Generation in den beiden letzten Jahrzehnten differenzierter zu betrachten. Deshalb wird in den weiteren Ausführungen diese Gruppe aufgeteilt in die Gruppe der 20 bis 25-jährigen und der Gruppe der 26 bis 30-jährigen.

Hier gibt es überraschend frappante Unterschiede. Bei den 20 bis 25-jährigen sind sowohl bei Männern als auch bei Frauen die Erwerbstätigenquoten im Verlauf der beiden letzten Jahrzehnte bis zum Jahr 2006 kontinuierlich gesunken. Erst in den letzten fünf Jahren gibt es einen leichten Anstieg, ohne dass die Werte der Jahre 1991 bis 1995 wieder erreicht wurden. Das gilt besonders für junge Frauen und für junge Männer.

Abbildung 5



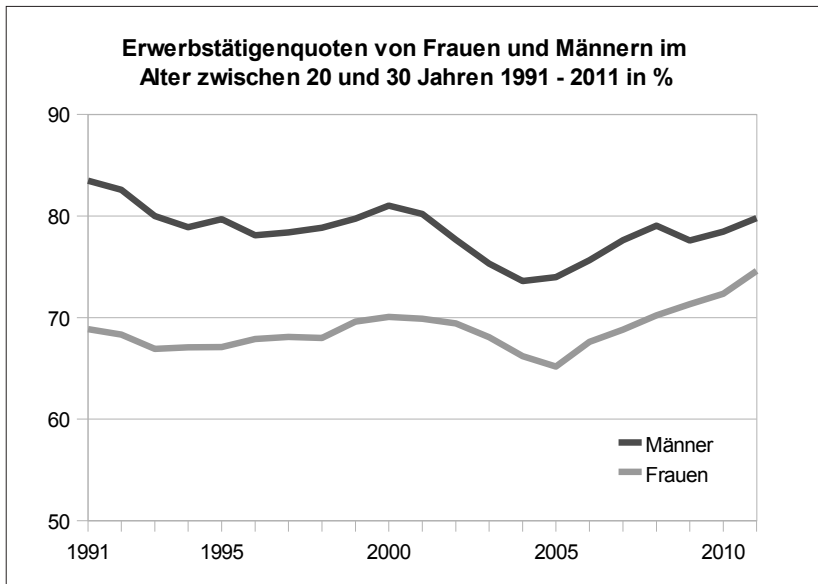
Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus, eigene Berechnungen und Darstellung.

Der Rückgang der Erwerbstätigkeit von jungen Frauen ist nicht – wie zunächst anzunehmen wäre, auf eine erhöhte Geburtenfreudigkeit dieser Altersgruppe zurückzuführen. Das wurde bereits am Anfang thematisiert.

Tatsache ist: Die Chancen für einen frühzeitigen Berufseintritt bleibt einem wachsenden Anteil in der Altersgruppe zwischen 20 und 25 Jahren verwehrt.

Nun könnte man erwarten, dass sich in der nachfolgenden Altersgruppe der 26 bis 30-jährigen die Situation verbesserte und ein »Nachholeffekt« eintrat. Leider kann das nicht bestätigt werden.

Abbildung 6



Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus, eigene Berechnungen und Darstellung.

Die Erwerbstätigenquoten der Männer sind auch hier tendenziell gesunken, die der Frauen stagnierten bis 2005 auf einem niedrigen Niveau, um dann wieder leicht anzusteigen.

Keinesfalls sind die stagnierenden Erwerbstätigenquoten auf eine Verlängerung der Ausbildungszeiten für Studenten an Uni-

versitäten und Fachhochschulen zurückzuführen, denn die Studiendauer blieb zwischen 1995 und 2011 nahezu konstant.

Der Start in das Berufsleben ähnelt inzwischen einem langen Hindernislauf – eine abgeschlossene Berufsausbildung oder ein erfolgreiches Studium garantieren keinen reibungslosen Übergang in das Berufsleben. Das belegt drastisch der letzte Bildungsbericht 2010 des Bundesministeriums für Bildung und Forschung.<sup>1</sup>

Beginnen wir mit dem *Berufseinstieg* von Nichtakademikern. Danach haben ein Jahr nach dem erfolgreichen Abschluss einer Berufsausbildung nur sieben von zehn Personen einen vollwertigen Arbeitsplatz erhalten. Zwölf Prozent dieser Personen waren entweder geringfügig beschäftigt oder waren arbeitslos und erhielten Sozialleistungen.

*Tabelle 1: Erwerbsstatus von Ausbildungsabsolventen 2007 einen Monat und zwölf Monate nach Beendigung der Berufsausbildung*

	Erwerbs- tätig	Geringfügig beschäftigt	Leistungs- bezug	Arbeits- suche	unbekannt
nach einem Monat	67,4	4,2	20,7	1,2	6,4
nach einem Jahr	71,8	3,8	7,7	1,9	14,8

*Quelle: Bildung in Deutschland 2010, Bundesministerium für Bildung und Forschung, Tab. E5-2A; (Angaben in Prozent).*

Leider lieferte der jüngste Bildungsbericht aus dem letzten Jahr keine aktuelleren Daten. Hinzu kommt außerdem, dass nach dem letzten Berufsausbildungsbericht allein 1,39 Mio. Menschen im Alter von 20 bis 29 Jahren ohne Berufsabschluss sind. Damit liegt der Anteil der ausbildungslosen Jugendlichen bei 14,1 Prozent.

Nun wird in der Bundesrepublik die Legende gepflegt, eine höhere Ausbildung, der Universitätsabschluss oder Abschluss einer

<sup>1</sup> Autorengruppe Bildungsberichterstattung, Bundesministerium für Bildung und Forschung, Bildung in Deutschland 2010 (Bildungsbericht 2010\*), S.111ff.

Fachhochschule garantiere einen Arbeitsplatz, das Gespenst des Fachkräftemangels geistert unentwegt durch die Medien.

Der Weg aus einem erfolgreichen Studienabschluss in die Berufstätigkeit ist jedoch inzwischen ebenso hindernisreich wie der in die normale Berufsausbildung.

Etwa *ein Viertel* aller Absolventen von Fachhochschulen oder Universitäten übt ein Jahr nach dem Abschluss keine reguläre Erwerbstätigkeit aus.

*Tabelle 2: Tätigkeiten drei, sechs und zwölf Monate nach dem Studienabschluss 2009*

	Reguläre Erwerbstätigkeit	Werk- u. Honorartätigkeit	Jobs	Praktikum	Studium, Promotion	Arbeitslos
<b>Fachhochschule</b>						
drei Monate	56 %	5 %	9 %	3 %	8 %	19 %
sechs Monate	68 %	5 %	8 %	3 %	9 %	11 %
zwölf Monate	76 %	5 %	4 %	2 %	11 %	5 %
<b>Universität</b>						
drei Monate	50 %	6 %	14 %	4 %	24 %	12 %
sechs Monate	68 %	5 %	9 %	4 %	27 %	8 %
zwölf Monate	78 %	4 %	5 %	2 %	30 %	5 %

*Quelle: Bildung in Deutschland 2010, Bundesministerium für Bildung und Forschung. [www.bildungsbericht.de](http://www.bildungsbericht.de) Tab. F4-13web.*

Ausgeprägt ist die befristete Einstellung von Akademikern in Hochschulen, Krankenhäusern aber auch in der Öffentlichen Verwaltung. Es ist für die Bundesrepublik bezeichnend, dass nicht vorrangig private Institutionen, sondern Einrichtungen der öffentlichen Hand eine derartige Entlohnungspolitik für junge Akademiker forciert haben. Diese Praxis ist letztendlich ein Ergebnis der praktizierten Kürzungspolitik des Bundeshaushalts und besonders der Länderhaushalte.

Die befristet Beschäftigten haben nicht nur Nachteile bei der Arbeitsplatzsicherheit, sondern auch beim Einkommen. Nach den

Lohnspiegel-Daten kommen sie auf ein monatliches Durchschnittseinkommen von rund 2.940 Euro. Das sind gut 19 Prozent weniger als die 3.640 Euro, die akademische Berufseinsteiger mit unbefristeter Stelle im Mittel verdienen. Sogenannte zeitweilige Werksverträge, Honorartätigkeiten oder auch Praktika und Arbeitslosigkeit gehören zum Alltag vieler Absolventen im ersten Jahr nach ihrem Studienabschluss. Hinzu kommt, dass mit der Zeit ein zunehmender Teil der Absolventen wieder anfängt zu studieren.

Es bleibt unbestritten: Der erfolgreiche Abschluss an einer Universität oder Fachhochschule garantiert gegenwärtig in der Bundesrepublik keinen sicheren Arbeitsplatz.

So verwundert es nicht, dass sich in der zweiten Hälfte der 90er Jahre eine neue Armutsgruppe entwickeln konnte: Die Gruppe der jungen Erwachsenen zwischen 18 bis 30 Jahren – deren Armutsquote liegt inzwischen bei 22 bis 23 Prozent und übersteigt damit noch die Armutsquoten von Kindern und Jugendlichen.

Die Übergänge im Alter von 18 bis 30 Jahren, wie Auszug aus dem Elternhaus, Bildungs- und Berufsabschlüsse sowie der Beginn der Familienphase sind demnach mit zunehmenden Einkommens- und damit Armutsrisiken verbunden.

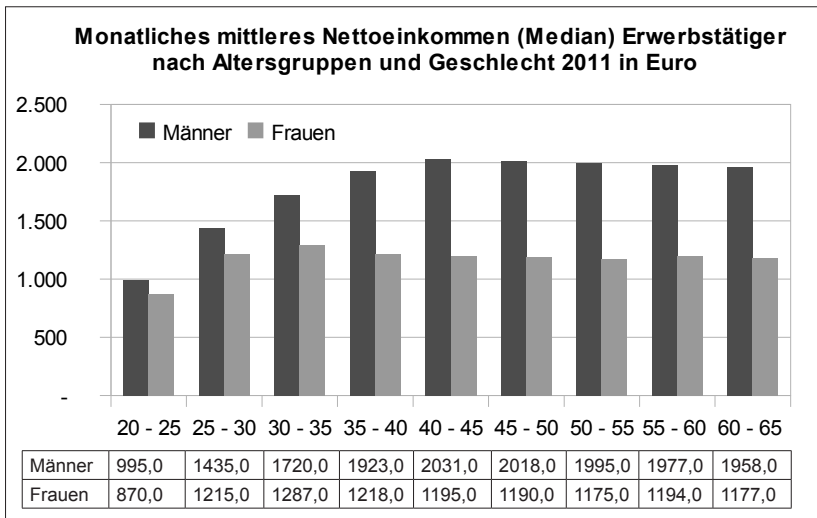
Es ist ein großer Widerspruch, dass eine Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre beschlossen wurde, aber dabei übersehen wurde, dass in der Bundesrepublik ein erheblich höheres Beschäftigungspotential in der Altersgruppe der 20 bis 30-jährigen brachliegt.

Bestätigt wurden diese Verhältnisse ebenfalls durch den letzten Bildungsbericht 2012. Die Verfasser schreiben: »Was im ganzen vergangenen Jahrzehnt zu beobachten war, setzt sich auch trotz beginnender Entspannung auf dem Arbeitsmarkt im Betrachtungszeitraum fort: Die Männer sind ein Jahr nach Ausbildungsabschluss 2008 fast um die Hälfte (43 Prozent) stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als Frauen .... Über das ganze letzte Jahrzehnt bleibt die Jugenderwerbslosenquote über der allgemeinen, und zwar mit steigender Differenz.«<sup>2</sup> Weiter stellt der Bericht fest: »Ein Drittel der Ausbildungsabsolventen hat nach einem Jahr keine Beschäftigung in dem Ausbildungsberufsfeld gefunden. Männer sind

deutlich häufiger als Frauen ausbildungsinadäquat beschäftigt.«<sup>2</sup> Dabei ist »inadäquat« eine vornehme Umschreibung von unangemessen oder nicht passend.

Ist ein Arbeitsplatz von den Angehörigen der jüngeren Generation gefunden worden, ist damit keineswegs ein ausreichendes Einkommen garantiert. Das Statistische Bundesamt publiziert mit dem Mikrozensus jährlich Daten zum monatlichen Nettoeinkommen Erwerbstätiger nach Altersgruppen. Für das Jahr 2011 wurde ein mittlerer Wert (Median) in Höhe von 1.450 Euro für alle Erwerbstätigen ermittelt. Das heißt: die eine Hälfte aller Erwerbstätigen verfügt über ein Nettoeinkommen, das niedriger als 1.450 Euro ist, während die andere Hälfte mehr als 1.450 Euro bezieht. Hier eine Übersicht nach Altersgruppen, getrennt für Frauen und Männer:

Abbildung 7



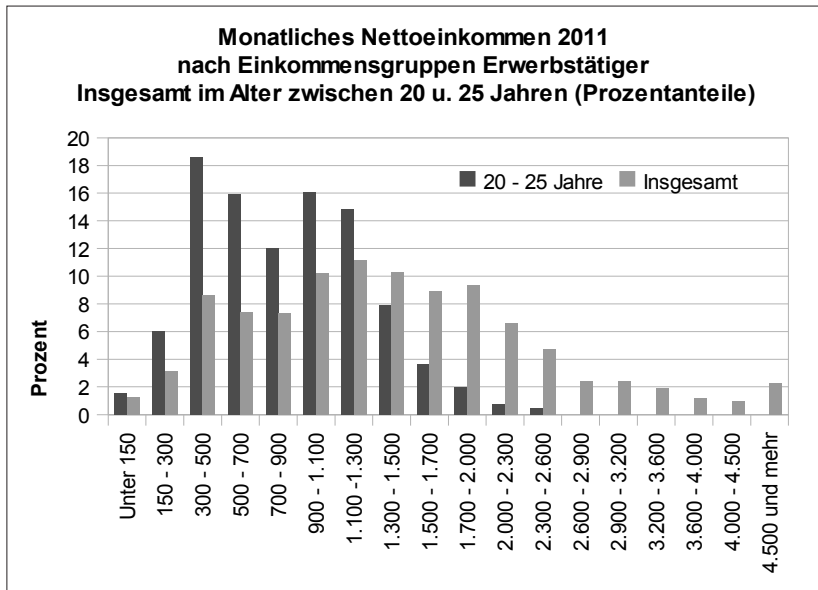
Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus, eigene Berechnungen, eigene Darstellung.

Erst mit 35 Jahren stabilisieren sich die Nettoeinkommen der männlichen Erwerbstätigen mit etwa 2.000 Euro Nettoeinkommen monatlich. Erwerbstätige Frauen in allen Altersgruppen bleiben

mit ihren Nettoeinkommen deutlich hinter den Einkommen ihrer männlichen Kollegen zurück. Ihr mittleres Arbeitseinkommen verharnt in allen Altersgruppen um den Wert von 1.200 Euro. Das ist eine Folge der unter Frauen ausufernden Teilzeitarbeit und der hohen Zahl von Frauen in geringfügig entlohnten Beschäftigungsgruppen. 2011 waren in derartigen Arbeitsverhältnissen 6,4 Mio. Frauen und lediglich 1,3 Mio. Männer beschäftigt.

Wie sehen die Einkommen von erwerbstätigen Erwachsenen im Alter zwischen 20 und 25 Jahren aus, in einem Alter, in dem sie über ihr weiteres Familien- und Berufsleben entscheiden müssen?

Abbildung 8



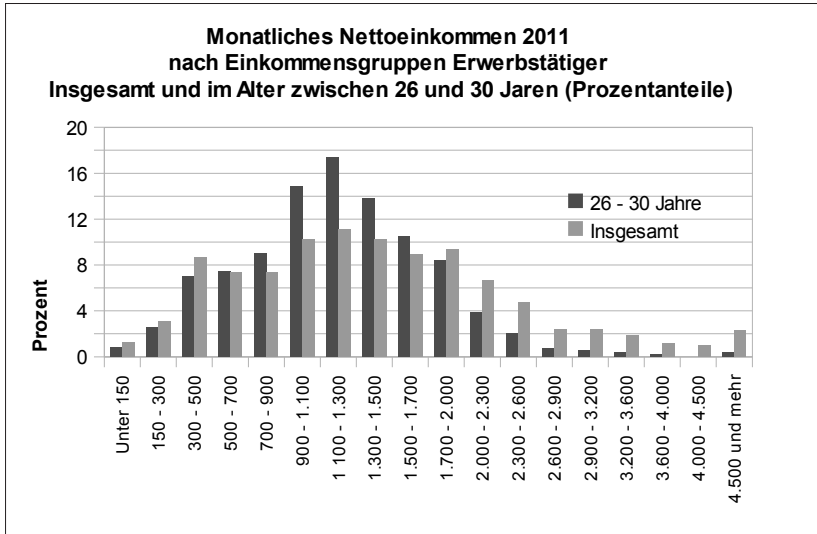
Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus, eigene Berechnungen, eigene Darstellung.

Die Nettoeinkommen Erwerbstätiger dieser Altersgruppe konzentrieren sich auf die untersten Einkommensgruppen. Ein Fünftel der Erwerbstätigen dieser Altersgruppe erhalten ein Nettoeinkommen nur bis zu 500 Euro monatlich.



Etwas besser wird die Entlohnung in der folgenden Altersgruppe der 26 bis 30-jährigen. Hier ist anzunehmen, dass die Ausbildung abgeschlossen ist und die Betroffenen sich über ihre berufliche und familiäre Zukunft entscheiden oder sogar entschieden haben.

Abbildung 9



Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus, eigene Berechnungen, eigene Darstellung.

Dennoch: die unteren Einkommensgruppen zwischen 700 Euro bis 2000 Euro sind von dieser Altersgruppe wesentlich höher besetzt. Nur 14 Prozent von Angehörigen dieser Altersgruppe erhalten ein monatliches Nettoeinkommen von 2.000 Euro und mehr, während im Durchschnitt aller Erwerbstätigen es 28 Prozent sind. Anders formuliert:

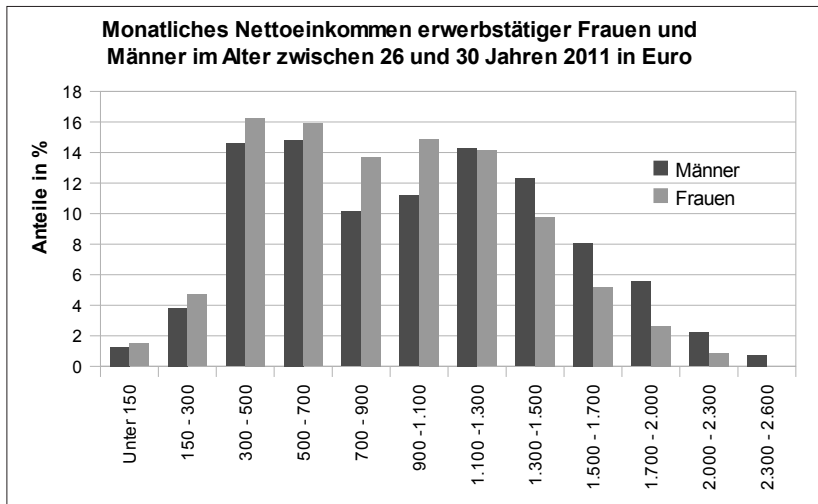
Die 26 bis 30-jährigen bleiben mit ihrem monatlichen Nettoeinkommen von durchschnittlich 1.200 Euro immer noch unter dem allgemeinen Median aller Erwerbstätigen von 1.450 Euro. Besonders Frauen zwischen 26 und 30 Jahren, meist nach einer abgeschlossenen Ausbildung und in vielen Fällen noch ohne Kind, ver-

bleiben in den unteren Einkommensgruppen. Das ist vor allem auf das in Westdeutschland noch weit verbreitete Familienmodell zurückzuführen. Der Ehemann verfügt über eine Vollzeitbeschäftigung und die Ehefrau bessert in ergänzender Teilzeitbeschäftigung das Familieneinkommen auf.

Bisher wurde ein Vergleich zwischen den jüngeren Altersgruppen und der Gesamtheit der Erwerbstätigen über alle Altersgruppen vorgenommen.

Auch innerhalb der Gruppe der 26 bis 30-jährigen existiert eine große Differenz zwischen Frauen und Männern hinsichtlich ihrer monatlichen Nettoeinkommen.

Abbildung 10

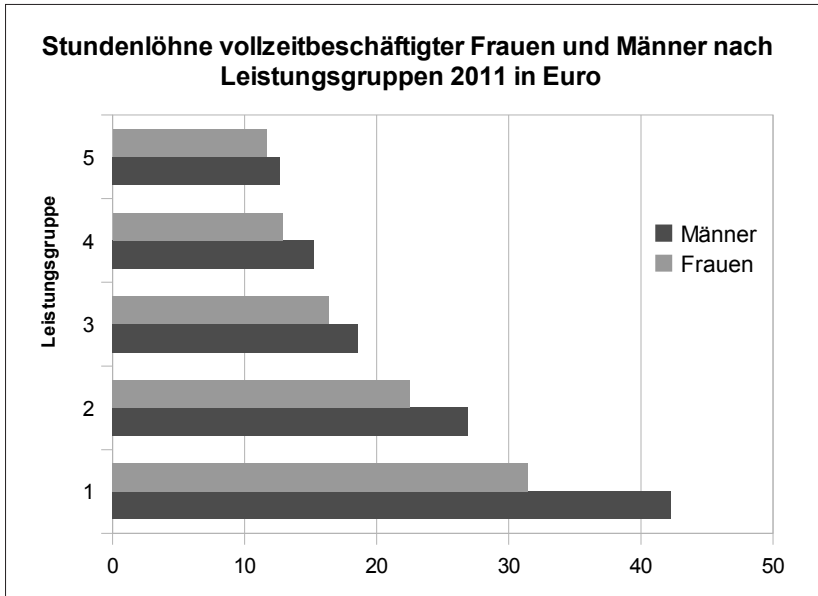


Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus, eigene Berechnungen, eigene Darstellung.

Frauen verbleiben typischerweise bereits nach dem Ausbildungsabschluss in den unteren Einkommensgruppen. In den Nettoeinkommensgruppen bis 1.100 Euro sind sie stark vertreten, dagegen bleiben vielen Frauen schon die etwas höheren Einkommensgruppen ab monatlich 1.300 Euro verschlossen.

Einfachen Lohn- und Gehaltsvergleichen zwischen Frauen und Männern wird oft mit dem Argument begegnet, dass hier Einkommen von Friseurinnen mit denen von Flugzeugpiloten verglichen werden und deshalb derartige verallgemeinernde Vergleiche obsolet wären. Dankenswerter Weise hat das Statistische Bundesamt vor einigen Jahren eine etwas bessere Lohnstatistik eingeführt. Hier das Ergebnis von 2011: Stundenlöhne von Frauen und Männern nach fünf ausgewählten Qualifikationsstufen:

Abbildung 11



Je höher die Leistungsgruppe (in der Grafik die höchste unten), desto größer ist der Abstand in der Entlohnung zwischen Frauen und Männern. In der obersten Leistungsgruppe eins erhalten Frauen im Durchschnitt deutlich geringere Stundenlöhne als Männer. Die Differenz beträgt etwa ein Viertel. Selbst in der am niedrigsten bezahlten Gruppe der Hilfsarbeiter und der Ungelernten, der Lohnstufe fünf, gibt es noch eine beachtliche Differenz von 8,0 Prozent.

Diesen Abschnitt zusammenfassend, ist festzustellen:

Der deutsche Vorzeige-Eckrentner, der die Regelaltersgrenze von bisher 65 Jahren erreicht hat und 45 Jahre lang Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung jeweils in Höhe des Beitrags für ein Durchschnittsentgelt gezahlt hat, ist inzwischen eine Fiktion geworden, denn gegenwärtig erreicht er erst mit dem 30. Lebensjahr das übliche Niveau von Einkommen aus Berufstätigkeit. Keinesfalls kann er noch 45 Arbeitsjahre ableisten, um das Einkommen des »Eckrentners« zu erzielen, denn dann müsste er bis zum Alter von 75 (30 + 45) Jahren arbeiten.

Es ist deshalb nicht überraschend, dass neuerdings nicht mehr die bereits beschlossene Rente mit 67 gelten soll, sondern der Renteneintritt vermeintlich unausweichlich erst mit dem 70. Lebensjahr erfolgen kann. Der Vorsitzende der »Wirtschaftsweisen«, Wolfgang Franz, hat sich dafür ausgesprochen, das Renteneintrittsalter über die bereits beschlossenen 67 Jahre hinaus weiter anzuheben. Dies solle »mit Hilfe einer Formel gesetzlich festgelegt werden«, sagte er dem Nachrichtenmagazin FOCUS. Zwei Drittel der zusätzlich gewonnenen Lebenszeit müssten die Deutschen länger im Job bleiben, so Franz: »Wenn die Lebenserwartung um 1,5 Jahre steigt, müssen wir rund ein Jahr länger arbeiten.«<sup>5</sup>

Dass ein großes Volumen an Arbeitsvermögen in der jüngeren Generation und in einem Heer von Arbeitslosen und unfreiwillig Teilzeitbeschäftigten brach liegt, wird von diesem »Wirtschaftsweisen« nicht zur Kenntnis genommen.

Der schleichende Abschied vom »Eckrentner« erfolgt nicht durch Frühverrentung, sondern durch den Hindernislauf beim Berufseinstieg der Generation der 20 bis 30-jährigen. Davon sind besonders junge Frauen betroffen. Dabei sollte erwartet werden, dass nach dem 26. Lebensjahr die Ausbildung abgeschlossen ist und der Start in das Berufsleben mindestens mit einem mittleren Einkommen beginnt. Das ist leider besonders für junge Frauen nicht der Fall.

Die gegenwärtig geführte Diskussion zur Rente mit 67 oder sogar mit 70 Jahren verkennt die einfache Alternative: Nicht Rente erst mit 70 Lebensjahren – sondern eine angemessen entlohnte

5 »FOCUS«, 16.02.2013.

Vollbeschäftigung nach der Ausbildung ist der Ausweg aus dem Dilemma.

Inzwischen ist der Begriff »soziale Gerechtigkeit« verpönt und wurde durch den Begriff der sogenannten »Generationengerechtigkeit« abgelöst. Ja, die jüngere Generation ist gegenüber der Generation der »BabyBoomer« tatsächlich benachteiligt, aber das hat nichts, aber auch gar nichts mit dem demografischen Wandel, sondern ausschließlich mit der in der Bundesrepublik praktizierten schlechten Wirtschaftspolitik zu tun.

Die Dimensionen der seit Jahrzehnten praktizierten Umverteilung des Volkseinkommens zu Lasten der abhängig Beschäftigten wird bei der Betrachtung der bloßen Lohnquoten von 68 Prozent 2010/11 und noch 72 Prozent im Jahr 2000 zunächst als nicht besonders hohe Belastung registriert – es sind ja nur vier Prozentpunkte. Um die tatsächlichen Dimensionen zu charakterisieren, sollten die dadurch entstandenen absoluten Verteilungsverluste in Betracht gezogen werden. Sie summieren sich für die Jahre 2001 bis 2012 auf etwa 1.025 Mrd. Euro<sup>4</sup> Betroffen waren durch diese Umverteilung auch die junge Generation mit unsicheren Jobs, Teilzeitbeschäftigung usw., wie soeben dargelegt.

## Die Geburtenfreudigkeit wird von einem Bündel von Faktoren beeinflusst

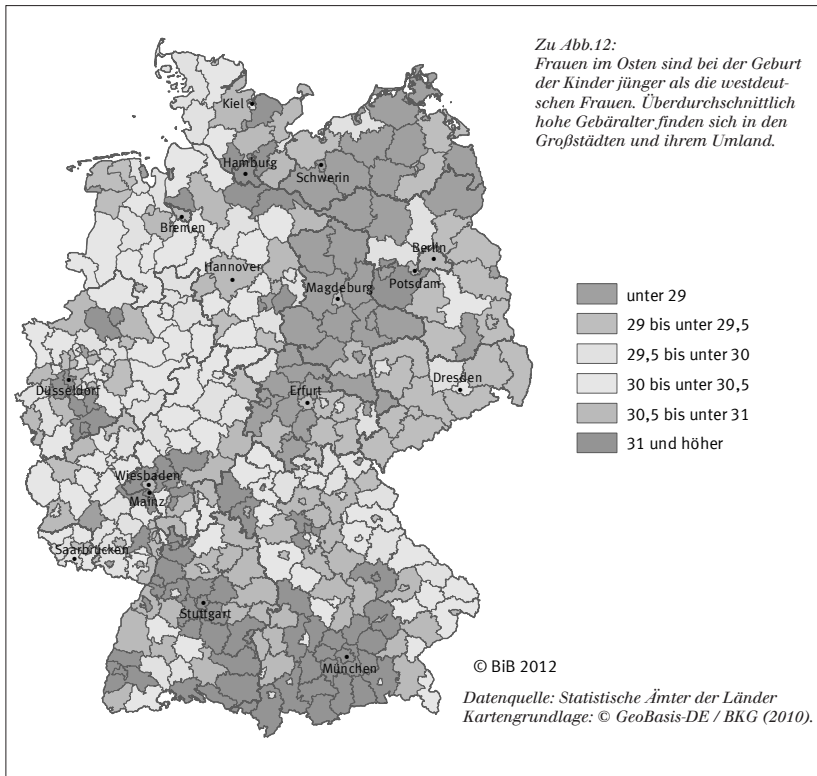
Es wäre ein großes Missverständnis zu glauben, dass allein mit einer angemessenen Entlohnung der jüngeren Generation sich die Probleme der niedrigen Geburtenrate in der Bundesrepublik lösen würden.

Das nun folgende Bild ist entnommen aus der jüngst erschienen Broschüre des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung Wiesbaden »(Keine) Lust auf Kinder«.<sup>5</sup>

<sup>4</sup> Statistisches Bundesamt, VGR 2012; zit n. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: Memorandum 2013, PapyRossa, Köln S.84/85.

<sup>5</sup> Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BIB), (Keine) Lust auf Kinder, Wiesbaden 2012, S.31.

Abbildung 12: Durchschnittsalter der Mütter bei der Geburt eines Kindes nach Kreisen in Deutschland, 2009



Es zeigt wie hoch das Durchschnittsalter der Mütter bei der Geburt eines Kindes ist. Grün bedeutet, dass das Durchschnittsalter der Mütter unter 29 Jahre liegt, und mit gelb und schließlich orange wird das Durchschnittsalter der Mütter immer höher.<sup>6</sup>

Deutlich sind auf diesem Bild die Konturen der DDR zu erkennen. Um Missverständnisse auszuräumen: die Karte enthält nicht die Daten aus dem Jahr 1989, sondern 20 Jahre jüngere aus dem Jahr 2009!

<sup>6</sup> laut Farb-Skala im Original-Dokument; »grün« erscheint hier im Druck dunkel, »gelb« hell, »orange« allerdings auch wieder dunkler, und zwar im Süden, Norden und Westen des Kartenbildes.

Es ist unbestritten, dass wichtige Faktoren außerhalb der Sphäre der Entlohnung existieren, die die Geburtenfreudigkeit bestimmen.

Gerade in der Niedriglohnregion Ostdeutschland werden Kinderwünsche früher realisiert als in den übrigen Landesteilen mit höheren Durchschnittseinkommen. Offensichtlich gibt es hier nachhaltige Traditionen mit einer gewissen Langzeitwirkung.

In dieser Broschüre des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung wird festgestellt:

»Auffällig ist, dass der rückläufige Trend der endgültigen Kinderzahlen in den Geburtsjahrgängen 1950 bis 1960 in der DDR unterbrochen war. Das sind die Geburtsjahrgänge, die infolge der kostenlosen Verfügbarkeit von Antikonzeptiva und der Möglichkeit des Schwangerschaftsabbruchs zunächst ihre Kinderzahlen begrenzt haben und danach, unterstützt von bevölkerungspolitischen Maßnahmen wie Geburtenbeihilfe, Ehekredit oder Ausbau der gesellschaftlichen Kinderbetreuung, Geburten nachgeholt haben. Dies ist in der Periodenbetrachtung in der ersten Hälfte der 1970er Jahre zunächst als Geburtentief und danach als Wiederanstieg dokumentiert.«<sup>7</sup>

Es gilt festzustellen: Bestimmte Traditionen bleiben über mehrere Jahrzehnte erhalten.

In diesem bereits zitierten Bericht wird demgegenüber das dazu unterschiedliche Fertilitätsverhalten der weiblichen Bevölkerung in Westdeutschland so beschrieben:

Es bestand über Jahre zwischen beruflicher Bildung und vorhandener Kinderzahl ein sehr enger Zusammenhang. Es galt: Je *niedriger* der berufliche Ausbildungsabschluss ist, desto *mehr* Kinder haben die Frauen zur Welt gebracht. Frauen in Deutschland *ohne beruflichen Abschluss* erreichen eine durchschnittliche Kinderzahl von 1,78. Der Anteil kinderloser Frauen ist in dieser Gruppe mit 17,4 Prozent niedrig, während der Anteil der Frauen mit drei oder mehr Kindern in dieser Gruppe mit 31,9 Prozent außerordentlich hoch ausfällt.

Frauen mit einer *Lehr- oder Anlernausbildung bzw. mit einem Abschluss als Meister oder Techniker* oder einem gleichwertigen

7 »(Keine) Lust auf Kinder« S.11.

Fachschulabschluss weisen mit durchschnittlichen Kinderzahlen von 1,44 bzw. 1,40 ein generatives Verhalten auf, das in etwa dem statistischen Durchschnitt in Deutschland entspricht.

Die Fertilitätsmuster *hochqualifizierter Frauen* weichen von denen der niedriger qualifizierten deutlich ab. Die realisierte Kinderzahl ist mit 1,28 erheblich niedriger und 29,9 Prozent dieser Frauen blieben kinderlos. Somit lässt sich die niedrige Fertilität in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten zum Teil aus dem niedrigen Geburtenniveau bei den Hochqualifizierten erklären.<sup>8</sup>

In anderen europäischen Staaten, besonders in West- und Nordeuropa herrschen andere Bedingungen, die die Fertilität nicht so einschneidend beeinträchtigen wie in der Bundesrepublik.

Ein Blick über die Grenzen sollte die Erfahrungen anderer Länder wie Frankreich, Schweden oder Norwegen auswerten, um so vernünftige Lösungen für die Bundesrepublik zu finden.

In diesen Ländern existiert im Gegensatz zur Bundesrepublik ein Zusammenspiel familienpolitischer Maßnahmen mit ökonomischen und kulturellen Faktoren. Sie lassen positive Effekte bei der Geburtenfreudigkeit wirken. Politische Rahmenbedingungen setzen dabei eine ganzheitliche, widerspruchsfreie und strategisch ausgerichtete Familienpolitik voraus, die infrastrukturelle, monetäre und gleichstellungsorientierte Elemente sinnvoll verbinden. Davon ist die Bundesrepublik noch weit entfernt.

Schon das Grundgesetz der Bundesrepublik verhindert eine vernünftige Regelung wie in *Frankreich* mit der Existenz von flächendeckenden *Ganztagschulen*. Schulen in Frankreich sind grundsätzlich Ganztagschulen. Der Unterricht beginnt um 8 Uhr und endet je nach Schulform 16 bis 18 Uhr. Vor- und Grundschulen bieten zudem noch anschließende Betreuungsmöglichkeiten, wenn die Größe der Gemeinde dies zulässt. Allen Kindern wird ein Kantinenessen angeboten, die Gebühren hierfür hängen vom Einkommen der Eltern ab. Für Kinder aus kinderreichen Familien ist es kostenlos

Was bietet gegenwärtig die Bundesrepublik an?

Hier existiert ein Flickenteppich von Einzelmaßnahmen, die sich in

8 »(Keine) Lust auf Kinder« S. 19.



ihrer Wirkung teilweise gegenseitig aufheben. Ein politischer Aufbruch, der dieses Knäuel von Maßnahmen entwirrt, ist in der Bundesrepublik nicht absehbar. Zu den angebotenen Lösungen gehören:

- Eine forcierte Einwanderung von jungen ausgebildeten Menschen in die Bundesrepublik aus dem Ausland wird von nicht wenigen favorisiert. Das ist schon aus zwei Gründen nicht vertretbar:
  - Erstens werden damit die Kosten für Erziehung und Ausbildung in der Bundesrepublik gespart, die deutsche Gesellschaft lebt so auf Kosten von ärmeren Nationen aus Osteuropa oder aus Asien.
  - Zweitens vergessen die Befürworter einer derartigen Einwanderung, dass diese jungen Einwanderer auch Eltern besitzen, die sie eigentlich zu ernähren haben, wenn ihre Eltern aus Altersgründen aus dem Arbeitsprozess ausgeschieden sind. Diese Immigranten haben so und auf jeden Fall eine Doppellast zu tragen, um die Lebenshaltung der älteren Generation in der Bundesrepublik und die der älteren Generation in ihrem Herkunftsland zu gewährleisten.
- Nach jahrelangen Debatten auch innerhalb der schwarz-gelben Koalition wurde die sogenannte »Herdprämie« verabschiedet. Selbst der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Nikolaus Schneider, lehnt die Einführung des Betreuungsgeldes ab. »Das Betreuungsgeld ist ein Fehler«, sagte Schneider der Zeitung »Die Welt«. Es gebe momentan keine echte Wahl zwischen der Betreuung von Kindern zu Hause oder in der Kita oder bei Tagesmüttern. »Wir müssen uns zuerst darauf konzentrieren, ausreichend Betreuungsangebote zu schaffen«, forderte Schneider.<sup>9</sup> Diese Politik Herdprämie oder Kindergartenausbau ähnelt der Fabel von Buridans Esel: Er konnte sich nicht entscheiden, welchen von den zwei angebotenen Heuhaufen er bevorzugen sollte. Das Ergebnis: Er verhungerte.
- Das Ehegattensplitting ist keine Maßnahme zur Förderung der Geburtenfreudigkeit, da sie auch für Kinderlose gewährt wird.

9 »Die Welt«, 16.02.2013.

- Gegenwärtig wird heftig in der Bundesrepublik diskutiert, ob gleichgeschlechtliche Paare Kinder adoptieren dürfen. Das ist in diesem Zusammenhang ein Problem im Promillebereich. Eigentlich müsste diskutiert werden, wie Bedingungen geschaffen werden, mehr Kinder zu zeugen und diese in Geborgenheit aufzuziehen und nicht, wie Kinder zu verwalten sind.

Zusammengefasst: In der Bundesrepublik herrscht Hilflosigkeit in allen Bereichen beim Versuch, die gegenwärtigen und künftigen demografischen Herausforderungen zu meistern.



CORNELIA HEINTZE

## Demografie und Frauenerwerbstätigkeit – Ein europäischer Vergleich zu unterschiedlichen Mustern von Frauenerwerbstätigkeit in Zeiten des demografischen Wandels<sup>1</sup>

### Demografische Veränderungen – Mythen und Fakten

Veränderungen bei Geburten, bei der Lebenserwartung und dem Saldo aus Ein- und Auswanderung führen zu Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur, damit zu einem Wandel in der Demografie. Ob und welche Art von Herausforderungen daraus erwachsen, hängt von der Art des demografischen Wandels und vom Tempo der Veränderungen ab. Gerne wird der Eindruck erweckt, es handle es sich bei demografischen Befunden um harte Fakten, die zwingende Konsequenzen nach sich ziehen. Tatsächlich jedoch sind Fakten und Mythen eng miteinander verwoben; stehen faktengestützte Prognosen, die mögliche Szenarien abbilden, gegen Prognosen, die bestimmte, mit Machtressourcen ausgestattete Interessen bedienen.

Lassen Sie mich eingangs einige für mein Thema wichtige Facetten demografischer Veränderungen streifen. Unbestritten altert die Bevölkerung in nahezu allen westlich-kapitalistischen Gesellschaften. Wie aus *Abbildung 1* ersichtlich, variieren Ausmaß und Tempo der Veränderungen jedoch stark. Deutschland gehört im innereuropäischen Vergleich zur Gruppe der rasch alternden Gesellschaften.<sup>2</sup> Angeführt wird sie von Italien, Portugal und Griechenland. Die drei genannten Länder hatten Anfang der 80er noch

1 Der Beitrag basiert auf einem Vortrag, den die Verfasserin am 23.05.2013 in Leipzig auf einer dort von der RLS veranstalteten Konferenz »Demografischer Wandel im Spannungsfeld zwischen Globalem und Regionalem« gehalten hat. Nur einige der in dem Vortrag enthaltenen Abbildungen werden übernommen; teilweise auch wurde die Datenbasis aktualisiert.

2 Datenquelle: Eurostat, Datenbestand »Population on 1 January by broad age group and sex [demo\_pjanbroad]« mit update vom 05.10.2012; eigene Auswertung.

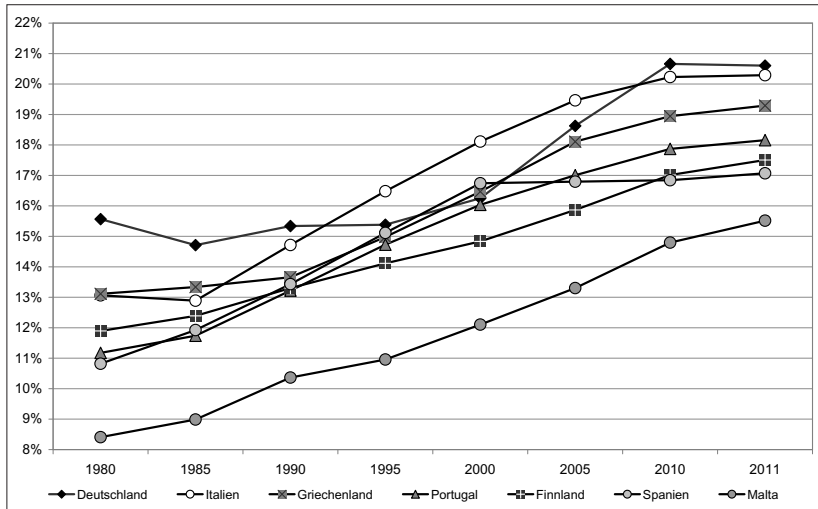
eine vergleichsweise junge Bevölkerung und durchliefen dann einen raschen Alterungsprozess. In der damaligen BRD andererseits waren schon in der ersten Hälfte der 80er Jahre durchschnittlich 15 Prozent der Bevölkerung im Rentenalter. Heute sind es über 20 Prozent, damit ein Drittel mehr, womit Deutschland inner europäisch das am stärksten gealterte Land repräsentiert. Schauen wir am anderen Ende der Skala auf die Länder, in denen der Alterungsprozess eher langsam verläuft, so finden wir hier neben skandinavischen Ländern mit Irland und Großbritannien auch zwei angelsächsische Länder. In Norwegen als Außenposten der Gruppe ist zwar der Anteil Hochaltriger gestiegen, die Gruppe 65+ allerdings erreicht heute keinen höheren Anteil als in den 80er Jahren (Durchschnitt der 80er Jahre: 15,5 Prozent; 2011: 15,1 Prozent). Die meisten mitteleuropäischen Länder (Niederlande, Belgien, Frankreich, Österreich, Tschechien, Schweiz) finden sich in der moderaten Altersgruppe.

Der wesentliche Bestimmungsfaktor für Ausmaß und Tempo der Alterung ist die sogenannte Fertilitäts- resp. Geburtenrate. Sie bezeichnet, wie viele Kinder Frauen im gebärfähigen Alter durchschnittlich zur Welt bringen. Um eine Bevölkerung bei konstanter Lebenserwartung und ausgeglichenem Wanderungssaldo stabil zu halten, bedarf es einer Geburtenrate von etwa 2,1. Steigt die Lebenserwartung und existiert ein positiver Wanderungssaldo, kann die Geburtenrate auch unter den Wert 2,0 sinken, ohne dass die Bevölkerung schrumpft. Bleibt die Geburtenrate allerdings dauerhaft weit unter dem Niveau von 2,0, so wächst auch bei steigender Lebenserwartung tendenziell die Lücke zwischen Geburten und Sterbefällen. Frauen, die in einem Jahrgang nicht geboren wurden, können eben später schon rein theoretisch keine Kinder bekommen. Und wenn über viele Jahre hinweg die Geburtenrate auf einem niedrigen Niveau verharrt, dann schrumpft mit jedem Jahrgang der Pool gebärfähiger Frauen.

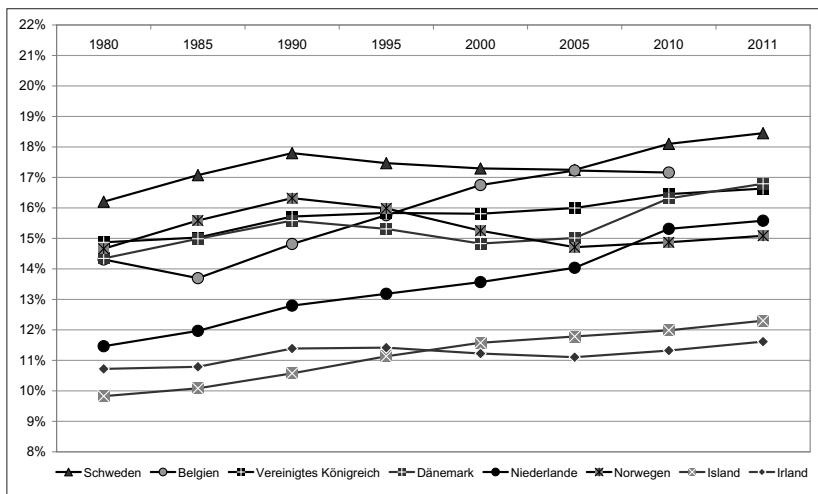
Mit Blick auf die Entwicklung der Geburtenrate können wir die rasch und moderat bis langsam alternden Ländergruppen in Untergruppen aufteilen. Süd- wie osteuropäische Länder z. B. wiesen Anfang der 80er Jahre noch Geburtenraten oberhalb des zur stabilen Reproduktion benötigten Schwellenwertes auf. Während jedoch in den osteuropäischen Ländern erst der Regimewechsel

Abbildung 1: Rasch und moderat bis langsam alternde europäische Gesellschaften: 1980 bis 2011 (Auswahlländer)

a) Rasch alternde Gesellschaften



b) Moderat bis langsam alternde Gesellschaften



Bei Deutschland Bruch in der Serie: BRD (ohne DDR) bis 1990; dann Gesamtdeutschland  
 Quelle: Datenquelle: Eurostat, Datenbestand »Population on 1 January by broad age group and sex [demo\_pjanbroad]« mit update vom 05.10.2012; eigene Auswertung.

nach dem Zusammenbruch des Sowjet-Imperiums die Geburtenraten einstürzen ließ – in der Slowakei z. B. stürzte die Geburtenrate von im Durchschnitt 2,22 in den 80er Jahren auf 1,67 im Durchschnitt der 90er Jahre – nahm dieser Prozess in den peripheren südeuropäischen Ländern bereits in den 80er Jahren Fahrt auf. Deutschland und Italien als die beiden Länder mit der heute ältesten Bevölkerung unterscheiden sich insoweit, als der Geburtenrückgang früher einsetzte, dann aber nicht derartige Tiefstände erreichte wie zeitweise in Süd- und Osteuropa.<sup>3</sup>

Für Deutschland wird als Ergebnis konstant niedriger Geburtenraten ein mehr oder weniger dramatischer Bevölkerungsrückgang prognostiziert. Bei den offerierten Zahlen freilich ist Vorsicht angebracht. Nicht selten sind sie mit politischen Absichten aufgeladen.<sup>4</sup> So liegt es im Interesse des neoliberal geprägten ökonomischen Mainstreams, die Privatisierung der Alterssicherung weiter voranzutreiben und den Beginn der Rentenzahlungen durch eine 70 hinauszuschieben. Auch für das Interesse, den Wohlfahrtsstaat weiter zurückzudrängen, können demografische Argumente in Stellung gebracht werden. Wenn also der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Sondergutachten zur Demografie) mit Blick auf das Jahr 2060 einen Rückgang der Bevölkerung um bis zu 24 Mio. prognostiziert, geht es weniger um realistische Abschätzungen als darum, das Mittel der Dramatisierung einzusetzen, um partielle, aber mächtige Interessen zu bedienen. Da der Bevölkerungsschwund dramatisch und unaufhaltbar sei, bleibe zum Rückbau öffentlicher Infrastruktur und zur Notwendigkeit, länger und mehr zu arbeiten, eben keine Alternative, wird von dieser Seite und einer ganzen Phalanx an Instituten, die dem ökonomischen Mainstream verpflichtet sind, argumentiert. Auch das Statistische Bundesamt erwartet einen deutlichen Bevölkerungsrückgang. In ihrer 12. Bevölkerungsvor-

3 In Osteuropa und den peripheren südeuropäischen Ländern sank die Geburtenrate auf Werte von unter 1,3. In Bulgarien beispielsweise lag die Geburtenrate in der zweiten Hälfte der 90er Jahre bei durchschnittlich 1,18; in Griechenland im Zeitraum von 1996 bis 2005 bei auch nur 1,28. Quelle: Eurostat, Datenbestand »Fruchtbarkeitsziffern [demo\_find]« mit Update vom 04.11.2011.

4 Vgl. Gerd Bosbach, Jens Jürgen Korff: Lügen mit Zahlen. Wie wir mit Statistiken manipuliert werden. München 2012.

ausberechnung<sup>5</sup> untersuchen die Bundesstatistiker unterschiedliche Szenarien. Je nach den unterlegten Annahmen sinkt die Einwohnerzahl bis 2060 unterschiedlich stark. Die als realistisch angesehenen Varianten bewegen sich im Korridor von 12 bis 17 Mio., was einem Bevölkerungsrückgang auf 65 bis 70 Mio. entspricht. Konfrontieren wir die Prognosen mit den Fakten, ist Folgendes festzuhalten: Noch bis zum Jahr 2003 gab es ein leichtes Bevölkerungswachstum und seither einen Rückgang auf das Niveau von Mitte der 90er Jahre.<sup>6</sup> Auf die längere Frist gesehen, ist weniger mit einem dramatischen Bevölkerungsschwund, als mit einer stagnierenden bis leicht rückläufigen Bevölkerung zu rechnen. Regional allerdings droht die Entwicklung stark auseinander zu triften. Wie stark, hängt an der Frage, ob die Politik aktiv gegensteuert oder nicht.

Diente der demografische Wandel zunächst primär als Begründung für Leistungseinschnitte, ist mittlerweile eine gewisse Diskursverschiebung in Richtung der Chancen, die sich eben auch böten, zu registrieren. Zunehmend werden die beiden Argumentationslinien miteinander verknüpft. Wegen des demografisch bedingt schrumpfenden Erwerbspersonenpotentials könne das heutige Wohlstandsniveau nur dadurch erhalten bleiben, dass flexibler und länger gearbeitet werde mit dann auch einem weiteren Anstieg der Lebensarbeitszeit. Dies allerdings sei keine Zumutung, denn schließlich würden wir immer älter und blieben dank des medizinischen Fortschrittes auch immer länger gesund. Wäre richtig, was in der Art einer Tatsachenfeststellung behauptet wird, dass die Menschen dank der Segnungen des medizinischen Fortschrittes nicht nur alle älter werden, sondern dabei auch län-

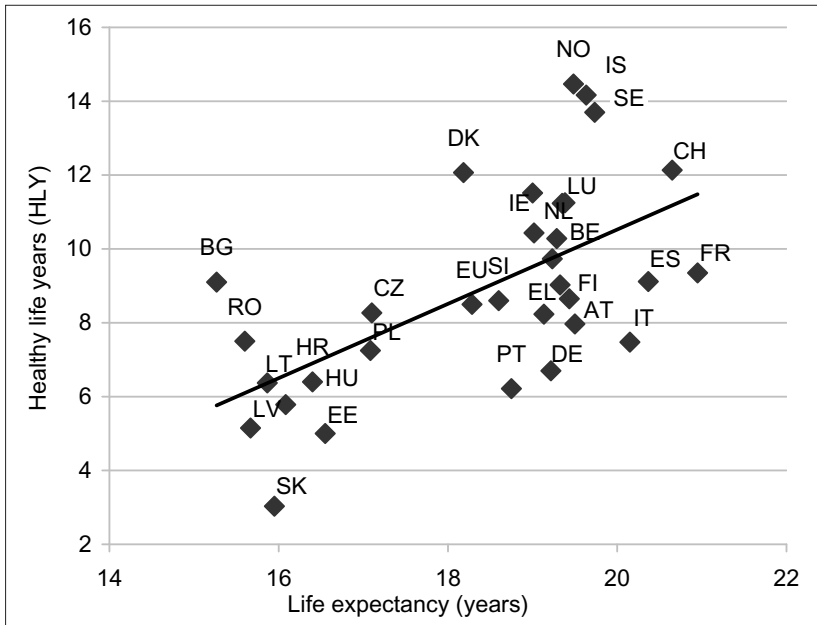
5 Destatis: Bevölkerung Deutschlands bis 2060. Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2009.

6 Nach dem Anschluss des Gebietes der ehemaligen DDR zählte Deutschland knapp 80 Mio. Einwohner (1991: 79.753.227). Bis 2003 erfolgte ein Zuwachs auf 82,5 Mio. und dann ein Rückgang auf 81,752 Mio. im Jahr 2011, gefolgt von einem wanderungsbedingt neuerlichen leichten Anstieg auf 81,844 zum 1. Januar 2012. Diese von Eurostat publizierten Daten (Population on 1 January by broad age group and sex [demo\_pjanbroad]; update 05.10.2012) basieren allerdings nicht auf laufenden Totalerhebungen, sondern auf mit Fehlern behafteten Datenfortschreibungen. Die Ergebnisse der jüngsten Volkszählung – auch hier wurde von einer Totalerhebung abgesehen –, sind darin noch nicht berücksichtigt.



ger gesund bleiben, könnten für einen späteren Eintritt ins Rentenalter in der Tat gute Gründe ins Feld geführt werden. Für die Frage, ob eine alternde Gesellschaft primär mit Lasten verbunden ist oder als Gewinn verbucht werden kann, ist nämlich entscheidend, ob *erstens* die Anzahl der Jahre, die Menschen gesund bleiben, stärker wächst als sich ihre Lebensspanne ausweitet und ob *zweitens* alle Bevölkerungsgruppen annähernd gleichmäßig vom Trend zum gesunden Altern profitieren. Auch hier jedoch vermi-

Abbildung 2: Lebenserwartung und Erwartung auf gesunde Lebensjahre der im Zeitraum 2008 – 2010 65-jährigen Bevölkerung in Europa



Legende: AT = Österreich; BE = Belgien; BG = Bulgarien; CH = Schweiz; CZ = Tschechische Republik; DK = Dänemark; DE = Deutschland; EE = Estland; EL = Griechenland; EU = EU27; FI = Finnland; IE = Irland; ES = Spanien; FR = Frankreich; HU = Ungarn; HR = Kroatien; IS = Island; IT = Italien; LV = Lettland; LT = Litauen; LU = Luxemburg; NL = Niederlande; NO = Norwegen; PL = Polen; PT = Portugal; RO = Rumänien; SE = Schweden; SI = Slowenien; SK = Slowakei

Quelle: OECD, Health Data 2012 (Update vom 24.10.2012); eigene Darstellung.

schen sich Mythen mit dem, was tatsächlich passiert. Wohl gilt, dass diejenigen, die in den letzten zehn Jahren gestorben sind, im Schnitt älter wurden als diejenigen, die während der vorangegangenen Dekade verstorben sind. Wer jedoch arm ist, stirbt heute eher früher und vom Trend zum gesunden Altwerden ist ein wachsender Teil der Bevölkerung abgekoppelt. Der Gap bei der Lebenserwartung zwischen oberen und unteren Einkommensgruppen ist gegenüber den 80er Jahren gewachsen und auch um das gesunde Altern ist es heute schlechter gestellt als um die Jahrhundertwende. Im Jahr 2000 schnitt Deutschland beim Gesundaltern besser ab als Dänemark und deutlich besser als Finnland. Mit der Agenda-10-Politik jedoch ging ein Trendbruch einher. Deutschland fiel auf ein tieferes Entwicklungsniveau zurück. *Abbildung 2* zeigt den Zusammenhang für 28 europäische Länder und den EU27-Durchschnitt im Zeitraum 2008 bis 2010. Eingezeichnet in die *Abbildung* habe ich die Linie, auf der sich Deutschland bis 2003 bewegte. Die Daten liefern Anhaltspunkte dafür, dass die gewachsene soziale Ungleichheit ihren Tribut dahingehend fordert, dass nun mit der Lebenserwartung nicht mehr der Anteil gesunder, sondern der Anteil multimorbider Lebensjahre überproportional wächst. Vorrangig in den skandinavischen Ländern stellt sich dies anders dar. In Norwegen, Island und Schweden ist die Lebenserwartung nicht wesentlich höher als in Deutschland, in Dänemark sogar niedriger. Wer jedoch im Zeitraum 2008 bis 2010 65 Jahre alt wurde, konnte im Durchschnitt der vier Länder noch auf 13,6 gesunde Lebensjahre zählen gegenüber nur 6,7 Jahre in Deutschland. Für eine Anhebung des regulären Renteneintrittalters auf 67 Jahre und mehr gibt es ergo in den skandinavischen Ländern gesundheitspolitisch eine ganz andere Begründungslage als in Deutschland.

Da die Anpassung an eine alternde Gesellschaft des längeren Lebens eines der Argumente ist, mit dem die herrschende Politik wohlfahrtsstaatliche Rückbauten begründet wird, ist von Interesse, welche Faktoren in der Vergangenheit die Haupttreiber hinter dem Anstieg der Lebenserwartung waren. Ist der Effekt wirklich primär dem medizinischen Fortschritt geschuldet? Erneut stoßen wir auf einen Mythos. Wenig bekannt ist nämlich, dass die Zunahme der durchschnittlichen Lebenserwartung schon weit vor

der Entwicklung der modernen Medizin einsetzte. Weiland zitiert eine international vergleichende Studie, die die Entwicklung über 160 Jahre untersuchte und dabei zu dem erstaunlichen Ergebnis kam, dass die großen medizinischen Durchbrüche keine markanten Auswirkungen auf die Entwicklung der Lebenserwartung hatten.<sup>7</sup> In den Ländern mit den jeweils besten Werten nahm die Lebenserwartung pro Dekade ziemlich konstant um 2,3 Jahre zu. Hier gelang es, die für Fortschritte nutzbaren Potentiale auszuschöpfen. Der medizinische Fortschritt erwies sich als nur ein Faktor unter anderen. Nicht weniger bedeutsam war die Verbesserung der sozialen Lebensbedingungen. Die Abschaffung der Kinderarbeit, die Verkürzung der Arbeitszeit, die Verbesserung der Wohnverhältnisse und die Entwicklung von Systemen sozialer Sicherung sind wichtige Stichworte. Auch die Steigerung des Bildungsniveaus wirkt positiv auf die Lebenserwartung. Wenn für die Entwicklung seit Mitte des 19. Jahrhunderts galt, dass es die sozialen Lebensbedingungen der breiten Masse der Bevölkerung waren, deren laufende Verbesserung Gesundheit und ein langes Leben ermöglichten, so ist kaum zu erwarten, dass der Trend zu steigender Lebenserwartung anhält, wenn durch die Rückkehr von Armut und sozialer Verunsicherung wesentliche Faktoren, auf denen der bisherige Trend gründete, zwar nicht ganz wegbrechen, aber mehr oder weniger zerbröseln.

### Wie Geburtenrate, Frauenerwerbstätigkeit und öffentliche Care-Infrastruktur zusammenhängen

Der breite internationale Vergleich hält zum Zusammenhang von Geburtenrate und Frauenerwerbstätigkeit folgende Erkenntnis bereit: In ökonomisch und sozial wenig entwickelten, stark patriarchalisch geprägten Gesellschaften ist die Frauenerwerbstätigkeit sehr niedrig und die Geburtenrate umgekehrt sehr hoch. Demografischer Druck resultiert hier aus ungebremstem Bevölkerungswachstum und nicht aus der raschen Alterung der Gesellschaft. In ökonomisch höher entwickelten Gesellschaften kippt das Muster.

<sup>7</sup> Stephan Weiland et al.: Zunahme der Lebenserwartung. Größenordnung, Determinante, Perspektiven. In: Deutsches Ärzteblatt. Jg. 103. H. 16. 21. April 2006. S.1072ff.

Niedrige Geburtenraten korrelieren nun mit niedrigen Frauenbeschäftigungsquoten.<sup>8</sup>

Besonders stark geht die Geburtenrate dort zurück und steigt in der Konsequenz der Anteil Älterer überproportional, wo die Gesellschaft offen oder verdeckt auf traditionelle Geschlechterrollen hin orientiert bleibt und die vollwertige Integration von Frauen in das Erwerbssystem mehr behindert als gefördert wird.

Bei der Frauenerwerbstätigkeit<sup>9</sup> liegen im europäischen Vergleich Island, Norwegen und Schweden mit Werten von im Durchschnitt der Jahre 2002 bis 2012 76 (Schweden) bis 80 Prozent (Island) an der Spitze.<sup>10</sup>

Es folgen die Schweiz, Dänemark und Finnland mit Beschäftigungsquoten von noch deutlich über 70 Prozent. Von der Schweiz abgesehen, weisen die genannten Länder Geburtenraten nahe an der Reproduktionsschwelle auf. Am anderen Ende der Skala trägt Malta die rote Laterne mit einer Frauenbeschäftigungsquote von weniger als 40 Prozent. Es folgen Italien, Griechenland, Kroatien, Spanien und Polen. Diese sechs Schlusslichtländer sind gegenläufig zu konservativen Familienleitbildern gerade nicht durch hohe, sondern durch niedrige Geburtenraten geprägt. Auf die in der Konsequenz rasche Alterung (siehe in *Abbildung 1a* die Entwicklung bei Malta) sei verwiesen.

Nach Köpfen bewegen sich die Beschäftigungsquoten von Männern und Frauen aufeinander zu. Lag der geschlechtsspezifische Unterschied zu Beginn dieses Jahrhunderts lediglich in den fünf nordisch-skandinavischen Ländern im einstelligen Bereich, sind mittlerweile weitere Länder wie Slowenien, Portugal und Frankreich dazugekommen. In den anderen Ländern wurde die

8 Die Korrelation aus Frauenbeschäftigungsquote und Geburtenrate im Durchschnitt der Jahre 1999 bis 2010 (23 EU-Mitgliedsländer plus Island und Norwegen) beträgt 0,65 und das Bestimmtheitsmaß 0,427. Gut 40 Prozent der Varianz bei der Geburtenrate wird von der Höhe der Frauenerwerbstätigkeit bestimmt; der Befund ist signifikant zum Niveau  $<0,01$ . Die Regressionsanalyse führt zu dem P-Wert 0,00126766. Bei diesem P-Wert ist die Wahrscheinlichkeit eines rein zufälligen Zusammenhangs so klein, dass die ermittelten Korrelationswerte inhaltlich interpretiert werden können.

9 Beschäftigungsquote von Frauen im Alter von 20 bis 64 Jahren.

10 Quelle: Eurostat »Erwerbstätigkeit (hauptsächliche Angabe und Quote) - Jahresdurchschnitte [lfsi\_emp\_a]«, Update vom 10.07.2013.

Lücke zumindest kleiner. In Mitteleuropa etwa wiesen 1996 die meisten Länder Geschlechterlücken von wenig unter oder mehr als 20 Prozentpunkten auf (Belgien: 23,8; Niederlande: 22,3; Schweiz: 21; Österreich: 19,2; Deutschland: 18,3); 2012 liegen die Lücken nur noch halb so hoch (Belgien: 11; Niederlande: 10,6; Schweiz: 11,9; Österreich: 10,6; Deutschland: 10,3) Auch in der Schlusslichtgruppe hat sich die Lücke vermindert bis halbiert, in Griechenland etwa von 37,9 Prozentpunkten auf 20,1 Prozentpunkte.

Vordergründig drückt sich im Anstieg der Frauenbeschäftigungsquote bei gleichzeitigem Rückgang des Gender-Gaps eine Egalisierung der Geschlechterverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt aus. Tatsächlich jedoch verbergen sich hinter einer hohen Frauenbeschäftigungsquote und einem verminderter Gender-Gap sehr unterschiedliche Prozesse. So kann Deutschland mit einer Frauenbeschäftigungsquote aufwarten, die 2011/2012 den Schwellenwert von 70 Prozent überschritten hat und damit nahe an skandinavische Werte herangerückt ist. Wie die bei Heintze entfalteten empirischen Daten<sup>11</sup> zeigen, trübt sich die mit Blick auf das reine Jobwachstum erfreuliche Bilanz jedoch merklich ein, sobald der zeitliche Umfang der Erwerbsintegration, die erzielten Einkommen, der Erwerbsverlauf und das erreichte Niveau sozialer Absicherung beleuchtet werden. Auch die nordisch-skandinavischen Vorreiterländer sind bei solch umfänglicher Betrachtung noch ein gutes Stück von echter Gleichstellung entfernt. Immerhin aber gibt es dort Fortschritte nicht nur vor der Kulisse, sondern auch dahinter, was sich in Deutschland, in den Niederlanden wie auch im Vereinigten Königreich etwas anders darstellt. Gemessen nicht nach Köpfen, sondern nach Vollzeitäquivalenten, entpuppt sich in diesen Ländern der vermeintliche Fortschritt als unecht. In Deutschland etwa lag die vollzeitäquivalente Frauenerwerbstätigkeit 2009 um 21,5 Prozent unter der der Männer. Im EU27-Durchschnitt waren es geringere 18,4 Prozent und im nordeuropäischen Durchschnitt gar »nur« 8,5 Prozent. *»Die erhöhte Frauenerwerbstätigkeit ist also mit einer Umverteilung der Erwerbsarbeit unter*

11 Cornelia Heintze: Mehr als ein Problem von Berufswahl und arbeitsmarktpolitischer Fehlanreize. In: Mechthild Jansen, Angelika Röming, Marianne Rohde (Hrsg.): Frauen, Männer, Zukunft. Ein Genderhandbuch. Verlag Olzog 2013. S. 62ff.

*Frauen einhergegangen. So hat sich das auf Frauen entfallende gesellschaftliche Volumen an Erwerbsarbeitsstunden kaum verändert; es verteilt sich heute lediglich auf mehr (weibliche) Schultern», lautet der ernüchternde Befund.<sup>12</sup>*

Hohe Frauen-Beschäftigungsquoten und ein stark gesunkener Gender-GAP bei der Erwerbsbeteiligung sind also nicht mehr als ein erstes Indiz für Fortschritte bei der Erwerbsintegration von Frauen. Sofern keine Annäherung auch der Arbeitszeitmuster von Frauen und Männern erfolgt, diese im Gegenteil auseinander trift, weil das Job-Wachstum der Frauen stark von prekären Beschäftigungsverhältnissen mit nur geringem zeitlichem Umfang getragen wird und auch die Verdienstunterschiede hoch bleiben, ist eher von einer Reproduktion geschlechtsspezifischer Ungleichheiten als von deren nachhaltigem Abbau auszugehen. Was aber sind die Linien, nach denen sich ökonomisch hoch entwickelte Länder auf den verschiedenen Dimensionen sortieren? Meine These geht dahin, dass die wohlfahrtsstaatlichen Leitplanken den Kompass bilden, eine strenge Pfadabhängigkeit aber nicht existiert. Als kritisch für die Frage, ob die Gleichstellung der Geschlechter im Beschäftigungssystem politisch wirksam unterstützt wird oder nicht, erweist sich Folgendes:

1. Werden Strukturen und Regelungen, die Frauen in geringfügiger Beschäftigung und damit in männlicher und/oder familiärer Abhängigkeit halten, im Steuerrecht und bei den geldlichen Transfersystemen konsequent abgebaut?
2. Erfolgt eine politisch gesteuerte Professionalisierung der Care-Arbeit über die Schaffung einer Infrastruktur von Dienstleistern, die für die Übernahme von Kinderbetreuungs- und/oder Altenbetreuungsleistungen zur Verfügung steht, so dass Frauen, die erwerbstätig sein wollen, nicht durch häusliche Sorge-Pflichten implizit oder explizit daran gehindert werden?
3. Wie sind, falls eine De-Familialisierung der Care-Arbeit erfolgt, die Verantwortlichkeiten geregelt und sind sie überhaupt poli-

<sup>12</sup> Ute Klammer et al.: Neue Wege – gleiche Chancen. Gutachten der Sachverständigenkommission an das BMFSFJ für den Ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung. Essen 2011. S. 91f.

tisch geregelt? Wer konkret folgt auf die Familie resp. den Familienclan als der in traditionalistischen Gesellschaften primär zuständige Instanz? Geht die primäre Zuständigkeit (Finanzierung, Organisation, Leistungserbringung) an den Staat über oder folgt auf Familie der Markt oder auch ein Arrangement irgendwie dazwischen?

Nach Saraceno/Keck<sup>15</sup> ist in Ländern mit einem hohen Grad an Familialisierung die normative Verpflichtung, Care-Arbeit in der Familie stattfinden zu lassen hoch und es besteht zwischen den Geschlechtern eine stark traditionalistische Aufgabenverteilung. In Ländern mit einem hohen Grad an De-Familialisierung wird es umgekehrt zur Norm, Angebote zur Fremdbetreuung zu nutzen, was den Abbau geschlechtsspezifischer Aufgabenverteilungen begünstigt. Einerseits sind zwischen Familialisierung und De-Familialisierung sehr unterschiedliche Arrangements möglich. Andererseits jedoch sind beliebige Arrangements nicht zu erwarten. So ist ein hoher Grad an De-Familialisierung nur dort zu erwarten, wo der Abbau behindernder Strukturen im Steuer-, Familien- und Arbeitsrecht und der Aufbau einer flächendeckenden Infrastruktur der Pflege- und Betreuung gleichermaßen von Kindern und Jugendlichen wie von älteren Menschen gleichgerichtet ineinander greifen. Dies zu erreichen, setzt starke staatliche Institutionen und einen ausgeprägten politischen Gestaltungswillen voraus. Mit Marktlösungen verträgt sich dies nicht. Arrangements, bei denen staatlich gefördert auf die Familie der Markt folgt, werden, selbst wenn behindernde rechtliche Regelungen konsequent abgebaut wurden, nur im Mittelfeld landen, da das, was Marktakteure anbieten, sich nicht an der hinsichtlich Quantität und Qualität gleichmäßigen Erfüllung eines gesellschaftlichen Bedarfs, sondern an den Möglichkeiten, Gewinne zu machen, orientiert. Ressourcenarme Bevölkerungsteile, denen es an Geld, an Kenntnissen zum Marktgeschehen, an Durchsetzungskraft aufgrund besonderer Beziehungen usw. mangelt, bleiben auf der Strecke.

<sup>15</sup> Chiara Saraceno, Wolfgang Keck: Can We Identify Intergenerational Policy Regimes in Europa? In: *European societies* 12(5). 2010. S. 675-696.

Auf den europäischen Raum bezogen, bilden einerseits die fünf nordisch-skandinavischen Länder und andererseits die süd- und osteuropäischen Länder relativ klar konturierte Cluster. Die südeuropäischen Länder sind durch einen mittleren bis hohen Grad an Familialisierung geprägt. Einzelne südeuropäische Länder wie Spanien und Portugal haben im Steuerrecht zwar, so wie skandinavische Länder schon vor Jahrzehnten, den Übergang zur Individualbesteuerung vollzogen, was sich positiv auf das Arbeitsangebot von Frauen auswirkt,<sup>14</sup> aber beim Aufbau einer verlässlichen Infrastruktur insbesondere der Altenpflege und der Schaffung genügender Arbeitsplätze hakt es. Die osteuropäischen Länder andererseits hatten in der real-sozialistischen Phase ein hohes Niveau der De-Familialisierung mit in der Konsequenz guter Integration der Frauen ins Erwerbsleben bei gleichzeitig hohen Geburtenraten erreicht. Diese Fortschritte gingen mit dem Zusammenbruch der UdSSR und der folgenden kapitalistischen Transformation jedoch fast durchweg verloren, was den Frauen ein Stück ihrer bisherigen Lebensqualität raubte.<sup>15</sup> Die Geschlechterverhältnisse wurden retraditionalisiert; die Geburtenraten fielen in den Keller und blieben auch in der Folge im niedrigen Bereich.

Konträr positionieren sich die fünf nordisch-skandinavischen Länder. Sie allein haben explizit de-familialisierte Gesellschaften ausgeprägt. Strukturen, durch die Frauen in geringfügige Beschäftigung gedrängt und ökonomisch in der Abhängigkeit von ihrer Familie gehalten werden, wie etwa die gemeinschaftliche steuerliche Veranlagung von Ehepaaren oder familiär-wechselseitige Unterhaltsverpflichtungen, wurden abgeschafft und Care-Regime aufgebaut, die die gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf über die gesamte Erwerbsphase hinweg ermöglichen. Gleichermäßen bei der Kinderbetreuung wie der Altenbetreuung wird der Staat (konkret: die Kommunen) als primär zuständige Instanz

14 Auch Teile der konservativ-kontinentaleuropäischen Länder wie die Niederlande und Österreich haben das Ehegatten-Splitting abgeschafft. Näheres siehe »Gleichstellung – Ehegatten-Splitting macht Erwerbsarbeit für Frauen unattraktiv«. In: Böckler-Impuls Nr. 19/2011.

15 Eva Fodor: Geschlechterbeziehungen im (Post-)Sozialismus. 2011. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) 37-38, S. 30 – 37.



betrachtet. Er sichert nicht nur die Finanzierung einer qualitativ hochstehenden außer-familiären Betreuung, sondern erbringt über kommunale Dienste die Care-Leistungen, die von Individuen aus ihrem individuellen Bedarf heraus nachgefragt werden, auch ganz überwiegend selbst. Mit im Detail problematischen Effekten erfolgte zwar eine Öffnung des steuerfinanzierten kommunalen Care-Sektors für privat-gewerbliche Anbieter und Familienangehörige können sich selbstredend auch für die Eigenerbringung von Leistungen entscheiden. Von einzelnen Regionen in vorrangig Süd- und Mittelschweden abgesehen, befindet sich die Carekette von der Betreuung kleiner Kinder über die schulbegleitende Betreuung bis zur Altenbetreuung jedoch weiterhin ganz überwiegend in kommunaler Hand.<sup>16</sup>

Zwischen den explizit de-familialisierten resp. servicebasierten skandinavischen Gesellschaften und den explizit familialisierten resp. familienbasierten Ländern in Süd- und Osteuropa liegen die angelsächsischen und die meisten mitteleuropäischen Länder; auch einzelne südeuropäische Länder wie Portugal und Zypern sind dem Mittelfeld zuzuordnen. Slowenien bildet einen nicht klar zuzuordnenden Sonderfall. Vielfach unbemerkt hat die ehemalige jugoslawische Teilrepublik Fortschritte aus der kommunistischen Phase in die neue Zeit hinübergerettet. Es gab – bislang zumindest – kaum Privatisierungen und auch keine Re-Traditionalisierung der Geschlechterverhältnisse. Der Sonderweg zahlt sich für die Frauen aus. Bei einer Reihe von Indikatoren bewegt sich Slowenien im skandinavischen Feld, schneidet also weit besser ab als andere mitteleuropäische Länder, von den anderen postkommun-

16 Siehe: Cornelia Heintze: Auf der Highroad – der skandinavische Weg zu einem zeitgemäßen Pflegesystem. Ein Vergleich zwischen fünf nordischen Ländern und Deutschland. Expertise im Auftrag des Forums Politik und Gesellschaft und der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung. Kurzfassung in: *Wiso-Diskurs* (Juli 2012). Bonn; und: Cornelia Heintze: *Die Straße des Erfolgs: Rahmenbedingungen, Umfang und Finanzierung kommunaler Dienste im deutsch-skandinavischen Vergleich*. Marburg 2013.

nistischen und postjugoslawischen Ländern ganz zu schweigen.<sup>17</sup> Die Sonderentwicklung bestätigt sich auch mit Blick auf weitere Indikatoren wie z. B. das vergleichsweise gute Abschneiden bei der Erwartung guter Lebensjahre (*siehe in Abb. 2*) und kann als Beleg dafür genommen werden, dass strenge Pfadabhängigkeiten nicht existieren.

Die Länder des Mittelfelds repräsentieren keine durch gemeinsame Strukturmerkmale geprägte Gruppe. Sie kombinieren familialistische und de-familialistische Merkmale in je unterschiedlicher Weise und Ausprägung. Deutschland etwa hält hartnäckig an einem Steuerrecht fest, das keineswegs neutral ist<sup>18</sup>, sondern über das sogenannte Ehegatten-Splitting<sup>19</sup> und die steuerliche Privile-

17 So liegt der Anteil von U3-Kindern, die nach Vollzeitäquivalenten außerfamiliär betreut werden, bei 40 Prozent (2008); die anderen postkommunistischen Länder erreichen im Schnitt nur knapp ein Drittel dieses Niveaus. Mütter sind in der Folge in ähnlicher Weise erwerbstätig wie im skandinavischen Raum. Frauen mit zwei Kindern waren 2009 zu 85,5 Prozent erwerbstätig; in anderen postkommunistischen Ländern waren es im Schnitt weniger als 60 Prozent und in Deutschland knapp 70 Prozent. Besonders fortschrittlich präsentiert sich Slowenien beim geschlechtsspezifischen Verdienstrückstand. Es existiert so gut wie keiner. Nachdem Frauen 2009 leicht mehr verdienen als Männer, liegen die durchschnittlichen Frauenlöhne 2011 um 2,3 Prozent unter denen der Männer. In den anderen mitteleuropäischen Ländern ist der Verdienstunterschied vielfach so hoch. Unter den Ländern der Mittelgruppe kann man Slowenien den höchsten Grad an De-Familialisierung und das geringste Niveau an Geschlechterdiskrepanzen zusprechen. Datenquellen: Eurostat, Tab. »Geschlechtsspezifischer Lohnunterschied ohne Anpassungen [tsdsc340]«, update vom 28.02.2013 und Datenbestand »Beschäftigung (hauptsächliche Angabe und Quote) – Jahresdurchschnitte [lfsi\_emp\_a]« mit update vom 10.07.2013; OECD, Family Database, Indikatoren »PF5.2.B: Full-time equivalent participation rates for children under 3 years old« und »LMF1.2.C: Maternal employment rates by number of children 2009«.

18 Siehe etwa: Ute Sacksofsky: Einfluss des Steuerrechts auf die Berufstätigkeit von Müttern. In: Christine Hohmann-Dennhardt, Marita Körner, Reingard Zimmer (Hrsg.) 2010: Geschlechtergerechtigkeit, Baden-Baden 2010.

19 1958 hat der Deutsche Bundestag die aus der Weimarer Republik stammende sog. Haushaltsbesteuerung durch das Ehegattensplitting ersetzt. Ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts hatte in der Kombination von Zusammenveranlagung und Steuerprogression eine gegen Artikel 6 des Grundgesetzes (Schutz der Ehe) verstoßende Benachteiligung von Ehepaaren gesehen. Das Gericht regte eine Individualbesteuerung an, also eine komplette Abschaffung der Zusammenveranlagung, wie sie zwischenzeitlich in den meisten europäischen Ländern realisiert ist. Der Gesetzgeber entschied sich jedoch für das Ehegattensplitting.

gierung der Minijobs<sup>20</sup> weibliche Erwerbsformen begünstigt, die lediglich auf einen Zuverdienst hin angelegt sind. Auch um den Aufbau quantitativ ausreichender und qualitativ guter Care-Strukturen ist es schlecht bestellt. Lediglich bei der Kinderbetreuung, nicht aber bei der Pflege und sozialen Betreuung älterer Menschen ist ein Prozess der De-Familialisierung in Gang gekommen. Anders als in den skandinavischen Ländern zielt er aber gerade nicht auf die Schaffung einer qualitativ hochwertigen öffentlichen Infrastruktur mit hoher Professionalität und guten Arbeitsbedingungen für die dort überwiegend weiblich Beschäftigten. Einerseits wurde für die Betreuung von Kindern unter drei Jahren Kinder (U3-Kinder) ein ab dem 1. August 2013 wirksamer Rechtsanspruch geschaffen;<sup>21</sup> nur so wurde genügend Druck aufgebaut, um in den rückständigen westlichen Bundesländern überhaupt Bewegung in die Sache zu bringen. Andererseits wird bei der Realisierung des Rechtsanspruchs eine nachfragedämpfende Linie verfolgt. So hätte man gar nicht in Richtung Skandinavien blicken müssen, um zu erkennen, dass kulturübergreifend dort, wo ausreichende Angebote geschaffen werden, die Nachfrage schnell anzieht. 2008, damit im Jahr der Schaffung des Rechtsanspruchs, wurden im benachbarten Belgien in Vollzeitäquivalenten gerechnet beispielsweise bereits 47 Prozent der Kindern unter drei Jahren außerfamiliär betreut, im katholisch geprägten Portugal gar 60 Prozent und im griechischen Teil von Zypern immerhin noch 38 Prozent (Deutschland: 14 Prozent).<sup>22</sup> Mit einer Betreuungsquote von bundesweit nur 35 Prozent zu kalkulieren und den Rechtsanspruch auf einen Halbtagsplatz zu beschränken, beinhaltet eine bewusste Unterschätzung des Bedarfs. Hochtrabende Ankündigungen von der echten Wahlfreiheit, die geschaffen werden soll, und der Realisierung einer Trias aus Betreuung, Erziehung und früher Bildung, um die es gehe, stehen in einem krassen Widerspruch zu

20 Zur Falle der »Minijobs« siehe das Schwerpunktheft der WSI-Mitteilungen von 1/2012.

21 »Gesetz zur Förderung von Kindern unter drei Jahren in Tageseinrichtungen und in der Kindertagespflege« (Kinderförderungsgesetz – KiföG) vom 10. Dezember 2008 – es trat zum 1. Januar 2009 in Kraft.

22 Quelle: OECD, Family Database, Indikator »PF3.2.B: Full-time equivalent participation rates for children under 3 years old«.

den schmalen finanziellen Ressourcen, die bereit gestellt wurden<sup>23</sup> und der kaum erfolgten Aufwertung des ErzieherInnenberufs. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Fakt ist aber: Es dient der Geringhaltung öffentlicher Ausgaben und der Abwehr potentieller Nachfrage, wenn die Öffnungszeiten am Bedarf vollzeiterwerbstätiger oder Schichtdienst leistender Eltern vorbeigehen, die Anfahrtswege zu lang sind, die Personalschlüssel hinter guten pädagogischen Standards zurück bleiben und ein Teil der Erzieher-Stellen aufgrund des Fachkräftemangels gar nicht besetzt werden kann mit dann dem Notbehelf, mal auf die Schnelle kurz angelehrte Kräfte einzustellen. Dass damit gute Qualitäten die Ausnahme bleiben, der Ausbau von Quantität umgekehrt mit Qualität bezahlt wird, nimmt die Politik billigend in Kauf.<sup>24</sup> Immerhin, bei der Kinderbetreuung kam ein Prozess der De-Familialisierung in Gang, der binnen weniger Jahre zu einer erheblichen Steigerung der Akzeptanz formaler Betreuung auch von U3-Kindern führte. Gleiches gilt für die Altenbetreuung gerade nicht. Nach wie vor fungieren Angehörige – meist handelt es sich um Töchter oder Schwiegertöchter – als primärer, für den Staat billiger Pflegedienst. In anderen, dem konservativ-familienbasierten Typ von Wohlfahrtsstaat zuzuordnenden mitteleuropäischen Ländern, kam demgegenüber auch bei der Altenpflege ein Prozess der De-Familialisierung in Gang. Die Niederlande, Belgien und mit gewissen Abstrichen auch Frankreich sind zu nennen. In diesen Ländern liegen die öffentli-

23 Die Finanzierung des Ausbaus regelt das Kinderbetreuungsfinanzierungsgesetz. Ihm wurde eine Kalkulation unterlegt, wonach nur 12 Mrd. Euro benötigt werden, um binnen fünf Jahren den Ausbau zu stemmen. Mit Blick darauf, dass Länder mit bereits gutem Ausbaustand vergleichbar hohe Summen (bemessen an ihrer Wirtschaftskraft) Jahr für Jahr investieren, wird deutlich, dass die Schaffung und Unterhaltung einer guten Infrastruktur gar nicht das Ziel ist.

24 Dabei war es schon vor dem laufenden Ausbau um die Qualität nicht gut bestellt. Die im Auftrag des Bundesfamilienministeriums erarbeitete »Nationale Untersuchung Bildung, Betreuung und Erziehung in der frühen Kindheit – NUBBEK« (vgl. Wolfgang Tietze et al. (Hrsg.): NUBBEK – Nationale Untersuchung zur Bildung, Betreuung und Erziehung in der frühen Kindheit. Fragestellung und Ergebnisse im Überblick, Berlin 2012) kommt zu dem Ergebnis, dass die Qualität im Schnitt nur mittelmäßig ist und sich gegenüber den 90er Jahren auch nicht verbessert hat. Weniger als zehn Prozent der außerfamiliären Betreuungssettings erreichen eine gute pädagogische Qualität, deutlich mehr als zehn Prozent eine nur unzureichende Qualität. Die beim rein quantitativen Ausbau verfolgte Linie verschärft das Qualitätsproblem.

chen Ausgaben für die Langfristpflege der älteren Bürger und Bürgerinnen bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt vielfach so hoch wie in Deutschland (OECD 2011). In der Gesamtschau präsentiert sich Deutschland folglich als ein Land, bei dem die familialistischen Merkmale überwiegen und Prozesse der De-Familialisierung teils gar nicht in Gang kommen – siehe das Steuerrecht – und teils von der herrschenden Politik gleichzeitig befördert und ausgebremst werden. Widersprüchliche Anreizstrukturen, wie sie im Gleichstellungsgutachten beklagt werden<sup>25</sup>, sind Teil der Logik dieser Art von Politik. Sie will familien- und gleichstellungspolitisch die Ziele, die sie proklamiert, gar nicht erreichen, es aber auch nicht zugeben.

### Arbeitszeitregime, Erwerbsmuster im Lebenslauf und die Persistenz struktureller Lohndiskriminierung: Der Wohlfahrtsstaat macht den Unterschied

An einer Stelle waren sich die Mitglieder der beim Deutschen Bundestag 2011 eingerichteten Enquetekommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität« einig: »Die Erwerbsquote von Frauen soll nicht zuletzt wegen des demographischen Wandels und der damit verbundenen Reduzierung der Zahl von Arbeitskräften ausgebaut werden« befand die Kommission einstimmig. Und gefördert werden soll die Frauenerwerbstätigkeit auch durch den »Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuung.«<sup>26</sup> Bei der Motivlage dahinter und der wirtschaftspolitischen Einbettung trennen sich die Wege freilich. Während es der von den Regierungsfractionen gestellten Mehrheit vor allem darum geht, die Frauen als Reservearmee des Arbeitsmarktes in Stellung zu bringen, formulierte die Minderheit auch ein gleichstellungsbezogenes Anliegen. So soll die Verteilung der Arbeitszeit zwischen Männern und Frauen egalitärer und gute Arbeit befördert werden. Aufgegriffen wird damit zweierlei.

25 Vgl. Ute Klammer et al.: Neue Wege – gleiche Chancen. Gutachten der Sachverständigenkommission an das BMFSFJ für den Ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung. Essen 2011.

26 Zitiert nach: hib – heute im bundestag Nr. 15 vom 19. März 2013.

*Erstens* haben sich die Arbeitszeitwünsche von Männern und Frauen – dies ergeben Befragungen – in Europa insgesamt angenähert. Frauen wie Männer wünschen heute eine vollwertige Beteiligung am Erwerbsleben in Form von kurzer Vollzeit- oder langer Teilzeitarbeit<sup>27</sup>. Konkret wünschen sich Frauen Arbeitszeiten zwischen 25 und 35 Stunden; bei den Männern ist es etwas mehr. *Zweitens* hat eine Politik des rein quantitativen Job-Wachstums dazu geführt, dass der Anteil von Geringverdienern in Deutschland höher ist als in fast allen anderen europäischen Ländern; annähernd zehnmal so hoch etwa wie in Schweden. Von dieser Fehlentwicklung sind Frauen besonders betroffen; sie stellen das Gros der Geringverdiener.

Aufgrund der obigen Überlegungen zum Zusammenhang von Frauenerwerbstätigkeit und De-Familialisierung ist zu erwarten, dass Länder mit einer gut ausgebauten öffentlichen Care-Infrastruktur den Arbeitszeitwünschen von Frauen (und Männern) am besten gerecht werden und bei der Angleichung der Erwerbsmuster auch in der Gesamtbilanz vorn liegen. Hintergrund: Die Schaffung hochstehender öffentlicher Care-Angebote ist identisch mit der Schaffung von Arbeitsplätzen und die Tätigkeit auf diesen Arbeitsplätzen beinhaltet Dienstleistungen, die den Kindern, Jugendlichen oder älteren Menschen dienen, zugleich aber deren Angehörige von Sorgearbeit entlasten. Frauen profitieren davon in besonderer Weise, denn Sorgearbeit ist in allen Kulturen ein dominant frauenaffines Tätigkeitsfeld. Länder, die über keinen guten Ausbaustand an öffentlicher Care-Infrastruktur verfügen, ergo Familien bei der Sorgearbeit nicht wirksam unterstützen, dürften bei der Entwicklung einer gut zwischen den Geschlechtern ausbalancierter Erwerbstätigkeit folglich stark zurückliegen.

Nachfolgend will ich einiges an empirischen Befunden zu den Dimensionen »Arbeitszeitmuster« und »Erwerbstätigkeitsquoten entlang des Lebenslaufs« vortragen. Es schließt sich an die Frage,

27 Vgl. Ute Klammer et al.: Neue Wege – gleiche Chancen. Gutachten der Sachverständigenkommission an das BMFSFJ für den Ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung. Essen 2011, S. 27; und: Susanne Wanger: Ungenutzte Potenziale in der Teilzeit: Viele Frauen würden gerne länger arbeiten. (IAB-Kurzbericht, 09/2011), Nürnberg 2011.

wie es um gute Arbeit insgesamt und in der Verteilung auf die Geschlechter bestellt ist.

### *Verteilung der Arbeitszeiten zwischen den Geschlechtern*

Wie wenig aussagekräftig der Blick allein auf die Beschäftigungsquoten nach Köpfen ist, hatte ich angesprochen. Wenn, wie in Deutschland erfolgt, die Steigerung der Frauenbeschäftigungsquote primär darüber zustande kommt, dass Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse in kleine Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse aufgeteilt werden, dann wird die Steigerung der Quote mit der Zunahme von unfreiwilliger Teilzeitarbeit und geringfügiger Beschäftigung bezahlt. Dies aber ist mehr Mogelpackung als echter Fortschritt.

Die Auswertung der OECD-Daten zur Verteilung der durchschnittlich regulären Wochenarbeitszeiten nach Geschlecht vom November 2011 (Indikator LMF2.1.A: Distribution of the working population by usual working hours per week, by gender, 2011) ergibt in der Verknüpfung mit den OECD-Daten zur Inanspruchnahme formaler Betreuung von Kleinstkindern drei Haupt-Befunde:

- Die geringsten Arbeitszeit-Differenzen zwischen den Geschlechtern finden sich in den Ländern mit geringer Frauenbeschäftigungsquote. Dort auch ist der Anteil kleiner Kinder, die formal betreut werden, gering. Das Muster ist in den postkommunistischen Ländern am stärksten ausgeprägt, findet sich abgeschwächt aber auch in Ländern wie Süd-Korea oder der Türkei. In den postkommunistischen Ländern gibt es anders als in Südeuropa oder den außereuropäischen OECD-Mitgliedsländern einen Erfahrungshintergrund guter Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dies prägt die Präferenzen und führt dazu, dass sich Frauen nun hart vor die Entscheidung: Familie oder Beruf, gestellt sehen. Die Entscheidung für berufliche Tätigkeit impliziert dann eine in der Regel Vollzeitwerbstätigkeit, nicht selten verbunden mit Kinderlosigkeit. Hier einige Daten: In der Slowakei, der Tschechischen Republik, Polen und Ungarn wurden 2008 bei niedriger Frauenbeschäftigungsquote jeweils weniger als 10 Prozent der unter Dreijährigen außerfamiliär be-

treut. Dies erwartungsgemäß in der Kombination mit geringen geschlechtsspezifischen Unterschieden bei den Arbeitszeiten. Je zwischen 80 und gut 90 Prozent der erwerbstätigen Männer arbeiten 40 und mehr Stunden in der Woche; bei den Frauen sind es um die 80 Prozent (Polen: 80 Prozent; Slowakei: 78 Prozent; Tschechische Republik: 78 Prozent; Ungarn: 88 Prozent). Geringfügige Beschäftigung und Teilzeitarbeit spielen nur eine geringe Rolle. Weniger als 8,0 Prozent der Frauen bringen es in der Slowakei, Tschechien und Ungarn auf eine Arbeitszeit von wöchentlich weniger als 30 Stunden; lediglich in Polen liegt der Anteil mit 13 Prozent etwas höher.

- Mit dem Anstieg der Frauenbeschäftigungsquote geht meist ein Anstieg der Teilzeitarbeit und auch der geringfügigen Beschäftigung einher. Dies geschieht im Umfang aber sehr unterschiedlich. Am stärksten polarisieren sich die Arbeitszeiten der Frauen dort, wo die öffentliche Verfügbarkeit von Kindertageseinrichtungen und Seniorendiensten hinter dem Bedarf zurückbleibt. Müttern mit kleinen Kindern wird es dann schwer gemacht, wieder in den Beruf zurückzukehren. Viele bleiben in Beschäftigungen hängen, die keine eigene Existenzsicherung ermöglicht, was wiederum die Bereitschaft stärkt, später für die Angehörigenpflege die eigene ohnehin nicht als vollwertig erlebte Berufstätigkeit erneut zu unterbrechen. Vor allem die deutschsprachigen Länder ordnen sich hier zu. Hohe Frauenerwerbstätigkeit wird kombiniert mit einer schwach ausgebauten öffentlichen Care-Infrastruktur, was niedrige Geburtenraten und eine starke Polarisierung bei den Arbeitszeiten nach sich zieht. In Deutschland ebenso in der Schweiz konzentriert sich die Männerbeschäftigung auf lange Vollzeit (40 und mehr Wochenstunden). In der Schweiz 39 und in Deutschland 34 Prozent der Frauen ordnen sich diesem nicht familienfreundlichen Arbeitsregime unter. Geringfügige Beschäftigung andererseits (wöchentliche Arbeitszeit bis 19 Stunden) kommt unter Männern kaum vor, prägt in der Schweiz aber die Erwerbstätigkeit von 25 und in Deutschland noch von 21 Prozent der Frauen.
- In Ländern, die einen mittleren bis hohen Ausbaustand öffentlicher Care-Infrastruktur kombinieren mit einer starken Arbeitszeitregulierung durch entweder den Gesetzgeber oder die Ta-

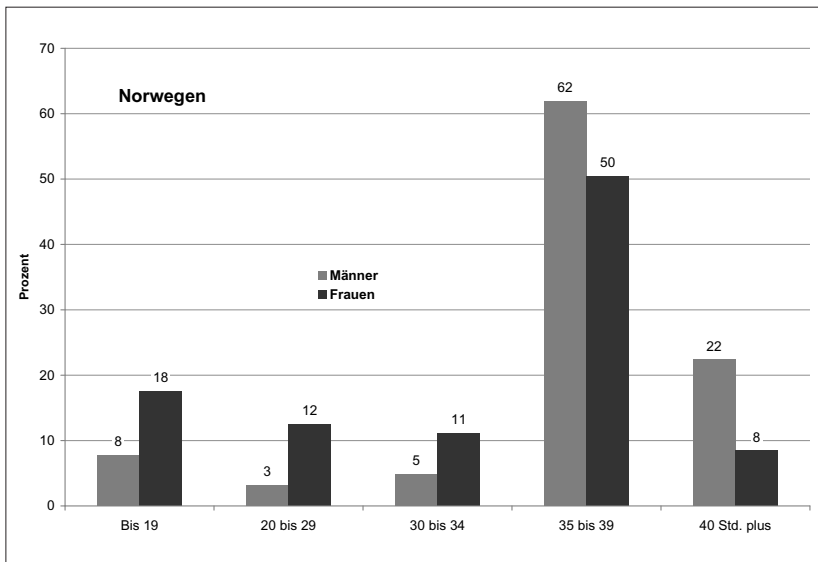
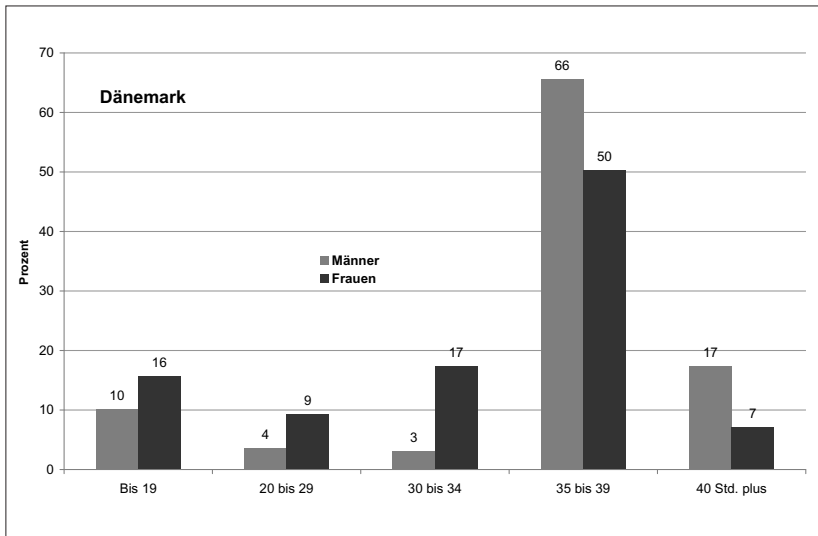


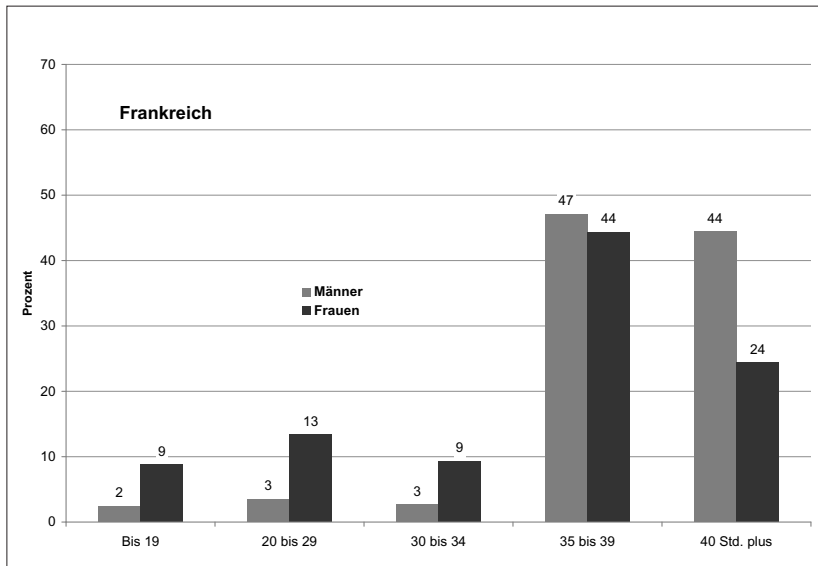
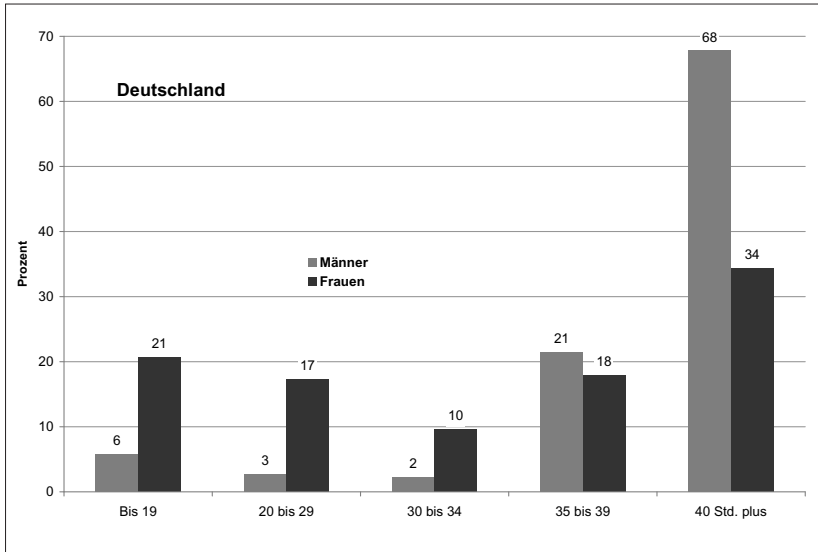
rifvertragsparteien, kommt es zu einer echten Anteilssteigerung der Frauen am gesamtwirtschaftlichen Arbeitsvolumen und zu Arbeitszeitmustern, die den individuellen Präferenzen recht nahe kommen. In *Abbildung 3* repräsentieren die beiden skandinavischen Länder Dänemark und Norwegen die Kombination der Merkmale »Hoher Ausbaustand einer öffentlichen Care-Infrastruktur für Jung wie Alt« und »Hohes Niveau tarifvertraglicher Arbeitszeitregulierung«. Frankreich andererseits steht für die Kombination der Merkmale »Mittlerer Ausbaustand einer öffentlich verantworteten Care-Infrastruktur« und »35-Stunden-Woche als gesetzliche Norm bei Vollzeit Arbeitsplätzen«. Wie ersichtlich, konzentrieren sich in den beiden skandinavischen Ländern die Arbeitszeiten von Männern wie Frauen im Bereich von kurzer Vollzeitarbeit. Lange Vollzeitarbeit dagegen hat bei beiden Geschlechtern stark an Bedeutung eingebüßt. Anders als in den postkommunistischen Ländern spielt geringfügige Beschäftigung eine Rolle. 10 Prozent der Männer und 16 Prozent der Frauen arbeiten in Dänemark wöchentlich regulär weniger als 20 Stunden (NO: 18 Prozent der Frauen und 8,0 Prozent der Männer). In Frankreich zeigt sich, dass die gesetzliche 35-Stunden-Woche wirksam ist.<sup>28</sup> Sie wirkt als Magnet, um den herum sich die Arbeitszeiten von Männern und Frauen konzentrieren. 50 Prozent der Männer und 53 Prozent der Frauen arbeiten im Bereich von langer Teilzeit oder kurzer Vollzeit. Gleichwohl, es sind Aufweichungen erfolgt, durch die die Bindekraft der gesetzlichen Norm geschwächt wurde.<sup>29</sup> In der Konsequenz arbeiten 44 Prozent der Männer und annähernd ein Viertel der Frauen im Bereich von langer Vollzeit. Deutschland unterscheidet sich deutlich. Anders als in den Vergleichsländern konzentriert sich männliche Er-

28 Durchgesetzt wurde sie von der sozialistischen Arbeitsministerin Martine Aubry im Zeitraum von 1998 bis 2002 gegen heftigen Widerstand seitens der Privatwirtschaft und der konservativen Opposition.

29 Betrieben wurde die Aufweichung von Arbeitgebern und konservativen Nachfolgeregerungen. Trotzdem verbleibt ein Netto-Absenkungseffekt von rd. 1,5 Wochenstunden (Steffen Lehndorff, Alexandra Wagner, Christine Frank: Arbeitszeitentwicklung in Europa. Studie im Auftrag von: Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordisch Grüne Linke Händel, hrsg. von Thomas Händel/Axel Troost. Online-Publikation 2010. S. 13).

Abbildung 3: Arbeitszeiten von Männern und Frauen 2011 (usual working hours): Vier Auswahlländer





Quelle: OECD Labour Force Statistics, v. November 2011, Indikator »Distribution of the working population by usual working hours per week, by gender«.

werbstätigkeit auf lange Vollzeit. Sieben von zehn erwerbstätigen Männern arbeiten wöchentlich regulär 40 Stunden und mehr. Die Arbeitszeiten erwerbstätiger Frauen wiederum sind stark polarisiert. Ein gutes Drittel ist im männlichen Arbeitszeitregime langer Vollzeit platziert; mehr als ein Fünftel ist geringfügig beschäftigt.

Oben hatte ich angesprochen, dass einige Länder durch Sonderentwicklungen geprägt sind. Auf die Beispiele von Zypern und Slowenien wurde eingegangen. In Slowenien sind die Geschlechterunterschiede fast durchgängig gering. Dies gilt für den Geschlechter-Gap bei der Beschäftigungsquote genauso wie für das Arbeitszeitmuster.<sup>50</sup> Männer arbeiten zu 91 Prozent im Bereich von langer Vollzeit, Frauen zu 85 Prozent. Kurze Vollzeit und lange Teilzeit kommen kaum vor. Geringfügige Beschäftigung wiederum findet sich bei nur 4,0 Prozent der Frauen und 3,0 Prozent der Männer. Auch in Zypern ist die Frauenbeschäftigung relativ hoch, kombiniert mit einem vergleichsweise egalitären Arbeitszeitregime bei allerdings einer nur halb so hohen Bedeutung von langer Vollzeit wie in Slowenien. Jeweils drei von vier erwerbstätigen Männern wie Frauen arbeiten im Vollzeitbereich (lange und kurze Vollzeit). Geringfügige Beschäftigung spielt keine Rolle (Frauen: 3,0 Prozent; Männer: 1,0 Prozent).

### *Erwerbstätigkeit im Lebenslauf*

Zunehmend präferieren junge Paare egalitäre Erwerbsmuster. Vier von fünf jungen Frauen gegenüber immerhin noch zwei von fünf jungen Männern befürworten ein auf Partnerschaft begründetes, egalitäres Modell.<sup>51</sup> Hier spiegelt sich wieder, dass junge

<sup>50</sup> Nicht jedoch beim Beschäftigungsprofil nach Altersgruppen. In allen Altersgruppen liegt die Erwerbstätigenquote der Frauen deutlich hinter der der Männer.

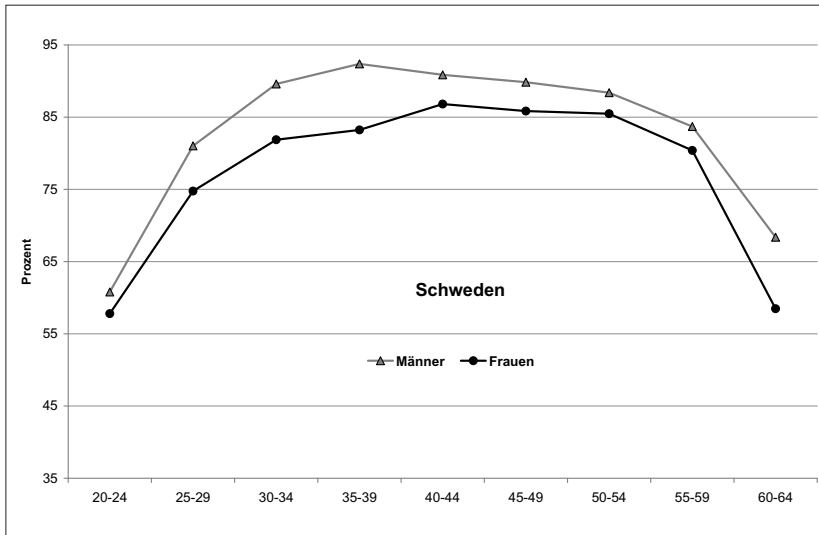
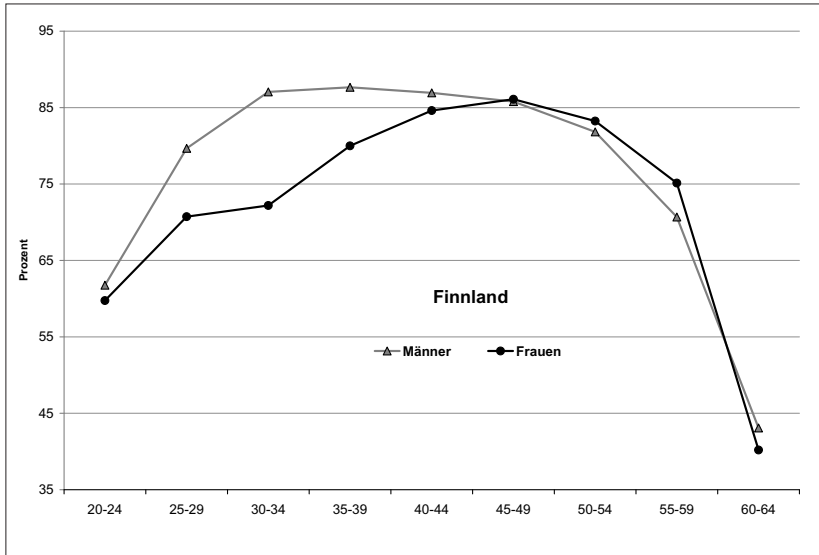
<sup>51</sup> Ute Klammer et al.: Neue Wege – gleiche Chancen. Gutachten der Sachverständigenkommission an das BMFSFJ für den Ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung. Essen 2011, S. 27; und: Susanne Wanger: Ungenutzte Potenziale in der Teilzeit: Viele Frauen würden gerne länger arbeiten. (IAB-Kurzbericht, 09/2011), Nürnberg 2011, S. 154.

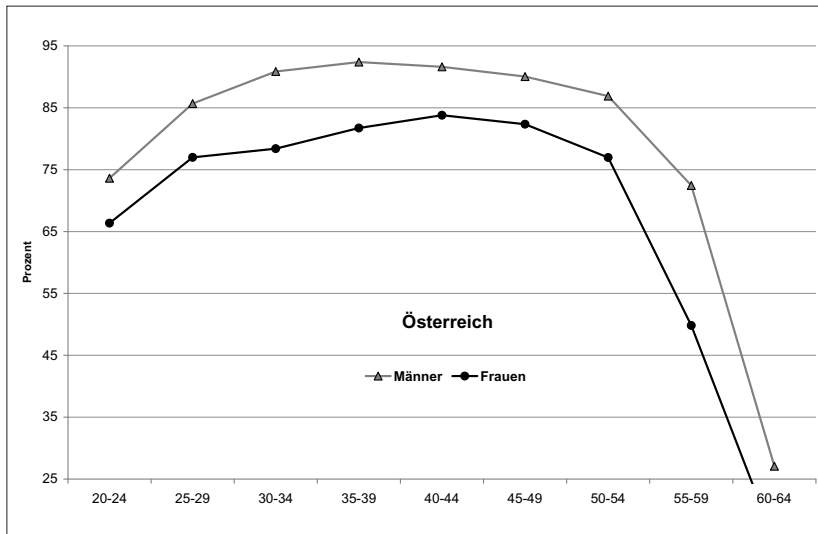
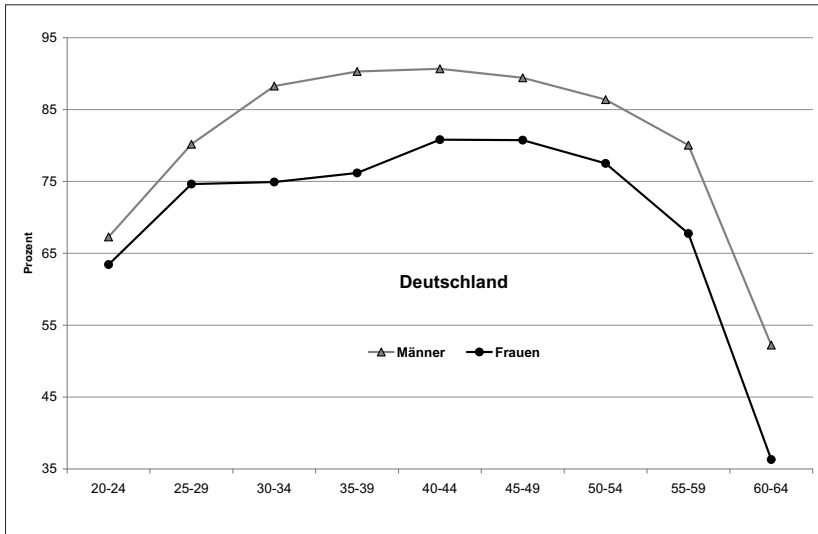
Frauen heute gleich gut, teilweise besser ausgebildet sind als junge Männer. Dies stärkt ihr Selbstbewusstsein und schwächt die Bereitschaft, ökonomisch vom Partner abhängig zu bleiben. Die Daten zeigen nun freilich, dass mit der Entscheidung für Ehe, Familie und Kinder nicht selten die Traditionalismusfalle zuschnappt.<sup>52</sup> Nicht wenige Frauen können ihr auf ökonomische Selbstständigkeit gerichtetes Lebensmodell deshalb nur in der Anfangsphase ihrer beruflichen Tätigkeit leben. Das Gleichstellungsgutachten zeigt auf, wie sich Benachteiligungen kumulativ im Lebenslauf von Frauen verfestigen. Frauen leisten weit mehr unbezahlte Familienarbeit als Männer; im Gegenzug bleibt ihre Erwerbstätigkeit nicht nur in der Zeit, wo die Kinder noch klein sind, sondern durchgängig hinter der der Männer zurück. Wie oben thematisiert, kommt als kritischer Faktor zum Tragen, dass die Politik bislang davon abgesehen hat, die Institutionen des konservativen deutschen Sozialmodells dahingehend zu verändern, dass der Gleichstellungswunsch und das verfassungsrechtliche Gleichstellungsgebot (Artikel 3 II GG) durch eine am Lebenslauf von Individuen ausgerichtete Politik strukturell Unterstützung findet. Die skandinavischen Länder sind hier im Vorteil. Alle Zuständigkeiten laufen bei den Kommunen zusammen, was Politik aus einer Hand ermöglicht. In Deutschland dagegen existieren nicht nur gesplante Zuständigkeiten, sondern überhaupt ein Wirrwarr aus familienpolitischen Maßnahmen, die sich in ihrer Wirkung wechselseitig blockieren.

Daten zur Entwicklung vollzeitäquivalenter Erwerbstätigkeit über den Lebenslauf hinweg sind statistisch nicht verfügbar. Die Arbeitskräftestatistik von Eurostat und OECD liefert lediglich Angaben zur Entwicklung der kopfbezogenen Erwerbstätigkeitsquoten von Männern und Frauen nach Altersgruppen. Bei Ländern, wo die geschlechtsspezifischen Arbeitszeiten weit auseinander liegen, führt dies zur starken Unterzeichnung der tatsächlichen

<sup>52</sup> Die Quote derjenigen, die sich aufgrund familiärer Verpflichtungen ganz vom Arbeitsmarkt zurückziehen, liegt bei gut neun Prozent und damit vielfach so hoch wie in skandinavischen Ländern, wo diese Werte unter zwei Prozent liegen (Eurostat, PM 185/2010 v. 07.12.2010).

Abbildung 4: Beschäftigungsquote von Männern und Frauen nach Altersgruppen 2011 Vier Auswahlländer





Quelle: OECD Labour Force Statistics Database (version December 2012); eigene Auswertung.

Differenzen; in Ländern mit eher egalitären Arbeitszeitregimen werden die Differenzen demgegenüber annähernd korrekt abgebildet. Trotz der eingeschränkten Aussagekraft, liefern die Daten empirische Evidenz dafür, dass es Frauen in Ländern mit gut ausgebauter Care-Infrastruktur besser als in Ländern mit diesbezüglich erheblichem Entwicklungsrückstand gelingt, Rückstände, die sich bei Müttern in der Phase, wo die Kinder noch klein sind, aufzubauen, im späteren Erwerbsverlauf wieder abzubauen. Die nachfolgende *Abbildung 4* greift aus dem skandinavischen Raum Finnland und Schweden sowie aus dem Bereich der familienbasierten Länder Deutschland und Österreich heraus.<sup>55</sup> Auffällig ist die Ähnlichkeit der Muster bei sowohl den beiden skandinavischen wie den deutschsprachigen Ländern. In den skandinavischen Ländern starten Männer und Frauen relativ egalitär ins Berufsleben und weisen zum Ende (Altersgruppe 60 bis 64 Jahre) erneut Erwerbsbeteiligungen auf, die nur moderat differieren. Die Phasen dazwischen sind durch gegenläufige Prozesse geprägt. In der Altersgruppe von 25 bis 39 Jahren fallen Frauen in Finnland deutlich, in Schweden weniger ausgeprägt hinter die Männer zurück. Danach jedoch holen sie wieder auf. Der Aufholprozess gelingt in Finnland, wo sich der Geschlechter-Gap zuvor stärker geöffnet hatte, so gut, dass in den Altersgruppen von 45 bis 59 Jahren Männer hinter die Frauen zurückfallen. Nur 70,7 Prozent der Männer im Alter von 55 bis 59 Jahren sind erwerbstätig gegenüber 75,7 Prozent der Frauen. In den beiden deutschsprachigen Ländern ist schon der Start ins Erwerbsleben weniger egalitär und die Schere, die sich danach öffnet, ist deutlich ausgeprägter. Statt eines Aufholprozesses gibt es bei mittleren Altersgruppen eine Parallelentwicklung, auf die zum Ende der Erwerbsphase hin eine starke Auseinanderentwicklung folgt. Der Erwerbstätigkeit von Frauen im Alter von 55 bis 64 Jahren liegt in Deutschland um 14,1 und in Österreich um 17,1 Prozentpunkte unter der der Männer; in Schweden wie auch den anderen nordischen Ländern ist der

<sup>55</sup> Im gehaltenen Vortrag wurden aus dem skandinavischen Raum zusätzlich Dänemark und Norwegen sowie aus Mittel- und Südeuropa Frankreich und Portugal präsentiert. Dies ist aus Platzgründen hier nicht möglich.



Abstand nicht halb so hoch; in Finnland liegen die Männer knapp hinter den Frauen.

*Das Wachstum schlechter Jobs und die Persistenz eines hohen Verdienstrückstandes der Frauen*

Nach der von mir vertretenen These ist es für die Entwicklung von Frauenbeschäftigung in Zeiten alternder Gesellschaften von erheblicher Relevanz, wie hoch entwickelt der Care-Sektor ist und ob er in öffentlicher Hand liegt oder nicht. Der Vergleich zwischen Deutschland und Dänemark mag dies illustrieren. In Dänemark bietet der Care-Sektor relativ zur Einwohnerzahl gesehen vielfach so viele Arbeitsplätze wie in Deutschland.<sup>34</sup> Da die Beschäftigten überwiegend Frauen und Kommunen ihre Arbeitgeber sind, prägt die politische Gestaltung dieses öffentlichen Bedarfes den Pfad, auf dem sich soziale und gesellschaftsnahe Dienstleistungen entwickeln. In Deutschland wurde Pflege und die soziale Betreuung älterer Menschen in den Niedriglohnsektor abgedrängt, was korrespondiert mit einer fragmentierten Trägerstruktur, die zunehmend privat-gewerblich ausgeprägt ist bei gleichzeitiger Marginalisierung der Bedeutung öffentlicher Arbeitgeber. Auch in den nordischen Ländern gibt es Privatisierungsprozesse; bislang sind sie im Umfang beschränkt. So gab es 2012 in der dänischen Care-Ökonomie bei öffentlichen Arbeitgebern 321.924 und bei privaten Arbeitgebern 15.660 rechnerische Vollzeitarbeitsplätze. Dass 2012 mehr als jede zweite erwerbstätige Frau (55 Prozent)<sup>35</sup> bei einem öffentlichen Arbeitgeber beschäftigt war, findet hier eine ihrer Ursachen. Konträr zu Skandinavien bewegt sich Deutschland bei personalen Dienstleistungen des gesellschaftlichen Bedarfs ganz überwiegend

<sup>34</sup> Vgl. Cornelia Heintze: Auf der Highroad – der skandinavische Weg zu einem zeitgemäßen Pflegesystem. Ein Vergleich zwischen fünf nordischen Ländern und Deutschland. Expertise im Auftrag des Forums Politik und Gesellschaft und der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung. Kurzfassung in: *Wiso-Diskurs* (Juli 2012). Bonn. S. 38ff.; und: Cornelia Heintze: Die Straße des Erfolgs: Rahmenbedingungen, Umfang und Finanzierung kommunaler Dienste im deutsch-skandinavischen Vergleich. Marburg 2013. S. 255ff.

<sup>35</sup> Statistics Denmark 2013, Code RASOFF 22; Daten von März 2013.

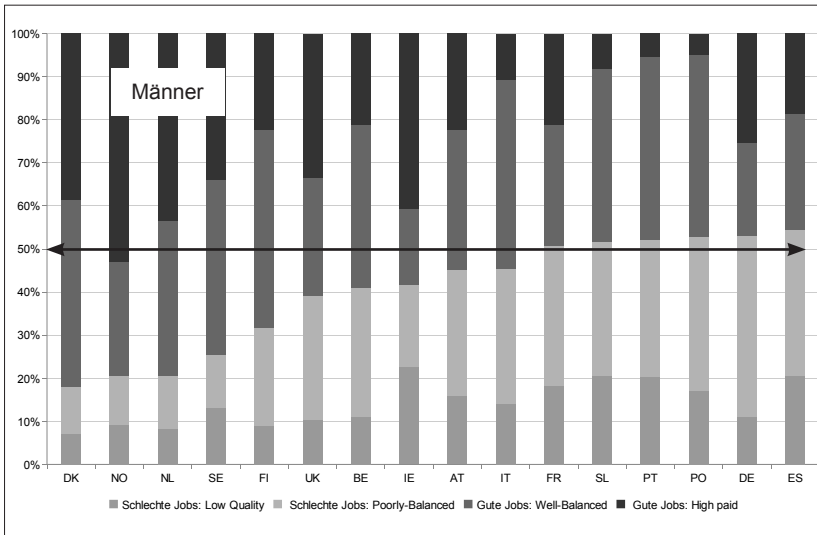
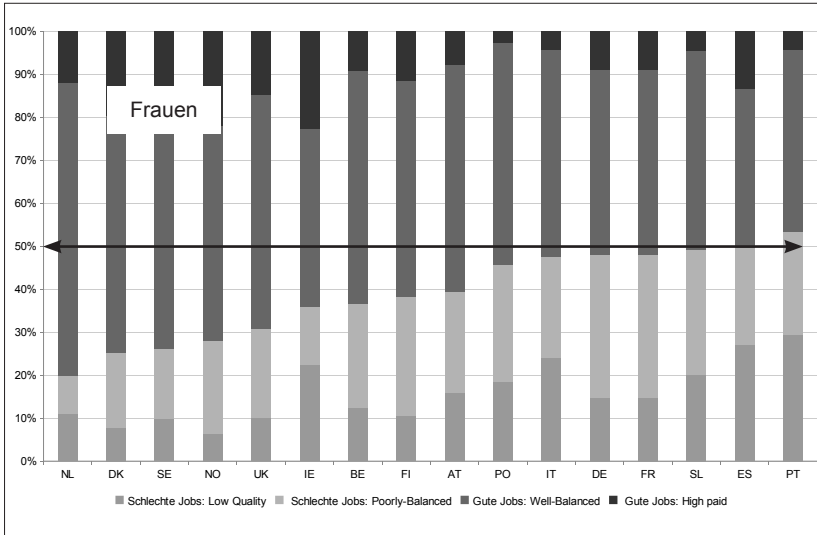
auf einem Pfad maximaler Kostenprivatisierung.<sup>56</sup> Die Pflegebranche steht paradigmatisch für diese Fehlentwicklung.<sup>57</sup> Das deutsche System der Langfristpflege kann gerade nicht für sich in Anspruch nehmen, dem individuellen Bedarf hilfebedürftiger Menschen und ihrer Angehörigen hinreichend zu entsprechen. Unzureichende Refinanzierungsbedingungen führen zu Personalausstattungen, die kaum Spielraum lassen, gute fachliche Standards im Pflegealltag zur Anwendung zu bringen. Gehälter im Niedriglohnbereich sind die Regel,<sup>58</sup> Altersarmut die Zukunft. Dies aber macht den Beruf unattraktiv mit in der Folge hoher Ausstiegsneigung bei gleichzeitig wachsendem Fachkräftemangel. Als Joker, um Lücken zu schließen, kommen zunehmend ehrenamtlich Tätige auch dort zum Einsatz, wo Fachkräfte nötig wären und es breiten sich graue Pflegemärkte aus. Keine Partei stellt sich ernsthaft der Aufgabe, die Weichen in Richtung eines bedarfsgerechten und qualitativ hochstehenden Pflegesystems umzustellen, in Richtung eines Systems also, das für Beschäftigte attraktive Arbeitsbedingungen bietet und damit vorgesorgt für die Zeit, wo die Familie als größter Pflegedienst der Nation schon deshalb ausfällt, weil es die Angehörigen, die dafür in Frage kommen, relativ zur wachsenden Zahl Pflegebedürftiger im-

56 Auch öffentliche Bibliotheken und Musikschulen sind durch ein hohes Niveau an Kostenprivatisierung geprägt (Näheres siehe bei: Cornelia Heintze: Die Straße des Erfolgs: Rahmenbedingungen, Umfang und Finanzierung kommunaler Dienste im deutsch-skandinavischen Vergleich. Marburg 2013. S. 418ff.).

57 Im Vortrag wurde das Pflegebeispiel bemüht, um die zwischen Deutschland und den skandinavischen Ländern konträren Dienstleistungspfade hinsichtlich ihrer wesentlichen Merkmalen darzulegen. Diese Ausführungen können hier nicht wiedergegeben werden. Sie sind nachzulesen in: Cornelia Heintze: Auf der Highroad – der skandinavische Weg zu einem zeitgemäßen Pflegesystem. Ein Vergleich zwischen fünf nordischen Ländern und Deutschland. Expertise im Auftrag des Forums Politik und Gesellschaft und der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung. Kurzfassung in: Wiso-Diskurs (Juli 2012). Bonn.; und: Cornelia Heintze: Die Straße des Erfolgs: Rahmenbedingungen, Umfang und Finanzierung kommunaler Dienste im deutsch-skandinavischen Vergleich. Marburg 2013.

58 Der 2010 eingeführte Mindestlohn (Westdeutschland: 8,50 Euro/Std.; Ostdeutschland 7,50 Euro/Std.) ändert daran nichts. Seine Einführung wurde gerade nicht verknüpft mit einer Verbesserung der Refinanzierungsbedingungen durch Beitragssatzerhöhungen. Zwar existiert nun eine Lohnuntergrenze, die jedoch über die personalwirtschaftlichen Ausweichreaktionen, zu denen die häufig gewinnorientierten Träger greifen, von den Beschäftigten selbst bezahlt wird.

Abbildung 5: Arbeitsplätze und die Qualität der Arbeitsbedingungen nach Geschlecht: 16 europäische Länder im Vergleich



Eurofound 2012: Trends in Job Quality in Europa, Luxemburg, S. 50ff.; eigene Auswertung.

mer weniger gibt. Die skandinavischen Länder zeigen gegenläufig, dass ein hochstehendes Care-System organisierbar und finanzierbar ist, wenn es dafür den notwendigen, in Deutschland fehlenden, politischen Willen gibt.

Die Pfad auf dem ökonomisch gleich hoch entwickelte Länder im Bereich von Dienstleistungen des öffentlichen Bedarfs unterwegs sind, erklärt nicht zur Gänze, aber zu wesentlichen Teilen, ob und in welchem Umfang es bei der Qualität von Arbeitsplätzen zu einer Polarisierung kommt nach dem Muster: gute bis sehr gute Arbeitsplätze für wenige; mäßig gute bis schlechte Arbeitsplätze für viele. Die abschließende *Abbildung 5* stellt für Frauen und Männer getrennt dar, welche Anteile auf die je zwei Kategorien von guten bis befriedigenden Arbeitsplätzen auf der einen Seite (»high paid Jobs«; »well balanced Jobs«) und schlechten bis unbefriedigenden Arbeitsplätzen auf der anderen Seite (»bad Jobs«; »poorly balanced Jobs«) entfallen. Erwartungsgemäß erreicht Deutschland noch nicht einmal eine mittlere Position, sondern bewegt sich im Feld der süd- und osteuropäischen Länder. Herausgebildet hat sich ein gespaltener Arbeitsmarkt; je etwa die Hälfte der Arbeitsplätze fällt in eine der beiden Kategorien. Bei Männern ist zwar der Anteil gut bezahlter Arbeitsplätze im Vergleich relativ hoch und der Anteil schlecht bezahlter Arbeitsplätze umgekehrt niedrig, viele Männer (42 Prozent) finden sich jedoch auf Arbeitsplätzen, die als »poorly balanced« bewertet werden, weil es Defizite gibt bei Qualitätsindikatoren wie Gesundheitsförderung, Familienfreundlichkeit, Weiterbildungsmöglichkeiten usw. Bei den Frauen umgekehrt ist auch der Anteil hoch bezahlter Arbeitsplätze vergleichsweise gering (9,0 Prozent). Wo, wie in den Niederlanden, Dänemark, Schweden oder Norwegen bei Frauen die guten bis befriedigenden Arbeitsplätze dominieren, fallen diese gleichwohl seltener als bei Männern in die Kategorie »high paid«. Insoweit gilt: Auch in den skandinavischen Vorreiterländern kann von einer Gleichstellung der Geschlechter keine Rede sein. Immerhin jedoch sind die High-Paid-Anteile dort tendenziell am höchsten (NO: 22 Prozent; DK 19,6 Prozent; SE 18,2 Prozent).

Beim geschlechtsspezifischen Lohnunterschied steht Deutschland dort, wo es Mitte der 90er Jahre auch schon stand: Frauen

verdienen im Schnitt gut 22 Prozent weniger als Männer; noch höher ist der Verdienstunterschied nur in wenigen europäischen Ländern wie etwa in Österreich oder Estland.<sup>39</sup> Das zwischen Männern und Frauen über die Jahre kaum geminderte Einkommensgefälle ist eine Facette von Ungleichheit, bei der sich allgemeine Trends mit geschlechtsspezifischen Entwicklungen kreuzen. In der EU27 wie auch unter den OECD-Mitgliedsländern findet sich kaum ein Land, in dem Männer und Frauen bei gleicher Qualifikation auch gleiche Einkommen beziehen. Bei der Suche nach Erklärungen für den in Deutschland besonders ausgeprägten Lohnrückstand wird gerne auf Faktoren wie die Konzentration erwerbstätiger Frauen in relativ wenigen, frauenaffinen Berufen und Wirtschaftszweigen verwiesen. Erklärungskraft besitzt der Verweis nicht. Erstens besteht im OECD-Raum zwischen der Konzentration auf wenige Berufe und dem Verdienstgefälle kein statistisch signifikanter Zusammenhang.<sup>40</sup> In den USA z. B. stehen 24 Berufe für die Hälfte der Frauenerwerbstätigkeit gegenüber nur acht Berufen in Dänemark oder Frankreich. Trotzdem ist der »Gender Pay Gap« in den USA nicht niedriger, sondern deutlich höher als in Dänemark oder Frankreich. Zweitens gibt es auch zwischen Wirtschaftszweigen und Lohnrückstand keine eindeutigen Zusammenhänge. Wie ein Wirtschaftszweig reguliert ist, welche Kultur dort herrscht, ob Wettbewerb oder Kooperation dominieren und welche Bedeutung in den öffentlichen Bedarfsfeldern öffentliche Arbeitgeber haben, sind die kritischen Faktoren.<sup>41</sup> Dementsprechend sticht die Finanz- und Versicherungsbranche, damit also der quasi Nukleus des Finanzmarktkapitalismus als Eldorado der Ungleichheit besonders negativ hervor, während es imgekehrt im Bereich von Erziehung und Unterricht nur vergleichsweise geringe Verdienstunterschiede gibt.<sup>42</sup> Der Rat, Frauen müssten eben an-

39 Eurostat, Tabelle »Geschlechtsspezifischer Lohnunterschied ohne Anpassungen, NACE Rev. 2 (Methodik: Lohnstrukturerhebung)« [Code: tsdsc340] mit Update vom 28.02.2013.

40 So das Ergebnis einer anhand der OECD-Datensätze vorgenommenen Regressionsanalyse. Datenquelle OECD, Indikator LMF1.6.

41 Heintze, Cornelia: Mehr als ein Problem von Berufswahl und arbeitsmarktpolitischer Fehlanreize. In: Mechtild Jansen, Angelika Röming, Marianne Rohde, (Hrsg.): Frauen, Männer, Zukunft. Ein Genderhandbuch, Verlag Olzog 2013, S. 72ff.

42 Näheres: Ebenda. S. 75. Abb. 3.

dere Berufe wählen, dann werde sich das »Gender-Gap-Problem« quasi von selbst lösen, erweist sich als interessengeleitet. Es dient der Selbstentpflichtung von Politik, indem es von den strukturellen und systemischen Gründen fortgesetzter Diskriminierung von Frauen ablenkt.

## Fazit

Zwischen der Art und dem Tempo des Alterns von ökonomisch hoch entwickelten Gesellschaften und der Ausprägung von Frauenerwerbstätigkeit in diesen Gesellschaften bestehen vielfältige Wechselwirkungen. Länder sortieren sich primär danach, ob Regelungen des Arbeits-, Steuer- und Familienrechts, die nicht-egalitäre Erwerbsformen begünstigen, konsequent abgebaut werden und parallel eine öffentliche Infrastruktur entsteht, die gemäß dem gesellschaftlichen Bedarf qualitativ hochwertige Care-Dienstleistungen für Jung wie Alt bietet zu Preisen, die sich jeder leisten kann. Nur die fünf nordisch-skandinavischen Länder erfüllen näherungsweise diese Doppel-Bedingung. Das dort staatsbezogene Care-Regime expliziter De-Familialisierung ist eine der Säulen des nordischen Wohlfahrtsmodells. Es geht einher mit einer hohen Erwartung auf gesunde Lebensjahre, relativ hohen Geburtenraten und einer Angleichung der Erwerbsmuster von Männer und Frauen hinsichtlich Umfang und Intensität. Wirkliche Egalität ist aber auch dort nicht erreicht; beim »Gender Wage Gap« erreichen skandinavische Länder nur eine mittlere Position.

Am stärksten zurück hängen ein Teil der süd- und die osteuropäischen Länder, wo es post-kommunistisch zu einer Re-Traditionalisierung der Geschlechterverhältnisse kam. Die Geburtenraten sind konsequenterweise gleichermaßen in langjährigen EU-Mitgliedsländern wie Italien und Griechenland auf der einen Seite wie den meisten neuen Beitrittsländern auf der anderen Seite regelrecht abgestürzt; der demografische Druck ist entsprechend hoch. Eine strenge Pfadabhängigkeit existiert gleichwohl nicht. So bewegen sich in Südeuropa der griechische Teil von Zypern und unter den post-kommunistischen Ländern Slowenien auf einem Entwicklungspfad, der in der Gesamtschau zu einem höheren Ni-

veau an Egalität bei den Erwerbsmustern führt als in den deutschsprachigen Ländern.

Unter den mitteleuropäischen Ländern mit konservativ-familienbasiertem Sozialmodell erweist sich Deutschland als in besonderer Weise strukturkonservativ. Bei der Kinderbetreuung ist zwar einiges in Bewegung gekommen, nicht jedoch im Steuerrecht, nicht im Arbeitsrecht und schon gar nicht bei der Pflege und sozialen Betreuung der älteren Generation. Statt in der Orientierung am Lebenslauf von Individuen nicht nur bei der Kinderbetreuung, sondern auch bei der Pflege, sozialen Betreuung und Alltagsunterstützung von Senioren auf eine stärker öffentlich geprägte Dienstleistungspolitik einzuschwenken, wird eisern an der ideologischen Fixierung auf die Angehörigenpflege festgehalten. Die Lasten werden nicht nur, aber doch zum überwiegenden Teil von Frauen getragen. Dies in doppelter Hinsicht: Frauen vor allem stellen die »stillen Helden« in der Familie und besetzen im auf maximale Kostenprivatisierung hin regulierten System der Langfristpflege die dort im Regelfall prekären Arbeitsplätze. Wirkliche Fortschritte bei der Gleichstellungsbilanz entlang eines Konzeptes von guter Arbeit für Frauen wie Männer sind unter diesen Rahmenbedingungen nicht zu erwarten; sie sind politisch aber auch nicht intendiert.

## Autorenverzeichnis

*Dr. Cornelia Heintze*, Leipzig; u. a. Referentin im Niedersächsischen Finanzministerium, Stadtkämmerin in Delmenhorst, derzeit freiberuflich als Beraterin mit Forschungstätigkeit im Bereich international vergleichender Wohlfahrtsforschung.

*Dr. Wolfgang Kühn*, Berlin; Stellvertreter des Präsidenten des Statistischen Amtes der DDR, seit 1991 freier Autor, langjährige Mitarbeit in der »Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik«(»Memorandum-Gruppe«).

*Prof. Dr. Joachim Ragnitz*, Dresden; stellvertretender Geschäftsführer der Niederlassung Dresden des ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung und Lehrbeauftragter an der TU Dresden, Hauptarbeitsgebiet ist die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland.

*PD Dr. Norbert Reuter*, Berlin; ver.di-Bundesvorstand, Bereich Wirtschaftspolitik, 2005 bis 2010 Lehrbeauftragter für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR), Berlin, langjährige Mitarbeit in der »Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik« (»Memorandum-Gruppe«)

*Prof. Dr. Karl-Georg Zinn*, Wiesbaden; 1970 bis 2004 Professor für Volkswirtschaftslehre an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen mit den Arbeitsschwerpunkten »Außenwirtschaft und Geschichte der politischen Ökonomie«.